

# Protokoll

über den fünften Congress

der

Sozial-demokratischen Arbeiterpartei

abgehalten

zu

Eisenach,

am 23., 24., 25., 26. und 27. August 1873.

Preis 3 Sgr. = 10 $\frac{1}{2}$  Kr. südd. = 15 Kr. österr. W.

---

Leipzig 1873.

Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.

Vorlage für den 5. Congress der sozialdemokratischen  
Arbeiterpartei am 23., 24., 25. und 26. August  
1873 zu Eisenach.

**A. Vorversammlung:** Sonnabend, den 23. August, Abends 7 Uhr  
im „Hotel zur Sonne“,

behufs Abgabe der Mandate; Wahl des Bureau's für den Congress; Wahl  
der Mandatprüfungs-Commission; Wahl einer Commission zur Prüfung  
obschwebender Differenzen; Wahl einer Buchführungs-Commission laut  
Antrag von Krücker in Breslau; Feststellung der Reihenfolge der Tages-  
ordnung und Geschäftsordnung für den Congress.

**B. Geschlossene Sitzungen:** Sonntag, den 24. August,  
sowie an den beiden folgenden Tagen  
im „Hotel zur Sonne“.

Tagesordnung der geschlossenen Sitzungen:

1. Bericht des Ausschusses.
2. Bericht der Control-Commission.
3. Bericht über den Stand des „Volksstaat“.
4. Discussion und Beschlußfassung betreffs der Berichte ad 1—3.
5. Bericht der Mandatprüfungs-Commission.
6. Anträge zum Programm, zur Organisation und zur Geschäfts-  
ordnung der Partei.
7. Anträge bezüglich der Redaktion und Expedition des „Volksstaat“.
8. Anträge bezüglich der sonstigen Parteiblätter.
9. Anträge bezüglich der Unterstützungs-Angelegenheiten.
10. Anträge bezüglich der Agitation.
11. Wahl des Parteivororts, sowie des Ortes der Control-Commission.
12. Wahl des Ortes für den nächsten Parteicongress.

## Anträge.

### Zu B. 6.

1. Antrag von Bracke in Braunschweig, unterstützt von den dortigen Parteimitgliedern:

Der Congreß wolle eine Commission niederlegen, welche das jetzige, der weiterentwickelten Parteianschauung nicht mehr entsprechende Parteiprogramm einer Revision zu unterziehen und dem nächsten Congreß entsprechende Vorlagen zu machen hat.

Auch erlaube ich mir, folgende Aenderungen hiermit gleich anzuregen, wobei die Verstellung des Punktes II 5 lediglich der besseren Anordnung geschuldet ist:

- a. Punkt II 5 des Programms als einen besonderen Abschnitt unter IV aufzuführen.
- d. Den Eingang bei III wie folgt zu fassen:  
„Bei der Agitation für diese Grundsätze ist zunächst auf folgende einzelne Punkte Gewicht zu legen:
- c. An Stelle von III 10 zu setzen:
  - 10) Die Nothwendigkeit einer umfassenden gewerkschaftlichen Organisation zur Wahrung der Arbeiterinteressen innerhalb der heutigen Produktionsweise.
  - 11) Aufklärung über die Bewegungsgesetze der modernen Gesellschaft und deren Ziel: Beseitigung des Privatbesitzes an Allem, was jetzt Kapital heißt und hierdurch Beseitigung der Lohnarbeit.
  - 12) Die internationale Zusammengehörigkeit des Proletariats.“ — —

#### Erwägungsgründe:

- 1) Da der in die nächsten Forderungen des Eisenacher Programms aufgenommene 10. Punkt dahin mißdeutet werden kann, als verlange die Partei von dem heutigen Staate — wenn auch unter demokratischen Garantien — die Unterstützung sozialistischer Produktivassoziationen;
- 2) dieser Umstand selbst dazu beitragen kann, die heutigen Regierungen, gestützt auf die in der Arbeiterschaft vorhandene Ueberzeugung, zu veranlassen, ihrerseits in feindseliger Absicht und nur zum Schein die Initiative in

dieser Richtung zu ergreifen, die proletarische Klassenbewegung hierdurch aber einen Rückschlag erleiden müßte;

- 3) der unter II. 4 des Programms ausgesprochene Grundsatz geradezu verbietet, die Lösung der sozialen Frage im heutigen (Klassen-) Staate zu versuchen;
- 4) der Ausdruck „Forderungen“ unter III. im Allgemeinen aber auch deshalb als unangemessen erscheint, weil darin liegt, als werde von Denjenigen, an welche diese Forderungen zu richten, deren Bewilligung erwartet; während jedes derartige Vertrauen in die heutigen gesetzgebenden Gewalten verkehrt wäre, die Berücksichtigung der Arbeiterinteressen und die Herstellung des demokratischen Staates vielmehr nur der rastlosen Agitation, Propaganda und Organisation der durch ihr Klasseninteresse getriebenen Arbeiter zu verdanken sein wird;
- 5) vor Allem bestimmte naheliegende Forderungen behufs Lösung der sozialen Frage für die in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und den befreundeten Gewerkschaften organisierte Klassenbewegung nicht existieren;
- 6) alle solche Forderungen, Vorschläge, Rezepte, vielmehr die Sectenbewegung charakterisieren, weshalb denn auch der Allgemeine deutsche Arbeiterverein den Lassalle'schen Vorschlag wie ein Dogma vertritt;
- 7) dieser im 10. Punkt adoptirte Lassalle'sche Vorschlag nur die Bedeutung hat eines Experimentes, das vielleicht dahin führen kann, einen Theil des Arbeiterstandes zu befriedigen, welcher sich dann aber der revolutionären Weiterentwicklung reactionär gegenüberstellen würde; eines Experimentes, das jedenfalls nur zur Folge haben würde, das vorhandene Kapital in beschränktem Umfange in die Hände von Arbeiterassoziationen hinüberzuleiten, keinesfalls aber den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit (und damit die Lohnarbeit) aufzuheben vermag;
- 8) die Klassenbewegung die Pflicht hat, nicht allein nach jeder Richtung die Arbeiterinteressen zu verfechten, sondern auch das gesammte Proletariat als Klasse zu organisieren und dasselbe über die Bewegungsgesetze der modernen Gesellschaft und deren Ziel — Beseitigung des Privatbesitzes an Allem, was jetzt Kapital heißt und hierdurch Beseitigung der Lohnarbeit — aufzuklären, damit die Bewegung mit Bewußtsein auf ihr Ziel marschiere.

- 2. Die Augsburger Parteimitglieder beantragen:  
Der Congreß möge beschließen: Der Pflichtbeitrag wird von 1 auf 2 Sgr. monatlich erhöht.
- 3. Die Mitglieder in Wandersbeck beantragen:  
zu beschließen, daß für die Zukunft eine Ermäßigung der Parteisteuer unter 1 Sgr. pro Monat nicht mehr gestattet sein möge.

- 4. Die Mitgliedschaft zu Frankfurt a. M. beantragt, der Congreß möge beschließen:

Daß der Ausschuß der Partei alljährlich, wenn nicht außerordentliche Verhältnisse maßgebend sind, an einen anderen Ort verlegt wird, und ein Mitglied des Ausschusses, welches ein Jahr im Amte war, für das nächste Jahr nicht wieder wählbar ist.

- 5. Die Breslauer Mitglieder beantragen:

Dem § XVI der Organisation folgende Fassung zu geben: „Der Sitz des Ausschusses kann, wenn Letzterer seinen Pflichten nachgekommen, wieder gewählt werden, doch darf sich derselbe nie länger als zwei aufeinanderfolgende Jahre an ein und demselben Orte befinden; dagegen muß der Sitz der Control-Commission jährlich wechseln.“

- 6. Die Parteimitglieder in Cöln beantragen, der Congreß möge beschließen:

Den § VI der Organisation folgendermaßen umzuändern: „Außerordentliche Congresse, Conferenzen oder eine Parteizusammenkunft finden statt, wenn der Ausschuß oder die Control-Commission mit absoluter Majorität dies beschließt, oder wenn ein Sechstel sämmtlicher Mitglieder darauf anträgt. (Siehe überhaupt § VIII.) Auch hat der Ausschuß, zc.“

- 7. Dieselben beantragen ferner:

Im § X in dem Satz: „Sämmtliche Ausschußmitglieder müssen ihren Wohnsitz nehmen“, das Wort nehmen in „haben“ umzuändern.

- 8. Dieselben beantragen folgenden § in die Organisation aufzunehmen:

„In den verschiedenen Landestheilen haben sich Landes-, Kreis- oder Bezirksagitations-Comités zu bilden, welche den Zweck haben sollen, alle fähigen Agitationskräfte für die Partei zu verwerthen. Ohne Zustimmung der betreffenden Comités darf der Ausschuß keine Agitatoren in diese Landestheile senden.“

- 9. Die Dielesfelder Parteimitglieder beantragen:

- 1) Das ganze Territorium der Partei wird nach dem Muster der Vereinigten Staaten in Distrikte, resp. Bezirke geographisch nach Lage der Provinzen eingetheilt.
- 2) Die Mitglieder resp. Vertrauensmänner der Orte eines Distriktes wählen sich einen sogen. General-Bevollmächtigten oder General-Vertrauensmann, welcher zugleich im Bezirke, je nach Bedürfnis agitatorisch und organisatorisch thätig sein muß.
- 3) Die Wahl erfolgt auf ein halb Jahr für den General-Vertrauensmann.
- 4) Die Mitglieder eines jeden Bezirks sind verpflichtet, wo solches noch nicht geschehen, in jedem Bezirk oder Pro-

- vinz ein Agitations-Comité zu gründen, welches für regelrechte Agitation nach allen Orten, wo es nöthig erscheint, Sorge zu tragen hat.
- 5) Der General-Bevollmächtigte oder Vertrauensmann ist in erster Reihe dem Agitations-Comité für seine Thätigkeit verantwortlich. Beschwerden über sein Verhalten sind beim Ausschuß anzubringen, welcher auch, nachdem die Vertrauensmänner die Wahl desselben vollzogen, dieselbe zu bestätigen hat.
  - 6) Die Unterhaltungskosten resp. die Agitationsgelder sind in erster Beziehung durch den Ausschuß zu bestimmen. Das Agitationscomité ist jedoch auf Aufforderung des Ausschusses verpflichtet, den allgemeinen Agitationsfond nach Kräften zu unterstützen.
  - 7) Der General-Bevollmächtigte oder Vertrauensmann ist gehalten, alle 4 Wochen einen Bericht über seine Thätigkeit dem Ausschuß resp. dem Parteiorgan zu übersenden.
  - 8) Halbjährlich findet von sämtlichen General-Vertrauensmännern an einem vom Ausschuß zu bestimmenden Ort eine Konferenz statt, wo über das praktische Vorgehen der Gesamt-Agitation praktische Schritte empfohlen und zur Ausführung gebracht werden.
  - 9) Außerordentliche Konferenzen finden auf Anordnung des Ausschusses statt.
  - 10) Außerdem treten die General-Vertrauensmänner, mit Ausnahme der jeweiligen Befugnisse der Control-Commission über die Parteiblätter (resp. den „Volksstaat“) in sämtliche bisherigen Rechte der Control-Commission. — Der Letzteren verbleibt nur die Controle über die Parteiblätter und die Buch- und Kassensführung des Ausschusses. — Innere Parteistreitigkeiten sowie Alles, was sich auf die Agitation bezieht, wird durch die General-Vertrauensmänner und den Ausschuß geregelt. — Nach diesen Intensionen sind die General-Vertrauensmänner als Vorstand der Partei anzusehen.
10. Die Breslauer Mitglieder beantragen:  
Statt des § XIII und des ersten Satzes des § XV der Organisation, zu setzen: „§ XIII. Die Partei konstituiert eine Control-Commission von 11 Mitgliedern, deren Aufgabe es ist: Alle vom Ausschuß unberücksichtigt gelassenen Beschwerden endgültig zu entscheiden; vierteljährlich mindestens einmal Geschäftsbücher, Akten und Kasse des Ausschusses zu revidiren. Sie hat außerdem das Recht, gegen alle die Gesamtpartei verpflichtenden Beschlüsse des Ausschusses Einspruch zu erheben.“
11. Die Berliner Mitglieder beantragen:  
Der Partei-Sekretär muß seine ganze Thätigkeit der Partei widmen und darf keine anderen Aemter bekleiden;

- dafür ist die Partei verpflichtet, ihm seine materielle Existenz durch ein entsprechendes Gehalt zu sichern.
12. Die Mannheimer Parteimitglieder beantragen:  
Der Congreß möge beschließen: Mit der Partei-Abrechnung muß die Abrechnung des „Volksstaat“ erfolgen und den Vertrauensmann zugetheilt werden.
  13. Die Mitglieder zu Frankfurt a. M. beantragen:  
Daß nur solche Mitglieder und Delegirte zum Congreß Zutritt haben sollen, welche ihren Beitragspflichten bis zum letzten Monat vor dem Congreß Genüge geleistet haben.
  14. Die Parteimitglieder zu Pfersee beantragen:  
„Der Congreß möge beschließen, daß die Ablieferung der Parteibeiträge von Orten, welche unter 20 Mitglieder zählen, quartaliter zu erfolgen habe.“  
Motive zu obigem Antrage: Da bei einer so geringen Mitgliederzahl das Porto bei monatlicher Einzahlung zu viel kostet und die Schwierigkeiten bei Einfassung, vorzüglich bei 14tägigen Versammlungen, indem die Mitglieder zu zerstreut wohnen und deshalb nicht pünktlich erscheinen können, vorzüglich zur Winterzeit, zu groß sind.
  15. Die Mitglieder in Limbach beantragen:  
Paragraph 7 der Geschäftsordnung dahin abzuändern: Pflicht — abzuliefern: Ist die Ablieferung der Steuer bis zum angegebenen Termin nicht erfolgt, dann hat der Parteiaussschuß die säumigen Orte im Partei-Organ zu veröffentlichen und zur Zahlung aufzufordern.
  16. Die Fürther Parteimitglieder beantragen, der Congreß wolle beschließen:  
Es sollen in den verschiedenen Gauen verlässliche Parteigenossen ernannt werden, um von Zeit zu Zeit, wenigstens alle viertel Jahre einmal, die Mitgliedschaften ihres Gaus zu besuchen, deren Angelegenheiten zu regeln, für die richtige Ablieferung der Parteisteuer Sorge zu tragen und persönliche Zwistigkeiten zu schlichten.
  17. Die Breslauer Mitglieder beantragen:  
In Erwägung, daß nur eine einheitliche centralistische Organisation die Partei zum Siege führen kann;  
In fernerer Erwägung, daß alle Lokalvereinigungen erfahrungsgemäß eine derartige erfolgreiche Organisation verhindern, indem sie den Partikularismus und persönliche Zänkereien großziehen und die Opferfähigkeit und Opferwilligkeit ihrer Mitglieder für die Parteigesamtheit vermindern, wolle der Congreß die Mitglieder aller derjenigen Orte, an welchen die Partei nicht verboten ist, verpflichten, sämtliche bestehenden Lokalvereine, welchen Namen dieselben auch haben mögen, schleunigst aufzulösen.

18. Die Königsberger Parteimitglieder beantragen:  
Die „Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ wird nach den jedesmaligen Congreßbeschlüssen neu redigirt und den Parteigenossen zum Kostenpreise zugänglich gemacht.  
Diese „Parteiordnung“ soll die Presse, Agitation, Geschäftsordnung und Buchführung klar regeln.
19. Die Mitglieder in Constanz beantragen:  
Eine Mitgliedschaft kann nur nach ihrer Vernehmung und gemeinschaftlicher Berathung des Ausschusses und nachfolgender gemeinschaftlicher Entscheidung der Control-Commission als aufgelöst erklärt werden. Der Appell der Betreffenden an den Congreß bleibt ihnen unbedingt mit dem Rechte vorbehalten, daß der Vertreter der betreffenden Mitgliedschaft auf demselben bis zur endgültigen Entscheidung in allen Fragen eine beratende Stimme hat. Auf jeden Fall sind die Interessen der Partei nach jeder Hinsicht zu wahren.
20. Die Augsburger Mitglieder beantragen:  
Der Congreß möge beschließen: Vorkommende Zwistigkeiten zwischen einzelnen Parteimitgliedern oder Mitgliedschaften dürfen für die Folge nicht mehr in den Parteiorganen zum Austrag gebracht, sondern müssen sofort durch Schiedsgerichte geschlichtet werden.
21. Die Mitglieder zu Constanz und die alte Mitgliedschaft zu Fürth stellen den Antrag:  
„Der Congreß möge erklären, daß der Erlaß in Nr. 15 des „Volksstaat“, betreffend Auflösung der alten Fürther Mitgliedschaft als annullirt zu betrachten sei sammt Allen, was darauf gefolgt ist.“
22. Die Ronsdorfer Mitglieder beantragen:  
„Die suspendirte Mitgliedschaft zu Fürth wieder in ihre früheren Rechte einzusetzen“.
23. J. Kräcker in Breslau beantragt:  
Der Congreß ernannt bei seinem Zusammentritt sofort eine Commission, die den Zweck hat, dem Congreß eine Vorlage zu machen über die Einrichtungen der Buchführung der Mitgliedschaften, des Ausschusses und der Control-Commission. Diese Commission hat ihre Arbeiten so zu beschleunigen, daß der Congreß vor seinem Schluß im Stande ist, das Resultat der Arbeiten der Commission zum Beschluß zu erheben.

Zu B. 7.

24. Die Mitglieder zu Ronsdorf beantragen:  
„Daß das Parteiorgan zum möglichst billigen Preise gestellt wird“.

25. Dieselben beantragen ferner:  
„Daß die Filial-Expeditionen mit nächstem Quartal in Deutschland aufgehoben werden“.
26. Die Erfurter Mitglieder stellen den Antrag:  
Der Congreß möge den Ausschuß veranlassen, die Agitationschriften so billig wie möglich, jedenfalls billiger als jetzt zu verausgaben.
27. Die Parteimitglieder zu Stollberg in Sachsen beantragen der Congreß wolle beschließen:  
Alle Broschüren und Schriften, welche der „Volksstaat“ in Verlag nimmt oder den Parteigenossen zur Verbreitung anempfehlt, müssen in gleichmäßigen Format herausgegeben werden.
28. Die Hamburger Mitglieder beantragen:  
Diejenigen sozialdemokratischen Blätter Deutschlands, welche gleich dem „Volksstaat“ das Parteiprogramm vertreten, haben sich in persönlichen und taktischen Partefragen den Parteibehörden unterzuordnen; im Weigerungsfalle ist ihnen jede moralische und materielle Unterstützung Seitens der Partei zu entziehen.
29. Die Mitglieder zu Augsburg beantragen:  
Der Congreß möge beschließen: Alle Lokalblätter, die als Parteiorgane gelten wollen, haben sich der Aufsicht des Parteiausschusses unterzuordnen.
30. Die Hamburger Mitglieder beantragen:  
Zur Begründung von lokalen Parteiorganen ist die Zustimmung des Ausschusses, welchem über die bezüglichlichen örtlichen Verhältnisse rechtzeitig und ausführlich berichtet werden muß, erforderlich. Der Ausschuß hat bei jedem von Parteigenossen projectirten Zeitungsunternehmen außer der agitatorischen Seite auch die Eigenthumsfrage in Erwägung zu ziehen und möglichst zu Gunsten der Besitzrechte der Partei zu entscheiden.
31. Dieselben beantragen ferner:  
3. Der Congreß beauftragt den Ausschuß, sobald die Verhältnisse es gestatten, mit der Gründung einer belletristischen, wöchentlich einmal erscheinenden Partei-Zeitschrift (Unterhaltungsblatt) vorzugehen. Der Preis dieser Zeitschrift darf zehn Silbergroschen (35 fr.) pro Quartal nicht übersteigen.

Zu B. 9.

32. Dieze (Chemnitz) beantragt:  
Da durch die vielen Verurtheilungen gegen die Vertreter der immer zahlreicher werdenden Blätter innerhalb unserer Partei-Organisation die Unterstützungsbedürftigen immer zahlreicher werden und namentlich die Genossen den Lokal-Blättern große Opfer zu bringen haben, so möge der

Congreß beschließen, daß in Zukunft nicht der ganze Schwerpunkt der Unterstützung auf den Genossen einzelner Lokalmitgliedschaften ruht, sondern daß die Gesamt-Partei dafür aufkomme durch Gründung einer Unterstützungs-kasse, um dadurch etwas Einheitlicheres und Gleichmäßiges zu schaffen.

33. Parteigenosse H. Pożnanski empfiehlt dem Congreß „die so schwer gemäßigten Parteigenossen Pio und Genossen in Copenhagen auf's Wärmste, und stellt den Antrag, Alles, was in unsern Kräften steht, für Verbesserung der Lage Obengenaunter resp. deren Familien zu thun“.

34. Die Ronsdorfer Mitglieder beantragen:  
Der Congreß wolle beschließen:  
„Da von Seiten unserer Partei bereits Schritte zur Einigung, der gesamten deutschen Sozialdemokratie gemacht worden, von der diesjährigen Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zu Frankfurt a. M. die Einigung aber fast einstimmig zurückgewiesen ist, erklärt der Congreß, jedweden Versuch mit obiger Fraktion, sei er auf die Einigung der Partei oder auf die Wahlen gerichtet, einzustellen“.

35. Die Berliner Mitglieder beantragen:  
Der Congreß möge beschließen: Die sozialdemokratische Arbeiterpartei betrachtet die Reichstagswahlen nur als Agitationsmittel und als Prüfstein für die Verbreitung ihrer Principien. Sie hat daher in erster Linie nur eigne Candidaten ins Auge zu fassen, dagegen darf bei engeren Wahlen, sowie da, wo durchaus keine Aussicht auf Durchbringung eines eignen Candidaten vorhanden ist, auch für Candidaten der Parteien gestimmt werden, welche 1) Punkt 3 unseres Programms voll und ganz unterschreiben und 2) versprechen, a) während der Dauer ihres Mandats nichts gegen die Partei zu unternehmen und b) gegen jedes Ausnahme-Gesetz zu stimmen.

36. Die Münchner Mitglieder beantragen:  
Der Congreß möge sich im Hinblick auf den vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein auf seiner Generalversammlung zu Frankfurt a. M. gefaßten Beschluß, das Zusammengehen beider deutscher Arbeiterfraktionen bei den Wahlen betreffend, seinerseits eines für alle Mitgliedschaften bindenden Entschlusses enthalten, und es der selbstständigen Entscheidung der Letzteren anheimgeben, in welcher Weise sie in den Wahlkampf eintreten wollen.

37. Die Spandauer Parteimitglieder beantragen:  
Der Congreß wolle beschließen: Da alle politischen Parteien nicht so weitgehend als die sozialdemokratische Arbeiterpartei sind, folglich auch die Interessen der Arbeiter

nur ungenügend vertreten, muß die sozialdemokratische Arbeiterpartei von jedem Compromiß mit andern Parteien bei öffentlichen Wahlen Abstand nehmen.

Ausgenommen hiervon sollen die Candidaten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins nur dann sein, wenn dieselben unsere Partei öffentlich als eine wirklich sozialdemokratische Partei anerkennen und sich verpflichten, mit allen Kräften für die Vereinigung der deutschen Sozialdemokratie zu wirken.“

38. Die Mitglieder zu Frankfurt a. M. beantragen:  
Bei der nächsten Reichstagswahl nur solchen Candidaten des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins unsere Stimmen zu geben, welche ganz entschieden für Einigung beider sozialdemokratischen Fraktionen eintreten.

39. Die Mitglieder in Luckenwalde beantragen:  
Der Congreß wolle beschließen: „Weder Geld noch Agitatoren für den unter jetzigem Wahlprogramm in Braunschweig aufzustellenden Candidaten von der Partei aus zu bewilligen.“

40. Die Fürther Mitglieder beantragen:  
Der Congreß wolle beschließen: Allen Parteimitgliedern, die noch einer andern politischen Partei angehören oder mit einer solchen in Verbindung stehen, die Alternative zu stellen, entweder aus unserer Partei zu scheiden oder der andern zu entsagen.

41. J. Kräcker in Breslau beantragt:  
Um die zu Reichstagsabgeordneten gewählten Parteigenossen in den Stand zu setzen, den Verhandlungen des Reichstages so viel als möglich beiwohnen zu können, beschließt der Congreß:

- a) Jedes Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei zahlt pro Monat außer den gewöhnlichen Steuern 1 Gr. Diätensteuer.
- b) Der Ausschuß darf keine Mitgliedschaft von dieser Steuer dispensiren.
- c) Derselbe ist verpflichtet, diese Steuer besonders und regelrecht zu buchen.
- d) Derselbe ist verpflichtet, diese Steuer, soweit die Abgeordneten nicht darauf verzichten, wie folgt zu vertheilen: 1) Jeder Abgeordnete erhält vom Orte seines Wohnsitzes aus gerechnet, soweit derselbe die Eisenbahn benutzen kann, das Fahrgehalt für die dritte Wagenklasse, eventuell das Postfahrgehalt bis zur nächsten Eisenbahnstation, für Hin- und Rückreise nach Berlin für jede Session des Reichstages. 2) Allmonatlich wird diese Steuer der Kopfgabe nach an die Abgeordneten gleichmäßig, nach Maßgabe ihrer Anwesenheit zum Reichstage den Tagen nach gerechnet, vertheilt.

- c) Die Abrechnungsformulare der Mitgliedschaften müssen eine Rubrik für diese Steuer enthalten.
- f) Die Erhebung dieser Steuer beginnt mit Monat September d. J.
42. Die Parteimitglieder in Erfurt beantragen:  
Der Congreß möge beschließen, daß vom Tage des Congresses bis zur Reichstagswahl der monatliche Beitrag von 1 Sgr. auf 2 Sgr. festzustellen sei.
43. Die Mannheimer Mitglieder beantragen:  
Der Congreß wolle beschließen: Der Ausschuß hat die Agitation so zu organisiren, daß dieselben mehr von lokaler Seite, als durch fliegende Agitation betrieben wird. Die Lokal-Comités sind in dieser Weise mit Geld und Material zur Agitation zu unterstützen.
44. Dieselben beantragen ferner:  
Der Congreß möge beschließen, daß Partei-Ausschußmitglieder nur dann auf Agitation gehen dürfen, wenn die geschäftliche Leitung der Partei dadurch nicht geschädigt wird. Der Sekretär darf jedoch nur in den äußersten Fällen auf Agitation gehen.
45. Die Stadter Mitglieder beantragen:  
Der Partei-Congreß wolle beschließen: Daß das Partei-Programm, zergliedert und erläutert, als Agitations-Broschüre herausgegeben werde.
46. Die Berliner Mitglieder beantragen:  
Die Parteimitglieder eines jeden Ortes sind verpflichtet, ihre Parteiverfassungen allvierteljährlich mindestens einmal im „Volkstaat“ zu inseriren; die Mitglieder derjenigen Orte, an denen mehr als 50 Exemplare des „Volkstaat“ gelesen werden, sind gehalten, dies mindestens dreimal im Quartal zu thun.
47. F. J. Ehrhart (Kaiserslautern) beantragt:  
Der Congreß möge eventuell über die Gründung einer Gewerkschaft oder eines Bundes der Bauern (Landarbeiter) Beschlüsse fassen.
48. Ganshorn in Mannheim beantragt: Der Congreß wolle beschließen:  
1) Alle Parteigenossen sind verpflichtet, darauf hinzuwirken, daß alle gewerkschaftlichen Orts- und Fachvereine den zentralistischen Gewerkschaften sich anschließen. Bei neu zu gründenden gewerkschaftlichen Vereinen ist auf den Anschluß an die Stamm-Gewerkschaft sofort hinzuwirken.  
2) Daß alle Gewerkschaftscongreße und Generalversammlungen der Leitung der Parteibehörden unterstellt werden.  
3) Daß alljährlich mit dem Parteicongreß ein allgemeiner Gewerkschaftscongreß einberufen werden soll.
49. Die Mitglieder zu Königsberg beantragen:  
Jeder Vertrauensmann muß sich in den Besitz der Statuten derjenigen internationalen und befreundeten Ge-

- werschaften setzen, welche Aussicht haben, in seinem Rayon Mitglieder zu finden. Den Betrag hierfür zahlt die betreffende Mitgliedschaft.
50. Dieselben beantragen ferner:  
Der Congreß möge bestimmen, daß in Königsberg eine umfassendere Agitation eingeleitet werde.
51. Die Mitglieder zu Erfurt beantragen:  
Daß die Partei eine Hauptagitation in Thüringen zu entwickeln habe.

Zu B. 11:

52. Die Mitglieder zu Ronsdorf beantragen: „Daß der Ausschuß von Hamburg verlegt wird“.

Zu B. 12.

53. Die Berliner Mitglieder beantragen: „Der Partei-Congreß wird fernerhin möglichst in Mitteldeutschland abgehalten.“
54. Die Mitglieder zu Ronsdorf beantragen: „Daß der nächste Parteicongreß im Rheinland abgehalten wird.“
55. Die Erfurter Mitglieder beantragen: „Der nächste Congreß möge in Thüringen, und zwar entweder in Weimar oder Eisenach abgehalten werden.“



## Vorversammlung.

Sonnabend, den 23. August, Abends 8 Uhr,

im „Gasthaus zur Sonne“.

Nach Eröffnung der Versammlung und Begrüßung der Delegirten — deren circa 60 bereits eingetroffen waren — durch York wird zur Wahl des Bureau's geschritten. Geib-Hamburg zum ersten Vorsitzenden vorgeschlagen, nimmt die auf ihn fallende Wahl an, Motteler-Trimmitschau wird zum zweiten Vorsitzenden ernannt. Auf Vorschlag Geib's wird die Zahl der Schriftführer auf 6 festgesetzt. Gewählt werden: Geiser-München, Müller-Weimar, Bräcke-Braunschweig, Bahlteich-Chemnitz, Walster-Dresden, Burkhardt-Stuttgart. Zur Führung der Rednerliste wird Eckstein-Waldheim bestimmt.

Bei der Wahl der Mandatprüfungs-Commission, zu der nunmehr geschritten werden soll, entspinnt sich eine längere Debatte darüber, ob der Ausschuß oder der Congreß die an ersteren eingeschickten Mandate vertheilen solle. Die Versammlung beschließt endlich, daß die Mandatprüfungs-Commission sofort gewählt werden, sämtliche eingegangene Mandate prüfen und bereits morgen dem Congreß Bericht erstatten solle, der sodann die Vertheilung der ledigen Mandate vorzunehmen habe. In die Mandatprüfungs-Commission werden gewählt: Auer-Berlin, Kühner-Chemnitz, Klees-Magdeburg, Leyendecker-Mainz und Stelzer-Neuditz bei Leipzig.

Bezüglich der Wahl einer Commission zur Erledigung der obschwebenden Differenzen, wird von Walster der Antrag gestellt, eine solche für jeden einzelnen Fall zu erneuern, nachdem dem Congreß die betreffende Angelegenheit vorgelegen, von der Versammlung jedoch abgelehnt und bestimmt, daß sämtliche Differenzen im Plenum verhandelt und erledigt werden sollen.

Anträge bezüglich der Geschäftsordnung, wonach jeder Redner sich schriftlich zum Wort zu melden habe und kein Delegirter mehr als 3mal über denselben Gegenstand sprechen dürfe, werden angenommen; die Beschränkung der Redezeit auf 6 Minuten abgelehnt.

Punkt 23 der Vorlage, Antrag von Kräcker, betreffend die Wahl einer Commission zur Ausarbeitung einer Vorlage über Einrichtung der Buchführung, wird vorläufig abgelehnt und soll in der Reihe der Anträge mit zur Verhandlung gebracht werden.

Einen Antrag von Scheil, daß jeder sich zum Wort Meldende erklären solle, ob er für oder gegen zu sprechen beabsichtige, und daß die Debatte über einen Punkt nicht eher geschlossen werden solle, bis wenigstens ein Redner dafür und einer dagegen gesprochen, nimmt der Congreß an.

Darauf geht man dazu über, die Tagesordnung für die Congreß-Verhandlungen endgültig festzustellen.

Wahlteich spricht sich gegen die Abänderung der vom Ausschusse provisorisch festgestellten Tagesordnung aus, er weist auf die ungünstigen Erfahrungen hin, welche man mit solchen Abänderungen erst beim vorigen Congresse gemacht hat.

Nachdem jedoch noch mehrere Redner Zweckmäßigkeitsgründe für eine neue Ordnung der zu besprechenden Punkte geltend gemacht haben, wird die Tagesordnung wie folgt angenommen:

1. Bericht der Mandatprüfungs-Commission.
2. Bericht des Ausschusses.
3. Bericht der Control-Commission und damit verbunden Erledigung der Fürther Angelegenheit.
4. Discussion über die Berichte des Ausschusses und der Control-Commission.
5. Bericht über den Stand des „Volksstaat“ und Punkt 7 der Vorlage.
6. Discussion und Anträge über die Punkte 4, 7 und 8—12 der Vorlage.

Der Vorsitzende verliest hierauf eine aus Erfurt eingegangene telegraphische Depesche, welche lautet:

„Hoch die Arbeiter! Gruß allen Delegirten von den Erfurter Parteigenossen. Der Wahrheit die Ehre, der Menschheit ihre Rechte sei Eure Loosung.“

Alsdann wird Abends halb 12 Uhr die Vorversammlung geschlossen.

## Geschlossene Sitzung.

Sonntag, den 24. August, Morgens halb 11 Uhr,

im „Gasthaus zur Sonne“.

Um halb 11 Uhr eröffnet der Vorsitzende Geib die Verhandlungen. Er theilt mit, daß der Bezirks-Direktor eine polizeiliche Ueberwachung des Congresses angeordnet habe, und sind in Folge dessen 2 Polizeibeamte zugegen. Die Volksversammlung kann (und wird also) um halb 4 Uhr Nachmittags stattfinden. Dieselbe müsse kurz sein, um mit den Verhandlungen noch heute Abend fortfahren zu können.

Es wird beschlossen, daß 2 Delegirte, welche durch das Bureau zu bestimmen sind, referiren sollen. Die Congreß-Verhandlungen sollen von 6—9 Uhr Abends fortgesetzt werden.

Das Protokoll der gestrigen Vorversammlung wird verlesen und nach einer Berichtigung der Reihenfolge der Tagesordnung genehmigt. Eine Präsenzliste der Delegirten soll durch einen umherzufreisenden Vogen, auf welchem Jeder seine Unterschrift zu vollziehen hat, hergestellt werden.

Die Präsenzliste ergibt Vormittags halb 11 Uhr, daß 62 Delegirte zugegen sind, und zwar:

1. Geib-Hamburg, 2. Motteler-Crimmitschau, 3. Eckstein-Waldheim, 4. Bracke-Braunschweig, 5. Wahlteich-Chemnitz, 6. B. Becker-Braunschweig, 7. W. Blos-Gaschwitz-Leipzig, 8. Müller-Weida-Neustadt, 9. J. Jahnke-Stade-Lübeck-Altona-Wandsbeck, 10. Franz Hübner-Meerane, 11. Moritz Saupe-Schmölln, 12. Richard Wolf-Chemnitz, 13. Hermann Albert-Glauchau, 14. Franz Bedendahl-Fürth, 15. G. Löwenstein-Fürth, 16. Ph. Herpfer-Fürth, 17. Jos. Sauren-M. Gladbach, 18. Fr. Milke-Berlin, 19. Matth. Bühl-Pfersee, 20. Georg Schuhmacher-Cöln, 21. C. F. Benede-Limbach, 22. Fr. Zuckschwerdt-Werdau, 23. Ludwig Mehlhorn-Crimmitschau, 24. Emil Reichelt-Hannover, 25. Franz Schneider-München, 26. Friedrich Göpfert-Coburg, 27. Kofosky-Braunschweig, 28. Hans Wörlein-Mürnberg, 29. August Mamme-Bamberg, 30. Carl Grillenberger-Mürnberg, 31. Chr. Meyer-Mürnberg, 32. Joh. Scherm-Glaishammer-Schweinau, 33. Carl Wüttner-Zürich-Schweiz, 34. A. Otto-Walster-Dresden, 35. Aug. Kühn-Langenbielau, 36. Heinrich Dehne-Breslau, 37. Heinrich Imhof-Erfurt, 38. Theodor Burdhardt-Stuttgart, 39. Frd. Vogel-Mülten St. Jakob, 40. F. R. Ehrhart-Kaiserslautern, 41. Robert Müller-Reichenbach i. B., 42. Carl Orbig-Gießen, 43. Theodor Kalb-Frankfurt a. M., 44. Joseph Fell-Heidelberg, 45. Wilhelm Fischer-Neundorf, 46. Bruno Geiser-Breslau, 47. Th. Aldich-Darmstadt, 48. J. Endres-Augsburg, 49. S. Hillmann-Elberfeld, 50. Aug. Wiedermann-Dresden, 51. C. Vienig-Hof i. Baiern, 52. C. Kettel jun.-Weimar, 53. R. R. Kraft-Weimar, 54. S. Ey-Gotha, 55. W. Bod-Gotha, 56. D. Stelzer-Neudniz, 57. Jos. Faaz-Mürnberg, 58. Friedr. Obermann-Cresfeld, 59. Auer-Berlin, 60. Julius Scheil-Bielefeld, 61. Walz-Cassel, 62. Philipp-Halberstadt.

Da die Mandatprüfungs-Commission mit ihrer Arbeit noch nicht zu Ende ist, wird Punkt 1 der Tagesordnung: Bericht über die vom Ausschusse abgegebenen Mandate, vorläufig vertagt.

### 1. Bericht des Ausschusses.

Der Parteisekretair Nord verliest denselben. Er lautet:

„Wenn wir hiermit einen Bericht über unsere Thätigkeit im verfloffenen Jahre geben, so werden Sie es erklärlich finden, daß wir nur einen Extrakt, eine kurze zusammengedrückte Darlegung dessen, was in

diesem Zeitraume sich ereignete, zur Kenntniß bringen können. Selbstverständlich sind wir aber bereit, über alle, etwa nicht berührten Punkte Auskunft zu erteilen, die von uns vielleicht als unwesentlich nicht erwähnt wurden, oder über welche überhaupt Jemand Aufklärung wünscht.

Da das Kassenwesen der Partei das Fundament ist, auf welchem unsere Organisation hauptsächlich begründet ist, so freut es uns, daß im verflossenen Jahre ein ganz bedeutender Fortschritt zum Besseren auf diesem Gebiete sich vollzogen hat. Obgleich die regelmäßige pünktliche Einsendung der Parteisteuern, die von allen Orten monatlich erfolgen soll, noch sehr viel zu wünschen übrig läßt, so darf doch rühmend hervorgehoben werden, daß die Summe der im Laufe dieses Jahres eingegangenen laufenden Parteisteuern, die laut Kassenbericht im vorigen Jahre 1029 Thlr. betrug, auf 1943 1/2 Thlr. gestiegen ist, wozu noch 334 Thlr. 12 Sgr. Extrasteuer und 82 Thlr. 23 Sgr. 6 Pf. für Karten zc. kommen, in Folge dessen die Gesamtsumme der eingegangenen Parteibeiträge 2360 Thlr. 20 Sgr. beträgt. Die laufenden Parteisteuern vertheilen sich auf die einzelnen Monate wie folgt:

1872. September 48 Thlr. 7 Sgr., Oktober 164 Thlr. 2 Sgr. 8 Pf., November 95 Thlr. 6 Sgr. 2 Pf., Dezember 173 Thlr. 27 Sgr. 1873. Januar 150 Thlr. 10 Sgr. 5 Pf., Februar 174 Thlr. 17 Sgr. 9 Pf., März 188 Thlr. 14 Sgr. 7 Pf., April 131 Thlr. 8 Sgr. 5 Pf., Mai 200 Thlr. 28 Sgr. 5 Pf., Juni 166 Thlr. 22 Sgr., Juli 166 Thlr. 22 Sgr., August bis zum 16. 229 Thlr. 21 Sgr. 5 Pf. Aus den vorliegenden Rechnungsberichten ersehen Sie wie viel die Mitglieder der einzelnen Orte geleistet haben, wobei Sie nicht außer Acht lassen wollen, daß eine bedeutende Steigerung der Einnahme an regelmäßigen Beiträgen durch Annahme des Antrags herbeigeführt würde, daß hinfort alle Mitglieder 1 Sgr. pro Monat zahlen müssen.

Auch der Stand der Unterstützungskasse ist ein befriedigender. Inclusive des Kassenbestandes vom vorigen Jahre betrug die Einnahme 2130 Thlr. 15 Sgr. 6 Pf., die Ausgabe 1747 Thlr. 7 Pf., und ist demnach ein Kassenbestand von 383 Thlr. 14 Sgr. 11 Pf. vorhanden.

Die Gesamteinnahme beziffert sich auf 4582 Thlr. 2 Sgr. 10 Pf., die Ausgabe auf 4045 Thlr. 26 Sgr. 6 Pf. Ganz respectable Zahlen allerdings, allein der Ausbreitung der Partei, dem Agitations- und Unterstützungsbedürfniß gegenüber, noch lange nicht entsprechend, obgleich in diesem Jahre 1351 Thlr. incl. der Extrasteuer mehr an Parteibeiträgen aufgebracht worden; und zwar ist die Steigerung der Einnahmen eine regelmäßig und stetig fortschreitende, denn in den ersten Monaten unserer Amtirung (im Jahre 1871) betrug die Durchschnittseinnahme nur 88 Thlr., in den letzten 4—5 Monaten fast 200 Thlr. Wir sind es unseren Parteigenossen in Nürnberg schuldig zu erklären, daß gerade sie allen anderen Orten mit einem guten Beispiel vorgegangen sind, indem sie es verstanden haben, die Steuerfähigkeit bedeutend zu steigern, und zwar so, daß Nürnberg schon seit geraumer Zeit pro Monat die größte Summe an regelmäßigen Steuern einfindet. Wir glauben, daß es noch viele Orte in der Partei giebt, die ähnliches wie die Nürnberger leisten könnten. Die Steigerung der Parteieinnahmen ist aber der deutlichste Beweis für die Ausbreitung der Partei, die gegen-

wärtig an 170 Orten feste Mitgliedschaften zählt, 70 Orte mehr als dies zur Zeit des letzten Congresses der Fall war. Und wenn auch nicht ge- leugnet werden soll, daß nicht alle Orte schon so fest organisiert sind, wie die Mitgliedschaften, die seit längerer Zeit schon in unseren Reihen stehen, so wird das sich doch stetig bessern.

Daß zu dieser Ausbreitung der Partei nach Außen wesentlich die im Laufe dieses Jahres im größern Maaßstabe betriebene Agitation beigetragen hat, wird wohl Niemand bestreiten wollen; und wenn auch die neuen Mitgliedschaften unter den Schritten der Agitatoren nicht empor- gesprossen sind, wie Blumen auf dem Pfade einer gütigen Fee, so wäre es doch mehr als gewagt, behaupten zu wollen, daß die Agitation frucht- los gewesen, sowie daß die Agitatoren dem „Mädchen aus der Fremde“ geglichen, von dem es heißt:

„Und bald war ihre Spur verloren,  
Sobald dasselbe Abschied nahm.“

Wir wollen nicht behaupten, daß im günstigeren Falle nicht hätte noch mehr erreicht werden können; im Gegentheil, Niemand weiß das besser als wir, Niemand bedauert das mehr als wir, aber es wäre ein großer Fehler, etwaige Mißerfolge einzelnen Agitatoren in die Schuhe zu schieben, wie es ebenso thöricht ist, den Ausschuß für alle Fehler ver- antwortlich zu machen, die dieser oder jener Agitator gemacht hat; oder dafür, daß nicht noch mehr erreicht wurde, als es der Fall war. Die Verhältnisse sind oft weit schwieriger, als der aus der Ferne Urtheilende denkt.“

Der Ausschuß erörtert dann die Ursachen, die nach seiner Ansicht vorhanden sind, daß nicht noch größere Erfolge erzielt wurden, und fährt in seinem Bericht also fort:

„Obgleich der Allgemeine deutsche Arbeiterverein mehr als doppelt so viel auf die Agitation verwendet hat als wir — der Allgemeine deutsche Arbeiterverein 2790, unsere Partei 1290 Thlr. —, können wir doch dreist behaupten, daß die Erfolge, welche wir im letzten Jahre er- rungen haben, sich sehr wohl mit denen des Allgemeinen deutschen Ar- beitervereins messen können. Bei den geringen Mitteln, die uns zur Agitation zu Gebote standen, kann um so weniger von einer überall zu betreibenden, stabilen Agitation die Rede sein, als hierfür ganz bedeu- tende Mittel erforderlich sind, und — was wohl Niemand, der einiger- maßen Personenkenntniß besitzt, bestreiten wird — auch die geeigneten Personen mangelten. Wir mußten uns deshalb darauf beschränken, das uns zu Gebote stehende Material so zu verwenden, daß möglichst überall die für die Ausbreitung der Partei günstigste Zeit und Gelegenheit so ausgenützt wurde, wie es möglich war. Die uns zu Gebote stehenden Mittel würden z. B. kaum hingereicht haben, drei Agitatoren an gewissen Orten festhaft zu machen, aber sie genügten, um überall eine für unsere Partei günstige Anregung der Arbeiterbevölkerung hervorzurufen, die dann von den Parteigenossen der verschiedenen Orte ausgenützt werden konnte. Wenn man dies — wie geschehen — planlos handeln nennen will, so beweisen die Erfolge das Gegentheil; denn die anscheinend „plan- losen“ Agitationsreisen von Kuer, Jord, Scheil, Demmler, Weiß, Fischer, Wiemer sind mindestens von ebenso gutem Erfolge gewesen, als die sta-

bile Agitation in Schlesien, Rheinland, Unter-Wefer, Thüringen, Braunschweig und Sachsen. Nothwendig waren diese Reisen schon deshalb, um durch Abwechslungen in den agitatorischen Kräften neuen Eifer und größere Ausdauer in die kampfesstatt gewordenen Mitglieder der entlegeneren Orte zu bringen.

Selbst wenn die Partei später mehr als bis jetzt in die Lage kommt, durch seßhafte Agitatoren zu wirken, wird die auf weiteren Strecken betriebene Agitation keineswegs entbehrlich sein, im Gegentheil, sie wird noch nothwendiger werden als bisher, aus den bereits angeführten Gründen, dann aber auch um die jeder stabilen Agitation anhaftenden einseitigen Wirkungen zu verwischen und auszugleichen.

Wie Alles, was noch im Werden begriffen ist, nicht vollkommen genannt werden kann, so auch die Parteidisziplin, die noch viel zu wünschen übrig läßt.

Durch die unglücklich gewählte Fassung des § 13 der Organisation haben sich die Mitglieder gewöhnt, in dem Ausschuß eine Körperschaft zu erblicken, die jeden Augenblick bestrebt ist, sich Eigenthümlichkeiten und Uebergriffe zu erlauben, der man deshalb nur mit Mißtrauen begegnen und so wenig wie möglich gestatten darf, ein Wort in die örtlichen Angelegenheiten hineinzureden, und der man, anstatt sie in Alles einzuweißen und von Allem zu unterrichten, nur im äußersten Nothfalle, oft erst nach mehrmaligem Fragen und Drängen, Rede und Antwort steht. So z. B. ist uns vorher weder mit einer Sylbe mitgetheilt worden, daß da oder dort eine Landesversammlung zc. projektiert sei, noch ist uns nachträglich ein offizieller Bericht über den Verlauf und das Resultat einer solchen Versammlung zugegangen. Wenn wir dennoch informirt waren, hatten wir es andern Umständen zu danken. In wie weit an diesen Verhältnissen die unbegründeten Reden von biktatorischen Gelüsten des Ausschusses Schuld sind, oder die föderalistischen Neigungen Derer, die früher mehr der „Volkspartei“ huldigten, verschuldeten, wollen wir ununtersucht lassen. Wir glauben das um so eher zu können, als mit der fortschreitenden Kräftigung der Organisation, mit dem zunehmenden Verständniß, daß unsere Partei als eine kämpfende Partei der größten Centralisation bedarf, auch die Parteidisziplin eine bessere werden wird, wenn nur die älteren Mitgliedschaften den jüngeren mit gutem Vorbild vorangehen wollten.

Daß die Ausbreitung und Kräftigung der Partei von großem Einfluß auf die Verbreitung des „Volkstaat“ sein mußte, ist selbstverständlich. Wenn wir auf dem vorigen Congreß beklagten, daß die Schulden des Organs im vorhergehenden Jahre sich bedeutend vermehrt hätten, so sind wir jetzt in der glücklichen Lage, zu constatiren, daß dieselben bedeutend sich verringert haben, so daß in nicht ferner Zeit das Blatt eine Einnahmequelle für die Partei sein wird. Und wenn man bedenkt, daß diese Erwartung auch dadurch nicht beeinträchtigt wird, daß das Blatt jetzt dreimal erscheint, so haben wir alle Ursache, auf den Stand der Partei, trotz mancher noch zu beseitigender Uebelstände, mit Befriedigung hinzusehen.

Wir rechnen darauf, daß alle Mitglieder bestrebt sein werden, einmal erkannte Uebelstände zu beseitigen, und bezeichnen deshalb als einen

solchen hauptsächlich den Vertrieb des „Volkstaat“ durch die Filial-Expeditionen in ihrer jetzigen Einrichtung, die schon zu großen Verlusten geführt haben. Hier muß unbedingt eine Aenderung geschaffen und Sorge getragen werden, daß das Blatt ausschließlich durch Postabonnements verbreitet wird, oder wenigstens nur solche Filialen gebildet werden, die pro Monat im Voraus zahlen. Wir räumen gern ein, daß die Expedition in nicht geringem Grade mit Schuld daran ist, daß die Filial-Expeditionen so unpünktlich zahlen, weil dieselbe die Zahlungsbedingungen für die Filialen nicht strenge durchgeführt, uns auch nicht rechtzeitig über den Stand des „Volkstaat“ benachrichtigt hatte, damit schon eher auf Mittel und Wege zur Abhilfe hätte Bedacht genommen werden können.

Jetzt, nach einer gewissen Verbindung der Expedition mit der Genossenschaftsbuchdruckerei, ist es dahin gebracht worden, daß von nun an allvierteljährlich ein Bericht über den Stand des Blattes zur Kenntnissnahme derjenigen Mitglieder der Partei gelangen wird, die selbst ihre Pflicht der Hauptkasse gegenüber erfüllt haben. Denn darauf wird unter allen Umständen gehalten werden müssen, daß auf die vierteljährlichen Rechnungsberichte der Partei und des „Volkstaat“ nur die Drie Anspruch machen können, die selbst Ordnung halten. Um mehr Ordnung und Pünktlichkeit hinsichtlich der Einsammlung und Abführung der Parteigelder an die Hauptkasse zu ermöglichen, haben wir verschiedene Formulare drucken lassen, die geheftet und mit einer Gebrauchsanleitung versehen, den Vertrauensmännern zum Kostenpreise überlassen werden sollen. Wir empfehlen den Delegirten, darauf hinzuwirken, daß diese Einrichtung recht bald und überall durchgeführt wird.

Unter den zur Verathung stehenden Punkten ist es besonders noch die Reichstagswahlfrage, welche wir hier hervorheben. Sie wissen, daß wir schon im Februar ein Circular erlassen haben, worin wir die Vertrauensmänner aufforderten, über die Wahlaussichten Bericht zu erstatten. Leider sind nur folgende Orte unserer Aufforderung nachgekommen: Reichenbach, Smitzd, Chemnitz, Nürnberg, Erfurt, Ludenwalde, Leuckersdorf, Eßlingen, Mannheim, Ronzdorf, Limbach, Ronneburg, Gotha, Frankfurt a. M., Ramenz, Hof, Lörrach, Braunschweig, Lunzenau, Marburg, Elberfeld, Wiesbaden, Göppingen, Selenu (20. sächs. Wahlbezirk), Köthensdorf bei Breslau. Von diesen wiederum haben die wenigsten in einer Weise geantwortet, die es ermögdlicht, bündige Schlüsse zu ziehen.

Wir empfehlen auf Grund eigener Ermittlungen in folgenden Gegenden Deutschlands Candidaten von Parteiwegen aufzustellen: In Sachsen 7, im Rheinland 3, in Schlesien 1, in Thüringen 2, in Baiern 2 und im Norden 1. Die Wahlkreise und Candidaten zu bestimmen, wird Sache des Congresses sein. Wir sind der Meinung, daß in den sichersten Wahlkreisen die tüchtigsten Parteigenossen aufgestellt werden müssen, und daß es die Aufgabe des Congresses sei, endgültig die Personen und Wahlkreise zu bestimmen, welche von Parteiwegen zu unterstützen sind. Die Wahlagitator hat durch die mit großer Majorität erfolgte Wahl Bebels eine passende Einleitung gefunden.

Die zur Verhandlung im Plenum verwiesenen, in der Partei aus-

gebrochenen Differenzen betreffen verschiedene Gegenstände. Der Hauptstreitpunkt dürfte die sattham bekannte Fürther Angelegenheit sein. Wenn auch jetzt diese Sache etwas geklärt erscheint, so war doch seiner Zeit ein rasches entscheidendes Handeln nothwendig, und unsere Handlungsweise durch die Situation bedingt. Jedenfalls ist erwiesen, daß dieses Vorgehen nicht zum Nachtheile der Partei ausgeschlagen ist.

Was unsere Stellung zum Allgemeinen deutschen Arbeiterverein betrifft, so constatiren wir, daß wir uns gegenüber den verschiedenen Ansichten in der Partei in einer unangenehmen Lage befanden, indem von der einen Seite Frieden, von der andern rücksichtsloser Kampf verlangt wurde. Es entstand dadurch eine in der Partei selbst vielfach getadelte schwankende Haltung.

Was die Frage der Lokalblätter anbelangt, so halten wir es für das Beste, daß der Congreß Beschlüsse faßt, die der Parteileitung zur Richtschnur dienen können. Doch meinen wir, daß der befriedigendste Zustand der sein würde, wenn die Lokalblätter Partei-Eigenthum würden.“

Yorck macht hierauf Mittheilung über die verschiedenen Contracte, welche zwischen dem Ausschuß und der Expedition und dem Ausschuß und der Genossenschaftsdruckerei abgeschlossen worden sind. Er schließt seinen Bericht, indem er sich nochmals bereit erklärt, sofort jeden gewünschten Aufschluß zu ertheilen und auf Beschwerden zu antworten.

## 2. Bericht der Control-Commission.

Der Vertreter derselben, Dehme aus Breslau, verliest den Bericht wie folgt:

„Bericht der Control-Commission der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei über ihre Thätigkeit vom September 1872 bis August 1873.

Die Control-Commission constituirte sich den 23. September 1872, nachdem in der an demselben Tage abgehaltenen Mitglieder-Versammlung die Mitglieder derselben gewählt worden waren.

Die Control-Commission hat vom 23. September bis zum 1. August, also in 45 Wochen 43 Sitzungen abgehalten, d. h. fast in jeder Woche eine. Der Besuch derselben war der Art, daß durchschnittlich an jeder Sitzung 8 Mitglieder Theil nahmen.

Drei Funktionen waren es, die hauptsächlich die Thätigkeit der Control-Commission ausmachen:

1. Entscheidung von Beschwerden in zweiter Instanz;
2. Revision der Kasse und Bücher des Ausschusses;
3. Controlirung der gesammten Thätigkeit des Ausschusses.

1. Im Ganzen gelangten an die Control-Commission zur Entscheidung, sei es direkt, oder durch den Ausschuß, 12 Beschwerden:

1. von Meier in Fürth über den Ausschluß aus der dortigen Mitgliedschaft (Prot. vom 25. Okt.);
2. von der Redaktion des „Volksstaat“ über das Verfahren des Ausschusses gegen dieselbe, betreffend die Stellung zum Allgemeinen deutschen Arbeiterverein (Prot. vom 8. November);
3. von Kräcker aus Breslau über Nichtaufnahme eines Artikels von Seiten der Redaktion des „Volksstaat“ (Prot. vom 8. November);

4. von Sabor aus Frankfurt a. M. über die Veröffentlichung des Schweizer'schen Manifestes von Seiten des Ausschusses (Prot. vom 3. Jan.);
5. von Müller aus Berlin über den Verkehr des Ausschuß-Sekretärs mit dem Vertrauensmann und Wegner (Prot. vom 3. Jan.);
6. von den Vertrauensmännern des Maingaus über die Veröffentlichung des Schweizer'schen Manifestes;
7. Protest aus Fürth gegen das Verfahren des Ausschusses und der Control-Commission gegenüber der Redaktion des „Volksstaat“ (Prot. vom 10. Jan.);
8. von Beckendahl und Genossen gegen die Auflösung der Fürther Mitgliedschaft durch Yorck (Prot. vom 28. Febr.);
9. von Meinic in Göppingen über Beleidigung und Schädigung durch die Nürnberger Mitgliedschaft (Prot. vom 8. April);
10. von Kalb in Frankfurt a. M. über die Expedition des „Volksstaat“ (Prot. vom 11. April);
11. von Beckendahl gegen Menwinger (Prot. vom 14. April);
12. von dem Kölner Agitationscomité über den Ausschuß und Scheil (Prot. vom 16. Juni).

In der Angelegenheit Lienig holte die Control-Commission Informationen ein vom Ausschuß (16. Mai) und von Milke-Berlin (30. Mai), überließ jedoch die Entscheidung dem Congresse.

Zwei Beschwerden erfordern eine nähere Erwähnung.

Die Beschwerde Meiers aus Fürth wegen seiner Ausstoßung aus der dortigen Mitgliedschaft wurde vom Ausschuß der Control-Commission zur Entscheidung überwiesen (25. Oktbr.). Die Control-Commission beschloß in Gemäßheit des § 11 der Geschäftsordnung die Angelegenheit einem Schiedsgericht zu übergeben, zu dem sie selbst drei Mitglieder, Meier 2 und ebenso die von Meier angeklagten Göz, Löwenstein und Genossen 2 Mann stellen sollten. Aber erst nach dreimaliger Aufforderung, zuletzt im „Volksstaat“ (Prot. vom 25. Okt., 8. Nov. und 22. Nov.) wurde die Control-Commission von letzteren einer Antwort gewürdigt.

Da indeß Göz und Genossen die Bildung eines Schiedsgerichts verweigerten, so ertheilte die Control-Commission dem in Nürnberg anwesenden Parteisekretair Yorck, welcher der Control-Commission von den Vorgängen in Fürth-Nürnberg Mittheilung gemacht hatte, auf seine Anfrage den Rath: den Vertrauensmann Göz abzusetzen, die Mitgliedschaft aufzulösen und in einer Volksversammlung eine neue Mitgliedschaft zu constituiren.

Meinic in Göppingen glaubte sich durch die Nürnberger Mitgliedschaft beleidigt und geschädigt und verlangte Genugthuung (Prot. vom 18. April). Die Control-Commission gewährte ihm dieselbe durch eine öffentliche Ehrenerklärung, ohne sich jedoch für berechtigt zu halten auf sein Verlangen nach einer Geldentschädigung einzugehen (Prot. vom 2. Mai).

Ad II. Die Control-Commission hat das Protokollbuch des Ausschusses auf ihr Verlangen zweimal zur Revision erhalten (Prot. vom 27. Dez. und Prot. vom 27. Juni). Die Revision desselben ergab in-

sofern ein ungünstiges Resultat, als neben ziemlicher Unvollständigkeit — bei vielen wichtigen Angelegenheiten sind die etwaigen Beschlüsse des Ausschusses gar nicht mitgeteilt — 2 Protokolle vom 22. Februar und 24. April genau wörtlich übereinstimmen und eine Anzahl von Briefen und Anträgen der Control-Commission — wenn vom Sekretair überhaupt vorgelegt — nicht erwähnt sind.

Zur Revision der Kasse beauftragte die Control-Commission die Parteigenossen Praast und Küssel in Hamburg (Prot. vom 28. März), die Richtigkeit des Kassenbestandes zu prüfen. Sie antworteten, daß sie Alles in völliger Richtigkeit gefunden (Prot. vom 28. April).

Das Kassenbuch und die Abrechnung erhielt die Control-Commission erst auf mehrfachen Ersuchen (Prot. vom 21. März, 4. April, 23. Mai und 30. Mai) am 6. Juni. Sie nahm eine genaue und sorgfältige Revision vor, deren Resultat nicht in gewünschter Weise günstig war. Das zweite Mal erhielt die Control-Commission das Kassenbuch am 1. August, revidirte es und konnte eine weit zufriedenstellendere Führung constatiren. Das Postjournal, obwohl schon am 20. Juni verlangt, traf erst am 1. August ein, wurde revidirt und haben sich dabei Monitas in ziemlich erheblicher Anzahl nöthig gemacht.

Ad III. Um sich über die Verhältnisse der Partei auf dem Laufen den zu erhalten, ersuchte die Control-Commission die Redaktionen der Parteiblätter ihr ein Freiegemalr zukommen zu lassen, und erhielt darauf regelmäßig zugesandt: Dresdener „Volksbote“, Chemnitzer „Freie Presse“, Crimmitschauer „Bürger- und Bauernfreund“, Fürther „Demokratisches Wochenblatt“, Braunschweiger „Volksfreund“ und „Höfer Zeitung“. In gewissen Zwischenräumen wurde über die Haltung dieser Blätter von einzelnen Mitgliedern der Control-Commission in den Sitzungen Berichte abgefaßt und das Ergebnis zum Theil dem Ausschuß oder den betreffenden Redaktionen mitgeteilt (Beschl. über die „Höfer Zeitung“ am 9. Mai, Chemnitzer „Freie Presse“ am 16. Mai, Crimmitschauer „Bürger- und Bauernfreund“ am 4. Juli). Auch abonirte die Control-Commission auf 1 Exemplar des „Neuen Sozialdemokrat“. Um der die Partei compromittirenden Polemik zwischen dem „Volksstaat“ und der Chemnitzer „Freien Presse“ Einhalt zu thun, verlangte die Control-Commission vom Ausschuß die Redaktionen der beiden Organe zur Einstellung ihrer gegenseitigen Angriffe zu veranlassen, ohne daß dies jedoch bis zum 30. Mai, wie die Briefe an Bloß und Wahlreich beweisen, vom Ausschuß geschehen war.

Der Vertrag mit der Genossenschaftsbuchdruckerei lag der Control-Commission vor und dem dreimaligen Erscheinen des „Volksstaat“, so wie der möglichsten Beseitigung der Filial-Expeditionen gab sie ihre Zustimmung. Gleich nach ihrer Constituirung sah sich die Control-Commission genöthigt, für die Aufrechterhaltung des Mainzer Beschlusses über die Stellung zum Allgemeinen deutschen Arbeiterverein einzutreten (Brief an den Ausschuß vom 18. Oktober 1872, an die Redaktion des „Volksstaat“ vom 8. November, Manifest erlassen 12. November). Es gelang ihr, den Ausschuß von der Richtigkeit ihrer Ansichten zu überzeugen und die Redaktion des „Volksstaat“ mit Hilfe desselben zu einer

Änderung ihrer Taktik gegenüber dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein zu veranlassen.

Auf die Anfrage des Ausschusses, was mit dem Schweizer'schen Schriftstück zu machen sei, rieth die Control-Commission entschieden, wenn auch vergeblich (Briefe vom 29. November und 3. Januar) von einer Veröffentlichung durch den Ausschuß ab, ist aber auf ihre Anfrage, ob und wieviel aus der Parteikasse zum Drucke desselben verwendet worden sei, ohne Antwort geblieben.

Zur Leipziger Konferenz sandte die Control-Commission als Vertreter ihren Vorsitzenden Geiser.

Um die Agitation planmäßiger und wirksamer zu machen, verlangte sie vom Ausschuß Agitationsberichte (Anfrage am 14. Februar, Anfrage über Orte, wo früher Mitgliedschaften bestanden am 20. Februar, Agitationsansichten der Control-Commission am 14. März). Allein es gelang ihr nicht, ihren Zweck zu erreichen, so daß sie schließlich genöthigt war, ihre Ansichten vor die Gesamtpartei zu bringen (Circular vom 25. Juli).

Dies das Wesentlichste, was die Control-Commission während ihres Amtsjahres innerhalb der ihr durch die Organisation gesteckten Grenzen gethan hat. Sie schließt ihren Bericht mit der Versicherung, daß sie ihr Amt mit Eifer, Gewissenhaftigkeit und dem Bestreben geführt hat, unsere Partei zu stärken und zu fördern.

Breslau, im August 1873.

Die Control-Commission.

Kanfer, Schriftführer.“

Es folgt auf Antrag Auer's:

### 3. Bericht der Mandatprüfungs-Commission über die vom Ausschuß vergebenen Mandate.

Namens der Commission Rübner: Es betrifft die Mandate aus Ramenz, Thalheim, Mülsen St. Micheln, Großenhain, Kaiserslautern, Lichtenstein-Callnberg, Gelsenau, Münchenbernsdorf, Spandau. Ferner sind beanstandet die Mandate für Faaz-Nürnberg, für Plauen, Volksverein Meerane, für Crimmitschau, Fürth, Fürth alte Mitgliedschaft, Braunschweig, Seesen, 14. sächsischer Wahlkreis, Volksverein Waldburg, Harburg und Rüterbogk. Der Congreß beschließt über sämmtliche beanstandete Mandate gleich zu verfügen. Auf Wunsch York's constatirt Rübner, daß vom Ausschuß überhaupt keine Mandate übertragen sind. Die Mandate sind noch unausgefüllt.

Rübner: Es ist beanstandet Faaz-Nürnberg, da die Mitgliedschaft als ausgetreten bezeichnet ist. Da aber die Parteigelde an den Ausschuß abgegeben und vom Ausschuß angenommen sind, beantragt die Control-Commission die Zulassung. Die Angelegenheit veranlaßt eine längere Debatte. Es wird für die Zulassung des Mandates geltend gemacht, daß der Austritt unter den in Nürnberg abwaltenden Umständen gerechtfertigt erscheint, wogegen gegen die Zulassung betont wird, daß der Austritt aus der localen Mitgliedschaft gleichbedeutend sei mit dem Austritt aus der Partei.

York theilt mit, daß die betreffenden Beiträge als freiwillige

Beiträge vom Ausschuß angenommen sind. Die Entscheidung über die ganze Angelegenheit habe der Congreß.

Hillmann beantragt: Die Zulassung bis dahin, wo der Congreß über die Nürnberg-Fürther Angelegenheit entschieden hat, auszusprechen.

Nach einer ferner lebhaften Debatte liest der Vorsitzende die Beschlüsse des Mainzer Congresses vor, wonach an keinem Orte 2 Mitgliedschaften existiren dürfen, sowie die betreffenden Bestimmungen der Geschäftsordnung, welche der stimmberechtigten Zulassung des Herrn Faaz formell widerstreiten. Gegen die Genehmigung, daß Faaz den Verhandlungen beiwohne, sei nichts zu erinnern.

Der Congreß beschließt:

Das Mandat von Faaz zu beanstanden, die Sache bei der Nürnberg-Fürther Angelegenheit zu erledigen und bis dahin Faaz beratende Stimme zu gewähren.

Wiedermann-Dresden beantragt, daß alle Anträge schriftlich eingebracht werden sollen, was angenommen wird.

Rübner: Es ist beanstandet das Mandat von Plauen, da dieses 2 Mal und nicht übereinstimmend ausgestellt ist.

Lienig-Hof erklärt die doppelte Ausfertigung, worauf der Congreß die Gültigkeit des vorliegenden gedruckten, fertig ausgefüllten Mandates beschließt.

Rübner: Das Mandat für Ramenz ist vom Congreß zu vergeben.

Holzwarth-Pforzheim: Yord und Geib sind der Meinung, daß die Mandate zum Congreß zugelassen und im Protocolle aufgeführt, aber nicht einzelnen Delegirten übergeben werden sollen, da sich sonst die Majorität des Congresses ungehörig verstärken könne. Es wird hierdurch nur die persönliche Vertretung nicht erzielt. Das schade aber nichts, da die Delegirten doch nur Eine Stimme haben.

Hillmann und Andere treten dieser Meinung mit Hinweis darauf entgegen, daß der Congreß die höchste Instanz sei, die über Alles endgültig zu entscheiden habe.

Scheil beantragt, unausgefüllte Mandate als ungültig zu erklären. Es wird beschlossen, die Mandate in den Listen aufzuführen, sie aber keinem Delegirten zu überweisen.

Rübner: Es sind also einzutragen als solche Mandate: Ramenz 15 Stimmen, Thalheim 40 Stimmen, Mülsen St. Micheln 24 Stimmen, Großenhain 13 Stimmen, Kaiserslautern 36 Stimmen, Lichtenstein-Callenberg 40 Stimmen, Gelenau 35 Stimmen, Münchenbernsdorf 40 Stimmen.

Das Mandat für Spandau beansprucht Milke-Berlin und überzeugt den Congreß von der Richtigkeit des Anspruchs.

Rübner: Es ist beanstandet das für den Volksverein von Meerane eingesandte Mandat, vertreten durch Motteler.

Motteler erklärt, daß das Mandat des Volksvereins irrthümlich ausgestellt ist. Die Mitgliedschaft von Meerane ist vertreten und der Delegirte hat sämtliche Meeraner Stimmen (12) zu beanspruchen.

Nach längerer Debatte cassirt der Congreß das beanstandete Mandat. Auf das Verlangen nach Gegenprobe bei dem nicht ganz unzweifelhaften Ausfall desselben, erklärt der Vorsitzende, daß es überhaupt nicht angehe, 2 Mitgliedschaften eines und desselben Ortes zuzu-

lassen, wenn nicht der Mainzer Beschluß umgestoßen werden solle; es könne deshalb eine andere Entscheidung, ohne diese Vorfrage zu erledigen, nicht stattfinden, worauf indeß ein bezüglicher Antrag nicht gestellt wird und die Sache erledigt ist.

Rübner: Es ist ferner beanstandet die im Crimmitschauer Mandat angegebene Zahl von 370 Mann.

Yord: Die Crimmitschauer zahlten bisher ein Pauschquantum und sind im Recht.

Das Mandat wird in vorliegender Form angenommen.

Rübner: Es ist beanstandet das Mandat der Schweizer Arbeitervereine, da diese nicht als Parteimitglieder im Mandat benannt sind.

Yord erklärt die irrige Ausstellung des Mandats als einen Formfehler, die Mandanten wären pünktlich ihren Pflichten nachgekommen.

Büttner (Zürich) weist darauf hin, daß alle früheren Mandate gleichlautend mit diesem ausgestellt waren.

Das Mandat wird für gültig erklärt.

Rübner: Ferner ist beanstandet Fürth, alte Mitgliedschaft, 56 Stimmen mit 3 Delegirten. Nach § 8 der Organisation ist nur Ein Delegirter zulässig.

Herpfer-Fürth: Er sei von den Fürthern als stimmführender Delegirter bezeichnet worden. Die beiden anderen hätten nur beratende Stimme.

Es wird beschlossen, daß die 3 Delegirten der alten Mitgliedschaft Fürth bis nach Erledigung der Nürnberg-Fürther Angelegenheit nur mit beratender Stimme zugelassen werden sollen.

Rübner: Braunschweig hat 2 Mandate ausgestellt, ohne in der Abrechnung angegeben zu sein.

Yord erklärt, daß die Beiträge eingelaufen und nur aus guten Gründen nicht in der Rubrik der monatlichen Beiträge angegeben sind.

Becker und Bracke theilen mit, daß eine Mitgliedschaft nicht existire, die einzelnen Parteimitglieder aber ihre Steuer prompt entrichten und diese Steuern jetzt auch wieder unter den monatlichen Beiträgen aufgeführt werden dürfen.

Es erhebt sich eine Debatte über die Frage, ob die in den Mandaten angegebene Zahl von 300 Mitgliedern mit den eingesandten Gelbern übereinstimmt.

Dies wird bestätigt und das Mandat für gültig erklärt.

Rübner: Seesen ist nicht in der Abrechnung aufgeführt. Es wird dies berichtigt und ist das Mandat damit zugelassen.

Rübner: Das Mandat für den 14. sächsischen Wahlbezirk mit 110 Mitgliedern wird einer Bestimmung seitens des Congresses unterliegen müssen, da das Mandat für den Wahlkreis ausgestellt ist.

Nach Darlegung der dortigen Verhältnisse wird das Mandat als für die betreffenden Orte: Geithain, Frohburg, Wechselburg, Lunzenau und Rochlitz gültig angenommen.

Rübner: Das Mandat für den Volksverein Waldenburg, Vertreter Albert-Glauchau, ist der Bezeichnung „Volksverein“ wegen beanstandet.

Es wird dies als eine irrthümliche Form der Ausstellung constatirt und zur Tagesordnung übergegangen.



Rübner: Die Mandate für Harburg und Jüterbogk sind dem Parteisekretär Yord übertragen, was der Commission nicht als angemessen erschien.

Es wird dies als nebensächlich betrachtet, da der Parteisekretär so gut wie jedes andere Mitglied Mandate übertragen erhalten könne.

Muer-Berlin macht vorläufige Mittheilung über das Resultat der Mandatsprüfung. Anwesend sind 68 Delegirte, wovon einige nach den Beschlüssen nicht stimmberechtigt sind. Das Resultat über die Anzahl der vertretenen Orte und der Mitglieder muß noch festgestellt und soll Dienstag vor Beginn der Sitzung mitgetheilt werden.

Einige neu ankommende Delegirte werden am Schluß der Sitzung angemeldet.

Schluß 12 Uhr Mittags

Die beschlossene Volksversammlung fand Nachmittags von 4 bis 6 Uhr statt. Da das Local für eine Volksversammlung etwas klein war, waren die Delegirten übereingekommen, mit Ausnahme derjenigen, welche als Mitglieder des Bureaus oder als Redner direkt betheiligte waren, sich von der Versammlung fernzuhalten. Geib führte den Vorsitz, Kokošky-Braunschweig sprach über die Zwecke und Ziele der Arbeiterbewegung, Lienig-Hof über die Gewerkschaftsbewegung, außerdem betheiligten sich noch Holzwarth-Pforzheim und Fischer-Neundorf an der Debatte. Obgleich das anwesende Publikum zu einem erheblichen Theil aus Nichtarbeitern, namentlich aus Eisenach und Umgegend besuchenden Fremden bestand, fanden die Redner doch großen Beifall. Die Versammlung, die nach zweistündiger Dauer geschlossen wurde, hinterließ bei den Besuchenden augenscheinlich einen sehr günstigen Eindruck.

## Geschlossene Sitzung.

Sonntag, den 24. August, Abends,

im „Gasthaus zur Sonne“.

Der Vorsitzende Geib eröffnet die Sitzung wiederum nach 6 Uhr und fordert die inzwischen eingetroffenen Delegirten auf, ihre Vorlagen in Empfang zu nehmen, worauf der Schriftführer Bracke das Protocoll der Morgensitzung verliest.

Inzwischen sind folgende Telegramme eingelaufen:

„Ein donnerndes Hoch den Vertretern der Sozialdemokratie! Hoch die Organisation, hoch das Programm der Sozialdemokratie, die Partei- und die Gesinnungsgenossen!“

Die Werder'sche Gewehrfabrik zu Nürnberg.“

„Wünschen Glück und Gedeihen zu den Verhandlungen des Congresses.“

Ehlinger Parteigenossen.“

„Ein Gruß den Vertretern der Arbeitersache, den Kämpfern für Freiheit, Gleichberechtigung und Brüderlichkeit Gedenkt des Wiesbadener Wahlkreises! Hoch die Sozialdemokratie!“

Die Parteigenossen zu Wiesbaden. St., R. u. R.“

Das Protocoll wird genehmigt.

Scheil verlangt, daß die Präsenzliste verlesen werde und die Delegirten sich vorstellen.

Zur Fürther Angelegenheit.

Bedendahl beantragt: „Den Erlaß des Parteisekretärs in Nr. 15 des „Volksstaat“, betr. die Fürther Angelegenheit zu annulliren“ und begründet den Antrag damit, daß die Anschuldigungen Yord's, auf welche jener Erlaß sich begründet, Verläumdungen seien; er beruft sich auf seine Broschür und auf das Dresdner Protocoll, in welchem ausdrücklich die Vorschrift enthalten, daß alle Erlasse des Ausschusses und der Control-Commission zwei Unterschriften haben sollen. Yord habe keinen Auftrag gehabt so zu handeln, wie er gehandelt; der Wortlaut der Schreiben des Ausschusses und der Control-Commission decke nicht das Vorgehen des Sekretärs. Auch materiell sei das eingeschlagene Verfahren ungerechtfertigt. Als die Control-Commission ihren Beschluß faßte, waren 2 Mitglieder derselben nicht anwesend. Der erst auf dem letzten Congreß beschlossene § 11 der Geschäftsordnung war der Fürther Mitgliedschaft noch gar nicht bekannt. Redner tadelt die Control-Commission, daß sie einseitig von den Mitgliedern der alten Mitgliedschaft den Nachweis verlangt habe, ob sie Parteimitglieder seien, während sie von den Andern dies nicht verlangt habe.

Scheil beantragt: Die Fürther Angelegenheit streng getrennt zu halten von der Affaire Memminger.

Dies wird abgelehnt.

Dehme (für die Control-Commission): Parteigenosse Meyer hat seine Parteisteuer fortwährend an den Ausschuß berichtigt, was also Parteimitglied. Die Control-Commission hat den Vertrauensmann von Fürth, Georg Götz, wiederholt und zuletzt öffentlich im „Volksstaat“ aufgefordert, über die Ausschließung Meyer's Bericht zu erstatten, der Bericht erfolgte, brachte aber keine Beweise. Darauf wurde ein Schiedsgericht anempfohlen, Meyer war bereit, sich einem solchen zu unterwerfen; Götz und die Mitgliedschaft weigerten sich. Die Fürther haben somit gegen die Beschlüsse des Mainzer Congresses verstoßen. Der Auftrag an Yord wurde telegraphisch gegeben. Die Genehmigung der Control-Commission wurde nachträglich ertheilt, wenn auch nicht in Bezug auf den Wortlaut des Yord'schen Erlasses. Im Uebrigen wäre es durchaus ungerechtfertigt, die Control-Commission für den großen Fehler Yord's, die Mitgliedschaft in einer öffentlichen Volksversammlung aufzulösen, verantwortlich zu machen.

Yord: Es bestanden früher in Fürth 2 Mitgliedschaften, eine eigentliche Mitgliedschaft und ein Volksverein, der gleichfalls Parteisteuern entrichtete. Beide mußten vereinigt werden, sie wurden dadurch aber nicht zahlreicher, was im Interesse der Partei sehr zu beklagen war. Es war auch nöthig, die Affaire Meyer zu untersuchen. Herr



Beckendahl sprach sich sehr rückholtslos aus. Mein Fehler in Nürnberg war, daß ich nicht die störenden Elemente auch dort beseitigte, es würde aber der Ausschluß von keiner Seite beantragt. Ich will halb und halb zugestehen, daß ich Fehler begangen. In Fürth hat aber die Partei keinen Schaden gelitten; es sind dort statt früher 30 jetzt 80 Mitglieder.

Grillenberger wünscht, daß Diejenigen, welche mit der Sache nicht ganz genau vertraut sind, sich der Debatte möglichst enthalten möchten. Die Delegirten sind durch den „Volksstaat“ und die Broschüren Beckendahl's und Mook's vorher eingenommen. Meyer wurde ausgeschlossen, angeblich weil er viel Skandal mache, in Wirklichkeit aber, weil er den alten Volksparteilern immer vorwarf, daß sie Volksparteiler gewesen seien oder noch seien. Redner wirft der Beckendahl'schen Broschüre verschiedene Unrichtigkeiten vor, klagt über das von den alten Fürthern gepflegte Cliquentweien und ihre Parteispieleerei.

Blas erklärt, daß der „Volksstaat“ sich mit der Fürther Angelegenheit in der letzten Zeit gar nicht beschäftigt habe.

Löwenstein (Fürth): Die Control-Commission hat ganz ungerechtfertigt gehandelt, indem sie überhaupt erst dann zu beschließen hat, nachdem der Ausschluß in erster Instanz eine Beschwerde unerledigt gelassen, und einen unbefriedigenden Bescheid gegeben hat. Es ist viel zu familiär zwischen Yorck und der Control-Commission hergegangen. Redner erörtert nun die von Beckendahl bereits gegen beide Parteibehörden geltend gemachten Vorwürfe ausführlicher. Der Schiedsgerichtsvorschlag ist der Mitgliedschaft gar nicht als Antrag oder Aufforderung der Control-Commission zugegangen. Die einzelnen aufgeführten Mitglieder konnten jedenfalls für ihre Personen ablehnen. Auch sagten wir, daß wenn Meyer in der Mitgliedschaft bleiben würde, die Sache keinen Sinn habe, da wir von der Ansicht ausgehen, daß eine Mitgliedschaft berechtigt ist ein Mitglied, welches sie als schädlich ansieht, aus der Mitgliedschaft auszuschließen. Die Auflösung ist erfolgt, weil Yorck der Ansicht ist, daß wir mit der Volkspartei sympathisiren.

Eingelaufen sind noch weiter folgende Anträge:

Estlein: Ich beantrage der Congreß wolle beschließen: „Die alte und die neue Mitgliedschaft zu Fürth haben sich im Interesse der Partei zu verschmelzen, zu diesem Zwecke in kürzester Frist in einer Parteiverammlung gemeinschaftlich einen Vertrauensmann zu wählen und hierdurch den Zwistigkeiten ein Ende zu machen.“ (Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird von Walster bekämpft und vom Congreß abgelehnt.) (Ein Antrag auf Schluß der Rednerliste wird angenommen.) Es wird beantragt, die Redezeit auf 5 Minuten zu beschränken, wenigstens in Bezug auf diesen Gegenstand. Wird angenommen mit der Bestimmung, daß Meyer, als persönlich Angegriffener, das Recht haben soll, länger zu sprechen.

Kosksh: Von beiden Seiten ist gefehlt worden. Es sind nicht eigentliche Arbeiter, die die Sache hervorgerufen, sondern die Herren Literaten Mook und Memminger.

Dehne widerlegt verschiedene tadelnde Bemerkungen und erklärt wiederholt, daß die Fürther Mitgliedschaft selbst an den Verwicklungen schuld sei, weil sie allen Aufforderungen Stillschweigen entgegenstellte.

Beckendahl: Nur an Gög, nicht an uns ist die Aufforderung gerichtet gewesen.

Walster wundert sich nicht, wenn verschiedene reactionäre Polizeibehörden zu Verböten und Maßregelungen der Partei schreiten und die Mitgliedschaften als Zweigvereine ansehen, wenn die Unkenntniß der Organisation selbst bei den Parteibehörden so weit greift, daß man die Mitgliedschaften als etwas ansieht, was man auflösen kann. Auch die Fürther Mitgliedschaft hat sich als etwas angesehen, was der Partei gleichkommt, und das Recht zu besitzen geglaubt, ein Mitglied aus der Partei auszustoßen. Die Mitgliedschaft kann Niemanden aus der Partei ausschließen und die Mitgliedschaft ist keine Corporation, die man auflösen kann. Der Ausschuß hat sich außerdem einer großen Taftlosigkeit schuldig gemacht. Wo aber so auf beiden Seiten gefehlt worden, kann nicht einseitig die eine Partei bestraft werden. Ich bin demgemäß der Ansicht, daß die Beschlüsse des Ausschusses und der Control-Commission annullirt und der Estlein'sche Antrag angenommen werde. Meyer ist vielleicht der Einzige, der correct gehandelt hat.

Herpfer-Fürth erklärt, daß man Meyer nur aus den geschlossenen Sitzungen ausgeschlossen habe.

Yorck: So lange der Ausdruck „Mitgliedschaft“ nicht durch einen anderen ersetzt ist, wird man von den Mitgliedern eines Ortes nicht anders als unter dem Namen „Mitgliedschaft“ sprechen können. Die Mitgliedschaft eines Ortes steht eben für: die Mitglieder eines Ortes.

Meyer-Fürth erklärt, daß sich die meisten Mitglieder der alten Fürther Mitgliedschaft in politischer Beziehung sehr zweideutig benommen und ihn nur deshalb gehaßt hätten, weil er eine entschieden prinzipientreue Haltung in jeder Beziehung verlangt habe, während die Herren Löwenstein und Genossen die Partei ins Schlepptau der Volkspartei zu nehmen jeder Zeit beflissen gewesen seien.

Löwenstein bezeichnet die Ausführungen Meyer's als in den Hauptfachen unrichtig; insbesondere macht er darauf aufmerksam, daß Meyer das, was er ihm als Verbrechen angerechnet, selbst mitgethan habe. Seit 1871 gehöre er, Löwenstein, der Volkspartei nicht mehr an.

Beckendahl: Er sei bei der Volkspartei nie beliebt gewesen; nach der Verhaftung Jacoby's sei er ganz ausgetreten.

Fischer spricht zwar für die Vereinigung der getrennten Richtungen, aber nur unter der Bedingung, daß die Parteigenossen insgesammt sich der Partei unterordnen. Er beantragt: Der Congreß geht über die Suspendirung der früheren Fürther Mitglieder in soweit zur Tagesordnung über, als ausgesprochen wird: dem Eintritt der suspendirten Mitglieder in die jegige Fürther Mitgliedschaft steht nichts entgegen.

Meyer-Nürnberg behauptet, daß die Fürther häufig Versammlungen versäumt hätten.

Herpfer erklärt, daß Meyer die Sachen verdreht habe.

Scheil meint, Mitgliedschaften könnten allerdings aufgelöst werden. Yorck habe Recht gehabt; er beantragt: Durch die bis jetzt vorgebrachten Gründe für die Suspendirung der Fürther Mitgliedschaft, und in Folge der Machination, welche durch die Beckendahl'sche Broschüre in fälschlicher Weise verbreitet worden ist, sieht der Congreß sich genöthigt, die

Suspendirung der alten Fürther Mitgliedschaft durch den Sekretär des Ausschusses für Recht zu erkennen.

Ehrhardt-Kaiserslautern bemerkt, daß viele Mitglieder der Volkspartei ein reges Interesse an unserer Partei bewiesen, so gehöre ja auch Johann Jacoby zur Volkspartei.

Wörlein-Nürnberg bestreitet, daß Löwenstein sich von der Volkspartei zurückgezogen und verlangt, daß Löwenstein und Beckendahl aus der Partei ausgeschlossen werden.

Löwenstein weist nach, daß das von ihm und seinen Freunden gegründete Fürther „Demokratische Wochenblatt“ auf Grund des Eisenacher Programms redigiert worden sei.

Es folgen eine Anzahl „Berichtigungen“.

Bracke-Braunschweig erklärt, daß auf allen Seiten Recht und Unrecht vorhanden sei und man solle deshalb auch Niemanden entschieden Recht oder Unrecht geben. Er empfiehlt die Annahme des Eckstein'schen Antrages.

Eckstein-Waldheim: Wir sind uns Alle klar, und haben die Ueberzeugung: Die neue Fürther Mitgliedschaft wird die Hand bieten.

Wahlreich glaubt nicht, daß man ohne Weiteres über die Fehler der Parteibehörden hinweggehen könne, es handle sich um die Zukunft. Wenn man die Diktatur wolle, solle man lieber in den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein eintreten.

Schuhmacher-Cöln spricht gleichfalls für den Eckstein'schen Antrag und klärt einige Differenzen als ganz natürlich auf, namentlich solle man nicht von den Fürthern verlangen, was sie nicht können.

Beckendahl stimmt dem mit einigen Erklärungen bei.

(Die Diskussion ist geschlossen.)

Der Vorsitzende bringt die Anträge und zunächst den Eckstein'schen zur Abstimmung.

Derselbe wird angenommen.

Hierauf kommt der Beckendahl'sche zur Abstimmung. Derselbe wird gleichfalls angenommen.

Die Anträge von Fischer und Scheil sind dadurch erledigt.

Der Vorsitzende verliest im Laufe der Sitzung folgende Telegramme: „Stiftungsfest der Schneider- und der Schuhmachergewerkschaften verboten; deshalb festliche Vereinigung bei Albig, St. Johann. Aus unserer Mitte sämtlichen Delegirten der sozialdemokratischen Arbeiterpartei ein Hoch! Hoch das Prinzip! Hoch die Organisation!“

Kensfing, Rietschel, Rehbers in Nürnberg.“

„Glückauf zu ernster Arbeit! Seid einig, einig!“

Christian Hadlich in Leipzig.“

„Einen Gruß von Forster Parteigenossen. Hoch die Organisation!“

Wobusa und Adam in Forst.“

„Die Offenbacher Parteigenossen dem Congreß ihren Glückwunsch zur Berathung! Der Partei ein donnerndes Hoch!“

Beer.“

„Mögen die Berathungen das Wachstum der Partei bewirken und somit zum Heil des arbeitenden Volks gereichen!“

Die Parteigenossen von Mainz.“

„Euere Beschlüsse mögen der Welt Eintracht und Stärke zeigen. Parteigenosse in Lunzenau.“

„Viele Grüße an die Delegirten in Eisenach! Mit sozialdemokratischem Gruß. Die Parteigenossen in Hof.“

Die Sitzung wird halb 12 Uhr geschlossen.

Präsenzliste:

1. Burckhardt-Stuttgart, 2. Motteler-Crimmitschau, 3. Geib Hamburg, 4. Eckstein-Waldheim, 5. Dr. Walster-Dresden, 6. Rübner-Chemnitz, 7. Blos-Gaschwitz-Leipzig, 8. Becker-Braunschweig, 9. Methylhorn-Crimmitschau, 10. Zuckschwerdt-Werdau, 11. Müller-Weida-Neustadt, 12. Wolf-Chemnitz, 13. Benecke-Rimbach, 14. Sauren-M.-Gladbach, 15. Bühl-Pfersee, 16. Milke-Berlin, 17. Nuer-Berlin, 18. Herpfer-Fürth, 19. Löwenstein-Fürth, 20. Beckendahl-Fürth, 21. Holzwarth-Pforzheim, 22. Müller-Reichenbach, 23. Göpfert-Coburg, 24. Hübner-Meerane, 25. Endres-Mugsburg, 26. Kotosky-Braunschweig, 27. Wörlein-Nürnberg, 28. Mamme-Damberg, 29. Maier-Fürth, Glaishammer-Schweinau, 31. Grillenberger-Nürnberg, 32. Meyer-Nürnberg, 33. Kühn-Langenbielau, 34. Dehne-Breslau, 35. Vienig-Hof, 36. Kalb-Frankfurt, 37. Philipp-Halberstadt, 38. Ubid-Darmstadt, 39. Stelzer-Neuditz, 40. Vogel-Mülten St. Jakob, 41. Wiedermann-Dresden, 42. Obermann-Cresfeld, 43. Schumacher-Cöln, 44. Hillmann-Elberfeld, 45. Klee-Magdeburg, 46. Fischer-Neundorf, 47. Fell-Heidelberg, 48. Ehrhart-Kaiserslautern, 49. Leyendecker-Mainz, 50. Jahnke-Stade-Lübeck-Altona-Wandsbeck, 51. Bracke-Braunschweig, 52. Yorck-Hamburg, 53. Geiser-Breslau, 54. Diehgen-Siegburg, 55. Schneider-Marburg, 56. Walz-Cassel, 57. Kraft-Weimar, 58. Faaz-Nürnberg, 59. Börner-Geithain-Frohburg-Lunzenau-Rochlitz-Wechselburg, 60. Ufert-Weimar, 61. Scheil-Bielefeld, 62. Imhof-Erfurt, 63. Büttner-Zürich, 64. Albert-Glauchau, 65. Junghaus-Witten, 66. Orbig-Gießen, 67. Leinhos-Eisenach, 68. Bod-Gotha.

## Geschlossene Sitzung.

Montag, den 25. August, Morgens,

im „Gasthaus zur Sonne“.

Der Vorsitzende Geib eröffnet die Verhandlungen Morgens 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Walster verliest das Protokoll der gestrigen Nachmittags-sitzung, welches nach einigen Berichtigungen und redaktionellen Aenderungen angenommen wird.

Die Präsenzliste wird verlesen.

Es fehlen:

Meyer-Nürnberg (nur kurze Zeit abwesend), Dr. Sy-Planitz (bald erschienen), Leinhos-Eisenach, Scheil-Cresfeld (eingetroffen 9 Uhr 50 Minuten, später entschuldigt).

Löwenstein und Beckendahl beschwerten sich, daß sie nicht in der Präsenzliste aufgeführt sind, obschon sie mit beratender Stimme zugelassen wurden.

Geib: Es kann hier nur von Delegirten die Rede sein. Wer keine Stimme hat, wie z. B. auch die Parteimitglieder, kann nicht aufgeführt werden.

In der Tagesordnung folgt:

### Allgemeine Discussion über Ausschuß und Control-Commission.

Bogel beantragt: Gestützt auf die Erfahrung, die der Congreß bei Behandlung der Fürther Angelegenheit gemacht, und überzeugt, daß die Nürnberg-Memminger'sche Angelegenheit den größten Theil der kurz bemessenen kostbaren Zeit des Congresses bei Behandlung dieser Sache im Plenum aufzehrt, stelle ich den Antrag, die Nürnberg-Memminger'sche Angelegenheit einer Commission zu überweisen und bis zu deren Berichterstattung von der Tagesordnung abzusetzen.

Obermann will die ferneren Streitfragen ganz vertagt wissen.

Levendecker ist für eine Commission.

Der Antrag Bogel's wird angenommen. Es werden 5 Commissionsmitglieder gewählt: Dießgen, Auer, Levendecker, Klees, Kosky.

Die Debatte über Ausschuß- und Control-Commissions-Bericht wird eröffnet:

Walster: Solche Berichte sind immer einseitig. Admen und Wollen stehen nicht im Einklang; wenn aber der Ausschuß die Parteiblätter sich unterwerfen oder sich um die Landesversammlungen der Genossen in maßgebender Weise bekümmern will, so ist das nicht in der Ordnung. Die Freiheit der Parteimitglieder darf nicht beschränkt werden. Die Genossen der einzelnen Districte wissen am besten in ihren Kreisen zu wirken und zu agitiren; der Ausschuß kann das nicht so gut wissen und eine Genehmigung des localen Vorgehens durch den Ausschuß wäre falsch. — Die Control-Commission hätte so kurz vor dem Congreß ihr Circular nicht erlassen, jedenfalls ihre Ausdrücke in demselben besser abwägen sollen.

Yorck: Der Ausschuß hat sich in die Angelegenheit der sächsischen Landesversammlung erst dann eingemischt, als er von Genossen aufgefordert wurde, dahin zu wirken, daß die Versammlung erst nach dem Congresse stattfinde. Der Ausschuß wird von solchen Vorgängen innerhalb der Partei niemals rechtzeitig in Kenntniß gesetzt; das ist auch nicht in der Ordnung; ungehöriger Weise sich einzumischen war nie die Absicht des Ausschusses.

Ein Antrag Schneider's, die Beschwerden gegen Ausschuß und Control-Commission zu trennen, wird abgelehnt.

Auer: Es wird viel Klage darüber geführt, daß das Partei-

Material den Mitgliedern unregelmäßig zugestellt wird und Yorck sich Uebergriffe erlaube. Manche dieser Klagen sind begründet. Der Ausschuß muß nicht überall mißsprechen wollen. Die Landesversammlung konnte er nicht verbieten, hat dies auch nicht gethan; aber daß er sich darum bekümmert, ist in der Ordnung. Das Circular der Control-Commission mag zum Theil berechtigt sein, hätte aber durchaus nicht erlassen werden dürfen, am wenigsten unter Kreuzband; es ist dadurch nur den Gegnern eine Freude gemacht worden, indem dieselben in den Besitz des Circulars gesetzt wurden. Im Allgemeinen haben wir in Berlin jedoch über Ausschuß und Control-Commission nicht zu klagen. Die Bänkereien unter uns selbst verdienen viel stärkeren Tadel.

Dehme: Die Breslauer Control-Commission hat ihre Aufgabe für weitergehend gehalten, als die frühere Control-Commission. Nach unserer Auffassung hat die Control-Commission nicht nur über Beschwerden in höherer Instanz zu entscheiden, sondern sie soll die ganze Geschäftsleitung des Ausschusses controliren. Sie muß sich also auch um das bekümmern, was der Ausschuß nicht thut. Der Ausschuß hat die Agitation nicht planmäßig betrieben. Darum verlangte die Control-Commission einen genauen Ueberblick über die gesammte Parteilage, ein Verlangen, dem nur in unvollkommenem Maße vom Parteisekretär entsprochen wurde. Die Control-Commission entwickelte nun ihre Ansichten über die Agitation. Unsere Anträge hat der Ausschuß aber gewöhnlich abgelehnt. Die Ausstellung an der Geschäftsleitung des Ausschusses konnten auf dem Congresse nicht genügend klargelegt werden. Es blieb somit nur der Weg des Circulars übrig. Durch Schuld Yorck's wurde die Versendung desselben um Wochen verzögert. Vertrauliche Circulare sind immer unter Kreuzband versandt; daß das unsrige in unrechte Hände gekommen, war nicht unsere Schuld. Das konnte auch bei Briefen geschehen. Es stehen in der Liste des Ausschusses Vertrauensmänner, die seit Monaten nicht mehr existiren. Yorck hat in mangelhafter Weise die Verbindung mit den Mitgliedern unterhalten. Redner berichtet ferner einige Behauptungen des vom Ausschusse erlassenen Circulars. Die ständige Agitation ist die allein erfolgreiche, diese hat der Ausschuß vernachlässigt. Von Kassendefecten war in dem Circular der Control-Commission nicht die Rede; monirt ist nur die mangelhafte Buchführung. Nicht der Kassirer, sondern Yorck hat das Kassensbuch 6 Monate lang geführt; seit 1. April ist dies aber in Ordnung gekommen. Die im Circular der Control-Commission erwähnten Thatfachen sind alle wahr. Daß die Control-Commission keinen Skandal wollte, erhellt aber am besten daraus, daß die ursprünglich viel schärfere Form des Circulars wesentlich gemildert wurde. Keim Mensch hat an dem Gehalt der Ausschußmitglieder etwas anzufügen gehabt; dasselbe müßte eher erhöht werden. Die Arbeit bei der Kassensführung ist sehr gering. Die Erfolge der Partei in letzter Zeit sind nicht ausschließlich auf das Konto des Ausschusses zu setzen; es hätte bei zweckmäßiger Leitung viel mehr erreicht werden können. Die Agitation in Schleifen war allerdings unverhältnißmäßig theuer, aber nicht durch unsere Schuld. Wiemer hat leider viel Geld gestiftet, Fischer beigroßen Reife kosten von Spandau nur 14 Tage lang agitirt. Die mangelhaften Erfolge sind

unzweifelhaft zum Theil den großen Schwierigkeiten geschuldet, zum Theil aber auch der planlosen Agitation.

**Yord:** An Verschleppungen bin ich unschuldig. Die Druckerei hat mich oft sehr lange warten lassen, weil sie mit Arbeiten überhäuft war. — Ueber die Befugnisse der Control-Commission sind klare Bestimmungen nicht vorhanden. Der Ausschuß hat die Auffassung der früheren Control-Commission getheilt. — Der Agitationsplan der Breslauer war unausführbar; es wurden für sehr kleine Kreise ständige Agitatoren verlangt. Das hätte unverhältnismäßige Summen verschlungen. Eine Baumschule von Agitatoren steht dem Ausschuß nicht zur Verfügung. Die vorhandenen Kräfte müssen aufs Neueste angestrengt werden, um eine Wirkung zu erzielen. Die ständige Agitation in Königsberg war aus der Initiative des Ausschusses hervorgegangen. Die Arbeitseinstellungen und andere plötzliche Vorkommnisse in der Arbeiterwelt durchkreuzen ebenfalls sehr die planmäßige Agitation. Das Protocollbuch des Ausschusses kann und darf nicht sehr ausführlich sein, nicht jeder Brief kann und soll in dasselbe eingetragen werden. Um jedes Detail der Geschäftsführung kann sich die Control-Commission auch gar nicht kümmern. Der Ausschuß war in Folge seiner Stellung über die Lage der Partei sehr gut unterrichtet, aber die Control-Commission kann nicht ebenso informiert sein und nicht ebenso informiert werden. Die verlangten Agitationsberichte waren unmöglich zu liefern. Ein Verzeichniß früherer Mitgliedschaften ist ganz unnütz für die Agitation. Um ein solches herzustellen, hätten die alten Papiere vom Braunschweiger, Leipziger und Dresdner Ausschüsse durchsucht und die alten Volksstaatnummern durchgesehen werden müssen — eine Arbeit, die zu bewältigen unsere Kräfte nicht ausreichen. Wo jetzt Empfänglichkeit besteht, da ist zu agitiren. Die Agitation ist nach aller Möglichkeit betrieben worden. Mißgriffe kommen überall vor; die Berichte sind nicht immer verlässlich. Das Kassenbuch kann nicht ohne Verbesserungen gedacht werden; Geld und Abrechnung kommt nicht immer zugleich, und oft kommen nach Wochen noch Berichtigungen. Auf die Eleganz kommt es nicht an, nur auf die Richtigkeit. Die Ordnung wird am besten geführt durch genaue und pünktliche Abrechnung der Vertrauensmänner. — So lange der Ausschuß aber nicht Kenntniß davon hat, daß ein Vertrauensmann abgereist ist oder sonst aufgehört hat zu funktionieren, kann er die Adressen nicht corrigiren. — Die Fortdauer meines Verhältnisses zur Holzarbeitergewerkschaft ist mir aus Sparsamkeitsrückichten ausdrücklich gestattet worden.

Ein Antrag von **Bracke** auf 5minutige Redezeit wird angenommen.

**Dehme:** Die Verbindung zwischen Ausschuß und Vertrauensmännern beruht auf Gegenseitigkeit. Das Kassenbuch war für die letzten 4 Monate gut; warum nicht früher? Der Kassirer selbst hat genaue Controle der Bücher beantragt, „da er mit etwas Geld zu kurz gekommen“. Der Ausschuß hat selbst erklärt, daß er über die früher vorhandenen Mitgliedschaften keine Mittheilungen machen könne und auch nicht über die, welche noch im Entstehen begriffen sein könnten.

Es folgen unwesentliche Berichtigungen.

**Kołosky:** Die Agitation in Königsberg hat der Ausschuß angeregt.

**Imhof** verlangt, daß Berichtigungen zu Ende der Debatte kommen, was als unzweckmäßig beseitigt wird.

**Fischer:** Ich bin nicht nach Schlessien übergesiedelt und that bei Zwöchentlicher Anwesenheit nach Möglichkeit meine Pflicht. Ich bin aber auch verpflichtet meine Existenz zu wahren. In Waldenburg konnte ich nicht wirken. Von Breslau geschah nicht genug. Der jetzige Ausschuß war recht gut. Fehler machen wir alle. Das Circular der Control-Commission hat viel geschadet. Ich bin jetzt auf stabile Agitation nach Staffurth gezogen. Man messe nicht mit zu scharfem Maß.

**Wahlreich:** Die Control-Commission wollte durch ihr Circular verhindern, daß der Ausschuß wieder nach Hamburg verlegt werde. Die Anstellungen, welche sie dem Ausschuß machte, sind sehr untergeordneter Natur. Nicht als ob ich allen Tadel für unberechtigt erklären wollte. Der Ausschuß wollte centralisiren und ist in der Beeinträchtigung der Selbstständigkeit der Mitglieder zu weit gegangen. **Yord** ist ein alter bewährter Parteigenosse, aber er ist „eelig“, stößt leicht vor den Kopf. Die Stellung eines Parteisecretärs ist sehr schwierig; es gehört viel Geschick dazu. Der Kassirer muß besser mit der Buchführung vertraut sein. Diese Hauptpunkte hat die Control-Commission gar nicht beregt. Sie hat ihre Aufgabe ganz falsch aufgefaßt, sie hat nicht in die Execution einzugreifen. Und abgesehen von Allen, war die Versendung des Circulars unter Kreuzband eine sehr grobe Ungeschicklichkeit.

**Schumacher:** Der Ausschuß hat unrecht, wenn er die Parteiblätter sich unterwerfen will. Der Ausschuß wollte allein über Alles bestimmen. **Rebner** verliest einen Brief von **Yord**, die Angelegenheit der berühmten Abenteuerin **Buccinelli** betreffend, aus welchem er u. A. die Wüdrüde hervorhebt, „und wenn auch die Partei zum Teufel geht, so werde ich losdonnern“, sowie: „die Zweiseelentheorie führt nicht zum Heil“ und zu beweisen sucht, daß **Yord** seine Ansicht allein zur Geltung bringen wollte. **Scheil**, der uns zugesandt wurde, hat uns nichts genügt.

**Yord:** Der Brief wird in rechtem Lichte erscheinen, wenn man bedenkt, daß die **Buccinelli** unter dem Scheine der Parteifreundschaft die Partei um ihr Geld brachte. Darüber habe ich kräftig mich ausgedrückt. Mein Schreiben ist vom 17. Januar 1872, also 1 3/4 Jahr alt und war eine Antwort auf einen sehr ärgerlichen Brief aus **Eöln**. Ich habe allerdings für Centralisation gewirkt und halte dieselbe dem Parteiprogramm entsprechend. Der Ausschuß wollte die Parteiblätter nicht bevormunden. Die Wüdrüde in **Chemnitz** und **Braunschweig** schaden beikäufig nur, und die Vokalblätter bringen der Partei überhaupt nur einen eingebildeten Vortheil.

Der Schluß der **Rebnerliste** wird angenommen.

**Lienig:** Das Circular der Control-Commission ist hier sehr schlecht begründet worden. In **Hof**, das muß ich bemerken, ist der Ausschuß durchaus praktisch und planmäßig vorgegangen. Das Verlangen, einen Agitator nach **Schlessien** zu senden, war ein eigenthümliches Verlangen der Control-Commission, welche doch selbst Kräfte genug besitzt.

**Obermann:** Die rheinischer Mitglieder wurden seitens des Ausschusses von der Agitation **Scheil's** vorher gar nicht in Kenntniß gesetzt.

Diese Agitation war durchaus nicht vorbereitet; sie hat mehr geschadet, als genützt, und doch viel Geld gekostet.

Geib: Erst als die Agitation Scheil's zu Ende war, haben die rheinischen Mitglieder sich beschwert. Während der Agitation ist dies von Niemand gesehen, was sehr unrecht war. Betreffs der sächsischen Landesversammlung hat der Ausschuß für zweckmäßiger gehalten, daß dieselbe nach dem Congresse stattfinden und hat in völlig maßvoller Form deren Vertagung vorgeschlagen. Die Landesversammlung dagegen hat ihre Pflicht gegen die Behörden der Partei nicht erfüllt, indem der Ausschuß über die gefaßten Beschlüsse nicht einmal eine Nachricht erhalten hat. Der Ausschuß hat nach Möglichkeit Plan in die Agitation zu bringen gesucht; es fehlte aber sehr an Agitatoren. Möge Jeder sich melden, der sich fähig glaubt, als Agitator nützen zu können! Der Kassirer des Ausschusses, Bennecke, ist ein Ehrenmann: das muß gegenüber den im Cirkular der Control-Commission erhobenen Vorwürfen nachdrücklich konstatiert werden.

Dehme: Von Unredlichkeit war nie die Rede. Bennecke hat nie den geringsten Vorwurf in dieser Hinsicht verdient. Es war nichts als mangelhafte Buchführung.

Schuhmacher: Am 20. Januar ist ein Brief auf Beseitigung Scheil's an den Ausschuß abgegangen.

Geib: Der Brief enthielt gar keinen Antrag und die Agitation Scheil's war von anderer Seite geboten worden.

Walster: Ich habe die Landesversammlung gegen die soeben und auch im Ausschußberichte erhobenen Vorwürfe zu verteidigen. Dieselbe hat nur Vorschläge gemacht, die sie nun dem Congreß zur Beschlußfassung unterbreitet.

Geib: Der Ausschuß sollte dem Congreß über die Reichstagswahl Vorschläge machen, und die Landesversammlung hat dem Ausschuß nicht einmal die Namen der von ihr aufgestellten Candidaten mitgeteilt.

Yord: Die Agitation Scheil's wurde dadurch veranlaßt, daß Wiermer von Hannover nach Schlesien ging. Es mußte Jemand nach Westphalen; Scheil sollte nicht eine eigentliche Agitation betreiben, sondern hauptsächlich Verbindungen anknüpfen mit Mitgliedern des früheren Hagfeldt'schen Vereins. Der Ausschuß hatte sich nach Scheil erkundigt und günstige Aufschlüsse erhalten. Das rheinische Agitationscomité hat dem Ausschuß gar keine Mittheilungen gemacht. Nur ein durch die Redaktion des „Volksstaat“ an den Ausschuß gelangter Brief sprach davon, daß Scheil an irgend einem Orte betrunken gewesen.

Schuhmacher: Scheil ist 6 Wochen im Rheinlande gewesen und hat 75 Thlr. erhalten.

Obermann: Der Ausschuß glaubte Scheil blindlings.

Sauren: Wir sind durch Scheil rechtzeitig von der beabsichtigten Versammlung in Kenntniß gesetzt worden.

Schneider: Am Tage des in Marburg abgehaltenen Arbeitertags traf ein Brief des Ausschusses ein, worin der Agitationsplan festgestellt war, und Scheil hat in meiner Wohnung viele Briefe deswegen geschrieben.

Die Angelegenheit Scheil's wird aus der obschwebenden Debatte ausgeschlossen, da sie für sich auf der Tagesordnung steht. Scheil verzichtet deshalb für jetzt auf eine Widerlegung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe.

Imhof: Der Ausschuß ist entschieden gegen den Vorwurf der Unzeitigkeit zu verteidigen; die Landesversammlung hätte dem Ausschuß berichten müssen. Bei der Versendung der Cirkulare der Control-Commission ist die Control-Commission selbst bezüglich der Adressen unachtsam gewesen.

Kalb: Die Control-Commission hat sich durch ihr Cirkular einen Uebergriß zu Schulden kommen lassen. — Das Cirkular Schweizers hätte vom Ausschuß nicht verbreitet werden dürfen. — Den Kassenbericht hätten wir vierteljährlich erhalten müssen und nicht erst kurz vor dem Congreß.

Yord: Bis zum 16. August sind die Beiträge im Bericht aufgeführt; die Fertigstellung desselben war nicht eher möglich. Die „Volksstaat“-Expedition hat nicht alle Vierteljahre zur Abrechnung angehalten werden können, und schließlich hat der Ausschuß seinen Kassenbericht allein erlassen müssen.

Geib: Ein Monitum kann sich nur gegen den ersten Bericht wenden, welcher 2 Quartale umfaßt. Der letzte erstreckt sich sogar bis zum 16. August, was jedenfalls anerkennenswerth.

Yord: Das Cirkular Schweizers ist auf Wunsch von Parteigenossen verbreitet worden. Das Protokoll der sächsischen Landesversammlung war nicht zu erhalten.

Es kommt eine Depesche von Deuben, lautend: „Hoch die Sozialdemokratie! Handschlag den freien Kämpfern für Wahrheit und Recht. Eure Beschlüsse sind die unserigen. Mitgliedschaft Deuben. Schönhals.“

Junghaus: Uns sind sehr ungünstige Berichte über die Agitation Scheil's geworden.

Ehrhardt: Bei uns wurde die Agitation nicht planmäßig betrieben. Anderwärts hätte der Ausschuß auch wohl bessere Vorbereitungen treffen können.

Muer: Ehrhardt kennt die Anforderungen, welche in Bezug auf Agitation gemacht werden, nicht genau.

Kokosty: Die gegenseitige Stellung von Ausschuß und Control-Commission muß präcisirt werden. Der Parteivorort hat die Parteigeschäfte zu leiten. Die Control-Commission soll nicht bureaukratisch die „Akten“ prüfen, wohl aber soll sie sich unterrichten. Breslau soll wie jeder andere Ort agitieren. Der Ausschuß ist keine Regierungs- und die Control-Commission keine Oberbehörde.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Fell: In der Angelegenheit Mooks haben Ausschuß und Control-Commission nicht im Sinne der Heidelberger Mitglieder gehandelt. Redner entwickelt dies eingehend.

Rühn: Die Control-Commission wollte allerdings wohl die Verlegung des Ausschußortes veranlassen, hat aber dazu verkehrte Mittel angewandt. Die Control-Commission kann den Ausschuß suspendiren,

hat also auch das Recht, sich um dessen Handlungen im Einzelnen zu kümmern, sie hat die Pflicht, dieses Recht auszuüben, damit eine solche Suspension womöglich nie einzutreten habe. Der Vorwurf von Diktaturgelüsten seitens des Ausschusses ist unbegründet. Wohl aber glauben die Redaktionen der Parteiblätter ganz unabhängig handeln zu können, während sie doch im Interesse der Partei unzweifelhaft der Controlle der Parteibehörden unterstellt sein müssen. Bei unserer Organisation und bei der Zusammensetzung des Ausschusses ist eine Diktatur unmöglich.

**Becker:** Ueber die Parteiblätter wird bei den bezüglichen Anträgen verhandelt werden. Beim Braunschweiger „Volksfreund“ kam folgender Fall vor. Die Control-Commission verlangte unser Blatt, gab aber eine falsche Adresse an und beschwerte sich dann über den Nichtempfang des Blattes. Das Schweizer'sche Circular hätte auch auf Anfordern von Parteigenossen nicht versandt werden dürfen. Ein Circular eines erkrankten Polizeispions durfte vom Ausschuss unter keinen Umständen verbreitet werden. Die Control-Commission ist in ihrem Eifer über ihre Befugnisse hinausgegangen; sie hat sich in die Leitung hineingemischt; sie hat mitregieren wollen, und ging so weit, daß sie selbst von den Absichten des Ausschusses für die Zukunft unterrichtet zu sein verlangte.

**Bracke und Motteler** beantragen:

In Ermägung, daß bei der Schwierigkeit unserer Aufgabe und bei der damit verbundenen großen Verantwortlichkeit der Parteileitung und Controlle Fehler, Säumnisse und Irrthümer unvermeidlich erachtet werden müssen, erklärt der Congreß mit Genugthuung nach Anhörung aller Theile „für und wider“, daß in keinem Falle absichtliche Verstöße zu vermehren waren, und ermuntert deshalb alle Parteileute, persönlich wie behördlich nach Kräften gewissenhaft und unermüdet Stellung zu halten.

Mit diesem Antrag geht der Congreß über den hier behandelten (vierten) Punkt zur Tagesordnung über.

**Geib:** Die Redaktion des „Volksstaat“ verlangte die Veröffentlichung des Schweizer'schen Circulars, was der Ausschuss in der von ihr vorgeschlagenen Weise nicht billigen konnte. Erst nach Veröffentlichung durch die Bräuer'sche Fraktion kam es auch unsererseits zur Veröffentlichung.

**Söwenstein:** Die Fürther Mitgliedschaft hat Protest gegen die Circulare des Ausschusses und der Control-Commission vom November 1872 erhoben, und den Protest an beide Behörden abgesandt. Die Stellung der Partei zum Allgemeinen deutschen Arbeiterverein kommt noch zur Besprechung, und werde ich dann auf diesen Protest zurückkommen.

Redner stellt hierauf folgenden Antrag:

Der Congreß beschließt eine Commission zu wählen, welche den Rassenbericht zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten hat.

**Kalb** verlangt eine Mittheilung über die durch das Schweizer'sche Circular entstandenen Kosten, welche **Vord** auf später zusagt.

**Bracke:** Sowohl die Control-Commission als der Ausschuss sind mit dem größten Eifer an ihre Aufgabe herantreten und haben grade darum, im Uebereifer, sich Befugnisse angemäht, die ihnen nicht gebüh-

ren. Es ist dies aber um so leichter möglich gewesen, als die Organisation sich nicht ganz präcise über die beiderseitigen Aufgaben ausspricht. Die Control-Commission hat mit dem Ausschuss über ihrer seine Maßnahmen berathen wollen: das ist falsch! Und der Ausschuss, besonders **Vord** hat die Tendenz zu Eingriffen in die Autonomie der Mitgliedschaften gezeigt; dies entspringt aus falscher Auffassung, denn die Parteibewegung kann man nicht am Faden zupfen. Ueber die Parteiblätter und ähnliche Angelegenheiten will Redner sich bei den betreffenden Punkten der Tagesordnung aussprechen.

**Milke:** Die Control-Commission hat sich mehrfach eine unberechtigte Autorität angemäht. Die Lauheit mancher Mitglieder verschuldet manchen Fehler. Der Hauptgrund der mangelhaften Agitation liegt aber an den mangelhaften Mitteln. Die Geldfrage spielt auch hier eine große Rolle. Es muß nicht nur für lokale Interessen, sondern vor Allem für das Allgemeine agitirt werden.

**Hillmann:** Bei dem mit Schweizer seiner Zeit ausgebrochenen Zwiespalte hat **Vord** selbst einen Artikel veröffentlicht, worin er die Diktatur als Grund alles vorgekommenen Uebels angiebt. Der Congreß muß die strengste Controlle üben; es fehlt in unserer Partei nicht an Diktaturgelüsten, wie das die Uebergriffe des Ausschusses bei der Fürther Angelegenheit deutlich zeigen. Der Ausschuss darf nicht eigenmächtig handeln, er hat einfach die Congreßbeschlüsse auszuführen. Die Control-Commission soll die Handlungen des Ausschusses controliren und ihn auf seine Pflichten aufmerksam machen. Ich leugne allerdings nicht, daß Fälle eintreten können, wo die Control-Commission selbstständig einschreiten muß.

**Geiser:** Die Debatte hat sich zu allgemeinen Gesichtspunkten entwickelt. Ich muß aber doch noch constatiren, daß die Control-Commission nur controliren, nicht mitregieren wollte. Dazu muß sie aber doch von dem, was sie controliren soll, unterrichtet sein, und zwar durch Berichte des Ausschusses. Das Protokollbuch hat uns nicht aufgeklärt. So wurde schließlich die Control-Commission zu dem Erlasse des Circulars gedrängt, da sie ihrer Pflicht genügen wollte. Die Beschwerden über den Ausschuss mußten ohne alle Rücksicht schon vor dem Congresse einzeln entwickelt und den Parteigenossen mitgetheilt werden. Das Circular hätte sich allerdings auf wesentliche Dinge beschränken können, indem es zeigte, daß der Ausschuss nach Meinung der Control-Commission seine Aufgabe nicht richtig auffaßte. Allen wollte die Control-Commission nicht aufhäufen. Es muß die Stellung von Ausschuss und Control-Commission nunmehr präcisirt werden. Dann wird derartigen Conflitten vorgebeugt sein.

**Endres** fragt, ob die Angelegenheit Meinick zur Sprache kommen wird.

**Dehne:** Die Control-Commission hat dies beschlossen. Dieser Beschluß ist dem Ausschuss rechtzeitig mitgetheilt worden.

**Vord:** Meinick hat einen Antrag auf Entschädigung gestellt, da er durch die Nürnberger Mitglieder vor 2 Jahren geschädigt worden sein will. Der Antrag war zu lang, um vor dem Congreß noch gedruckt werden zu können. Die Angelegenheit wird mündlich vorgebracht werden.

Kokosky: Ich habe nur gegen die bureaukratische Auffassung: Was nicht in den Akten steht, existirt nicht in der Welt, gesprochen.

Reichel: Eine eingehende Protokollirung der Ausschusssitzungen ist nicht zu billigen.

Philipp: Die Circulare des Ausschusses und der Control-Commission sind schädlich. Es gehört Derartiges auf den Congreß.

Büttner: Wandernde Agitatoren nützen nichts. Ueber die Control-Commission haben wir unsere Mißbilligung auszusprechen.

Sauren: Der Ausschuß hat seine Pflicht gethan und die Control-Commission hätte nicht sollen mitregieren wollen. Eine feste Organisation muß geschaffen werden. Der Ausschuß in Hamburg hat die Mitglieder des früheren Haffeldt'schen Vereins durch planmäßige Agitation zur Partei herübergebracht. Yord ist ein tüchtiger Sekretair.

Es erfolgt nun Schluß der Debatte.

Der Antrag von Bracke und Motteler wird angenommen.

Der Antrag von Löwenstein, die Kassenrevision betreffend, wird abgelehnt.

Dehne constatirt, daß nur noch die Revision der Kassenführung seit dem 15. Juli Statt zu finden habe. Bis dahin sind nur ganz un-erhebliche Fehler gemacht und sonst Alles in bester Ordnung gesunden worden.

Die Verhandlung wird bis 3 Uhr ausgesetzt und soll dann bis 9 Uhr fortgeführt werden.

Im Laufe der Sitzung kamen noch folgende Telegramme zur Verlesung:

„Wünschen Glück und Gedeihen zu den Verhandlungen des Congresses. Seid einig! Eßlinger Parteigenossen.“

„Ein donnerndes Hoch den Vertretern der Sozialdemokratie! Hoch das Programm der Sozialdemokratie!“

Die Partei- und Gesinnungsgegnossen der Werder'schen Gewehrfabrik zu Nürnberg.“

„Grüß den Vertretern der Arbeitersache, den Kämpfern für Freiheit, Gleichberechtigung und Brüderlichkeit. Gedenkt des Wiesbadener Wahlkreises. Hoch die Sozialdemokratie!“

Die Parteigenossen zu Wiesbaden St. R. und R.“

(Der Schluß der Sitzung erfolgt halb 1 Uhr.)

## Geschlossene Sitzung.

Montag, den 25. August, Nachmittags,

im „Gasthaus zur Sonne“.

Beginn der Sitzung Nachmittags 3¼ Uhr. Das Protokoll der Vormittags-sitzung wird verlesen, und nach einigen Berichtigungen genehmigt.

Die Verlesung der Präsenzliste ergibt die Anwesenheit aller Delegirten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Bieder mann: Ich vermissе in der Vorlage 2 Anträge der Dresdener Mitglieder, der eine: den Ausschuß in eine mitteldeutsche Stadt zu verlegen; den anderen: den Parteisekretair vom Congreß wählen (bestimmen) zu lassen.

Yord: Diese Anträge sind nicht eingegangen.

Auf eine Anfrage Dehne's ergibt sich, daß Er von dem Bureau zum Protokollführer dieser Sitzung ernannt worden.

Yord fragt an betreffs der Tagesordnung über die Eisenacher Angelegenheit und andere Differenzpunkte, ob dieselben am Schluß des Congresses oder durch eine Commission erledigt werden sollen.

Fischer-Remndorf wünscht eine Commission für die Eisenacher Angelegenheit.

Dehne wünscht, daß diese und die Yord-Hillmann'sche Angelegenheit als letzter Punkt der Tagesordnung des Congresses angesetzt würden.

Geib ist der Meinung, diese persönlichen Differenzen bei der Verhandlung über die Agitation zu erörtern.

Hillmann-Elberfeld spricht sich im gleichen Sinne wie Geib aus.

Baromsky-Eisenach wünscht die Eisenacher Angelegenheit durch das Plenum des Congresses verathen zu sehen.

Lienig-Hof befürwortet für seine eigene Angelegenheit die Niederlegung einer Commission.

Holzwarth-Pforzheim erklärt sich für den Geib'schen Vorschlag.

Es wird beschlossen, die Angelegenheit Lienig vor eine Commission von drei Personen zu verweisen, in welche Hillmann, Bod und Vogel gewählt werden; die übrigen persönlichen Differenzpunkte sollen bei dem Punkt der Tagesordnung, betreffend die Agitation, verhandelt werden.

Der Congreß tritt nun in die Tagesordnung ein.

### Bericht über den Stand des „Volkstaat“.

Nach Ablehnung der nochmaligen Verlesung des Kassenberichts verliest Geib die nachfolgende Abonnements-Uebersicht des „Volkstaat“:

„Das Abonnement des „Volkstaat“ beträgt für 3. Quartal 1873 6666 Exemplare. Das 2. Quartal 1873 schloß mit einem Abonnentenstand von 7675, das 1. Quartal mit 6615, das 4. Quartal 1872 mit 6122, das 3. Quartal 1872 mit 6004, mithin für 3. Quartal 1873 infolge der durch dreimaliges Erscheinen bedingten Erhöhung des Abonnementspreises eine Minderung von 1009 Exemplaren gegen das 2. Quartal 1873; gegen das 3. Quartal 1872 ein Mehr von 662 Exemplaren.“

Diese 6666 Exemplare vertheilen sich folgendermaßen: Zur Post kommen 2156, in 30 Paketen werden versandt 2425, 118 Kreuzbandsendungen: 1034, per Couvert 117, per Buchhändler 16, Abonnements in Leipzig und Umgegend 918, Sa. 6666 Exemplare. Im 2. Quartal kamen zur Post 2048 Exemplare, im 3. Quartal 1872 1916, mithin eine Zunahme gegen voriges Quartal um 108, gegen 3. Quartal vorigen Jahres um 240; hierzu kommt noch pro September 1873 eine mutmaßliche Erhöhung von 50 Exemplaren, so daß am Ende des 3. Quar-



tals das Postabonnement sich stellen wird auf circa über 2200, das Gesamtabonnement aber auf 6700—6800 sich erhöhen dürfte.

Der Ertrag für diese 6666 Exemplare, à 12½ Groschen pro Quartal gerechnet, ergibt die Summe von 2777 Thlr. 15 Gr. Die Herstellungskosten von 7000 „Volksstaat“-Exemplaren beziffern sich pro Quartal auf 2544 Thlr. 15 Gr.; als: 1092 Thlr. Druck, 812 Thlr. 15 Gr. Papier, 315 Thlr. für Redaktion, 225 Thlr. für Expedition und 100 Thlr. für Spesen. Mithin müßte der „Volksstaat“ im 3. Quartal einen Ueberschuß von 233 Thlr. erzielen, welche Summe jedoch durch Verluste an Abonnements Seitens der Filialen und durch Gerichtsstrafen sich um 100 Thlr. mindern dürfte.

Bei dieser Berechnung sind die Erträgnisse aus den Annoncen nicht mitgerechnet, welche sich vierteljährlich auch auf circa 100 Thlr. belaufen, so daß hierdurch der Ueberschuß von 233 Thlr. bei 6666 Abonnements sich erhält.

Der Vertrieb der Schriften ergibt im Durchschnitt pro Vierteljahr circa 100 Thlr. Gewinn.

Die Expedition und Buchhandlung des „Volksstaat“ erzielte demnach jährlich einen Reingewinn von 1332 Thlr.

Wenn in Wirklichkeit diese Erübrigung nicht baar für die Kasse gemacht ist, so erklärt sich dies aus den Umständen, welche im Ausstandsverzeichnis aufgeführt sind.“

Geib constatirt hierauf die wesentliche Besserung in der Expedition. Durch Vermehrung des Expeditionspersonals sind vierteljährliche, für die Zukunft sogar monatliche Abrechnungen ermöglicht. „Zweifel in die Genauigkeit des Berichts sind nicht zu erheben, da die Bücher aufs Eingehendste von Motteler und mir geprüft worden sind.“

Vogel (in Vertretung) ergänzt die Mittheilungen über den „Volksstaat“. Dem Uebelstand mit den Restanten kann nur dadurch gesteuert werden, daß der Congreß der Expedition bestimmte Vollmachten und Instruktionen in dieser Beziehung erteilt. Ich bin dafür, daß die einzelnen Mitgliedschaften für die betreffenden Filialen solidarisch haftbar gemacht werden. Jeder Einzelne, der Schriften bestellt, sollte baar bezahlen; ebenso die Filialexpeditionen bei Bestellungen bis zu 5 Thln. Für größere Bezüge oder dauernden Bedarf sollte die Mitgliedschaft des Orts bürgen. Für die Filialen bestand bisher die Einrichtung, daß sie „Volksstaat“-Exemplare und Schriften wieder retourniren konnten, was zur Folge hatte, daß man nie genau wußte, woran man war; außerdem liefen die Rückstände oft so auf, daß sie uneintreibbar wurden. Das darf in Zukunft nicht mehr vorkommen. Das Einfachste wäre: wo die Post Monatsabonnements annimmt, werden durch besondere Einfassirer, und in den Parteiverfammlungen durch den Vertrauensmann, Monatsabonnements gesammelt, der Betrag erhoben und bei der Post eingezahlt. Ein bestimmtes Mitglied hat dann die Exemplare an die Abonnenten zu vertheilen. Wo sich das Postabonnement nicht auf diese Weise bewerkstelligen läßt, sollte wenigstens das halbe Quartal an die Expedition vorausbezahlt, die andere Hälfte in der Mitte des Quartals entrichtet werden. In Sachsen, wo die Post stets Monatsabonnements annimmt, empfehle ich Abschaffung

der Filialen, etwa vom 1. Quartal 1874 an; außerhalb Sachsens aber möglichst Beschränkung derselben.

Vorck: Die Expedition ist nicht von aller Schuld freizusprechen, daß sich so bedeutende Rückstände angesammelt haben; sie hätte früher und energischer gegen die Filialen vorgehen sollen. Der Ausschuß verlangte die Einreichung der Liste aller Rückstände; die Expedition hat aber dem Verlangen nicht entsprochen.

Vogel berichtigt: im Reglement der Expedition sei keine Vorschrift enthalten, welche dazu ermächtige, den Filialexpeditionen die Zusendung des „Volksstaat“ vorzuenthalten oder zu entziehen. Deshalb sei es nothwendig, daß der Congreß jetzt die Sache regle.

Folgende Telegramme laufen ein und werden verlesen:

„Dreizehnhundert Proletariatkinder und deren Mütter bringen Euch ein donnerndes Hoch! Kinderfest Chemnitz.“

„Den Vertretern der Menschenrechte ein dreifaches Hoch!“

Die Marburger beim Schoppen.“

Fortsetzung der Debatte.

Zuschwerdt: Für die neueren Mitgliedschaften sind vierteljährliche Abonnements jedenfalls zweckmäßig.

Erhardt berichtet über das Verhalten der Filiale in Mannheim.

Mamme ist für möglichste Beschränkung, am liebsten Aufhebung der Filialexpeditionen. Nur falls eine haftbare Person für die Zahlung büрге, soll man die Bildung einer Filiale gestatten. Redner berichtet über die von ihm in Bamberg unternommene Filialexpedition und die Schwierigkeiten, auf welche er gestoßen.

Hilsmann: Die Ronsdorfer Mitglieder haben mich in ihrer letzten Sitzung verpflichtet:

1. für die Aufhebung der Filialen einzutreten. Wie ist nun dieser Antrag auszuführen? Eine plötzliche Abschaffung würde der Partei Schaden bringen. Es fragt sich also, welche Filialen müssen aufgehoben werden und welche sollen bestehen? Aufgehoben werden müssen alle diejenigen, welche nicht Sicherheit für prompte Zahlung gewähren können; und bestehen bleiben dürfen nur solche, für welche die Mitgliedschaft des betreffenden Orts haftet. Ferner sprachen sich die Ronsdorfer
2. für billigeres Abonnement aus. Wenn man das dreimalige Erscheinen nicht zu dem bisherigen Preis ermöglichen konnte, hätte man es lieber beim zweimaligen Erscheinen belassen sollen.

Geib setzt die Motive und Vortheile des dreimaligen Erscheinens auseinander.

Der Vorliegende geht nun zu den unter B. 7, 24—28 der gedruckten Vorlage aufgeführten Anträgen über, und fordert zu weiteren Anträgen auf.

Rübner spricht über das dreimalige Erscheinen des „Volksstaat“; es sei dasselbe nothwendig gewesen; daß die Erhöhung des Abonnementspreises eine Verminderung der Abonnentenzahl zur Folge gehabt, habe man voraussehen müssen. Der Raum genügt selbst jetzt kaum; es ist daher sehr nöthig, daß die Berichte über Feste und Reden, die nichts Neues enthalten, sehr eingeschränkt werden. Für jedes Parteimitglied



aber ist's Ehrensache, für Verbreitung des „Volksstaat“ und für prompte Zahlung der Abonnementsgelder zu sorgen.

(Es wird 5minütige Redezeit festgesetzt.)

Kalb: In Folge der Errichtung einer Filialexpedition bei uns in Frankfurt ist das Abonnement bedeutend in die Höhe gegangen — ein Beweis, daß Filialexpeditionen zweckmäßig sind; nur müssen sie auch zweckmäßig eingerichtet sein. Man sollte überall, wie wir es gethan, eine Commission ernennen, welche für die richtige Ordnung und pünktliche Zahlung der Filialexpeditionen zu sorgen hat. Was die Parteischriften betrifft, so werden viele derselben den Filialen zu hoch angerechnet, und wäre ein größerer Rabatt zu wünschen.

Imhof spricht über die Annoncenschulden. Die Expedition ist nicht strickt genug in der Einforderung der ausstehenden Gelder gewesen; sie war mitunter lässig (Redner theilt zur Begründung einen Brief der Expedition mit.) Hätte unsere Expedition ihre Schuldigkeit voll gethan, so würde Trade nicht sein Konkurrenzunternehmen gegründet haben. Es ist ferner darauf zu sehen, daß die Schriften billiger geliefert werden, und verweise ich auf das Beispiel des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Sehr lässig sind freilich auch oft Mitglieder gegen die Expedition; so ist es streng zu tadeln, daß soeben die Apoldaer Mitgliedschaft 1000 „Volksstaat“-Nummern zurückgeschickt hat. Nur gegen neubegründete Filialen ist Nachsicht Seitens der Expedition statthaft. Im Ganzen scheint mir aber Aufhebung aller Filialen wünschenswerth.

Fell: Die zeitweilige Lässigkeit der Expedition erklärt sich aus dem mangelhaften Befugnissen derselben. Ich beantrage:

Die Filialen aufzuheben, da durch deren häufiges Nichtzahlen der Partei großer Schaden zugefügt wird. Ich schlage vor, daß sich sämtliche Mitgliedschaften in der Art einrichten, wie die Heibelberger es gethan hat. Da wir sahen, daß der Filialexpedient selbst nicht zu seinem Gelde kam, wie es sich gehörte, wurde auf Wunsch des Expedienten beschlossen, die Filialexpedition aufzugeben, und die Blätter bei der Post zu abonniren. Sonstige Gegenstände, Brochüren und Bilder, bestellt ein Mitglied, und läßt die Sachen auf Nachnahme kommen. Wer gezeichnet hat, der zahlt.

Der Vorsitzende verliest nun folgende Anträge:

Vogel's Anträge:

1. Betreffs der Schriften wird nur dann Credit gegeben, wenn die Mitgliedschaft des Orts, wo der Creditverlangende wohnt, für Zahlung haftet.

2. Die Expedition des „Volksstaat“ hat das Recht, Filialen, die trotz dreimaliger Mahnung ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, die Zusendung von Exemplaren vorzuenthalten, jedoch muß hiervon der Ausschuß sofort verständigt werden.

3. Der Congreß wolle bestimmen, die Filialexpeditionen in Sachsen mit dem 1. Januar 1874 ganz aufzuheben, im übrigen Deutschland aber dieselben, und zwar schon mit nächstem Quartal, möglichst zu beschränken.

4. Der Expedition des „Volksstaat“ soll von Seite des Ausschusses

eine Liste der Vertrauensmänner der Partei nebst deren genauer Adresse zugestellt werden.

Amendement Kühn's: Für das übrige Deutschland sind Filialexpeditionen später auch nur da zulässig, wo mindestens 100 Abonnenten sind.

Antrag Albig's: Wo Filialen bestehen bleiben, soll die Rechnung für diese dem Vertrauensmann zugesandt werden.

Antrag Jahnke's: Daß sämtliche Filialexpeditionen, für welche nicht die Mitgliedschaft des betreffenden Orts die Garantie und Controlle übernimmt, mit Ende dieses Quartals aufzuheben sind.

Antrag Yorck's: Filialexpeditionen sind nur da zu errichten, wo es unter allen Umständen nothwendig ist, und wo ein zuverlässiger Mann für ein Drittel der übersandten Zahl der Exemplare Bürgschaft leistet.

Antrag Hillmann's: Filialen des „Volksstaat“ sind nur da einzurichten, wo entweder die Mitgliedschaften für die Zahlung eintreten, oder die betreffenden Expeditionen selbst als vollkommen zahlungsfähig bekannt sind.

Amendement Yorck's zu Vogel's Antrag 4: Die Expedition soll durch den Ausschuß die Restanten anmahnen lassen.

Antrag Wolff's: Die Filialexpeditionen sind, wo thunlich, aufzuheben, wo nicht, muß von Seiten der Partei, resp. des Vertrauensmanns Aussicht geführt werden.

Antrag Kalb's: Die Adresse der Filialexpeditionen ist von Zeit zu Zeit unentgeltlich im „Volksstaat“ zu veröffentlichen.

Amendement Dienig's zu B. 7, 25 der Vorlage: Jedoch sollen in neuen Mitgliedschaften Filialexpeditionen auf ein halbes Jahr beibehalten werden.

Dienig befürwortet sein Amendement. Für die Partei handelt es sich um möglichste Ausbreitung, und ist dazu der „Volksstaat“ das wichtigste Mittel. In Hof hatten wir, als die „Hofser Zeitung“ ins Leben trat, eine Filialexpedition errichtet; dieselbe ist aber jetzt aufgehoben und die neue Einrichtung hat sich gut bewährt. Bloß bei neuen Mitgliedschaften sind Filialen von Nutzen, weil noch nicht genug Disziplin zur pünktlichen Beschaffung der Gelder vorhanden ist.

Holzwarth empfiehlt, daß von allen bestellten Schriften 20 Prozent im Voraus bezahlt werden. Die solidarische Haftpflicht der Mitgliedschaften ist bei dem häufigen Wechsel vieler Mitglieder praktisch kaum durchführbar. Ich bin deshalb für Aufhebung der Filialen, und zwar aller, nicht bloß der sächsischen.

Es erfolgt nun, nachdem über den Ronsdorfer Antrag, B. 7, 24, als bereits durch den Stuttgarter Congreß erledigt, zur Tagesordnung übergegangen, die Abstimmung über die vorliegenden Anträge und Amendements.

Der Ronsdorfer Antrag B. 7, 25 wird abgelehnt. Ebenso das Dienig'sche Amendement dazu.

Vogel's Antrag 3 wird mit 24 gegen 22 Stimmen angenommen.

Kühn's Amendement abgelehnt.

Vogel's Antrag 2 angenommen.

Albid's Antrag angenommen.

Kalb's Antrag angenommen.

Vogel's Antrag 1 angenommen.

Vogel's Antrag 4, nebst Dord's Amendement abgelehnt.

Sahuke's, Dord's und Hillmann's Anträge sind damit erledigt.

Wolf's Antrag wurde vor der Abstimmung zurückgezogen.

Der Antrag der Erfurter Mitglieder (B. 7, 26) wird hierauf angenommen. Ebenso der Antrag der Stollberger Mitglieder (B. 7, 27) mit dem Amendement Dehme's: „so weit dies praktisch durchführbar“ (so daß der betreffende Beschluß lautet: Alle Broschüren und Schriften, welche der „Volksstaat“ im Verlag nimmt oder den Parteigenossen zur Verbreitung anempfiehlt, müssen, so weit dies praktisch durchführbar, in gleichmäßigem Format herausgegeben werden.)

Ein Antrag Fischer's auf eine halbstündige Pause wird abgelehnt, und tritt der Congreß ein in die Debatte über

Die Redaktion des „Volksstaat“.

Büttner-Zürich führt Beschwerde gegen die Redaktion, weil dieselbe in der empfehlenden Anzeige der Parteiblätter mehrfach das „Felleisen“ weggelassen habe, während doch das „Felleisen“ den „Volksstaat“ häufig empfehle. „Es ist dies zum Mindesten eine Taktlosigkeit, und bitte ich um Angabe stichhaltiger Gründe, ohne Klausen.“

Blos im Namen der Redaktion: Das Auslassen des „Felleisen“ in den empfehlenden Anzeigen war durchaus unabsichtlich. Die Redaktion des „Volksstaat“ hat das „Felleisen“ nicht erhalten — es scheint irrtümlich an den Arbeiterbildungsverein geschickt worden zu sein — und in Folge dessen ist die Erwähnung einfach vergessen worden, wie ich dem Ausschuß auf dessen Anfrage im Namen der Redaktion erklärt habe.

Büttner: Ich bin Expedient des „Felleisen“ und habe der Redaktion des „Volksstaat“ jede Nummer geschickt.

Blos: Mir ist seit 4—5 Monaten keine Nummer zugegangen.

Dord: Der Ausschuß hat das Wegbleiben der Anzeige des „Felleisen“ bedauert, und der Redaktion des „Volksstaat“ deshalb eine Rüge erteilt. Es läßt sich begreifen, wenn die Züricher Parteigenossen die Weglassung für eine absichtliche gehalten haben. Ich erhalte das „Felleisen“ regelmäßig; vielleicht geht das für die Redaktion des „Volksstaat“ bestimmte Exemplar irrtümlich nach Hubertusburg. \*) Jedenfalls wird Büttner sich überzeugt haben, daß keine böse Absicht vorgelegen hat.

Geib und Blos bestätigen den Sachverhalt.

Fischer: War das Ausbleiben des „Felleisen“ ein triftiger Grund, die Anzeige wegzulassen?

Der Vorsitzende weist weitere Bemerkungen ab, da die Sache durch die beiderseitigen Erklärungen vollständig erledigt ist.

Es erhält nun das Wort

Grillenberger zu einer Beschwerde gegen die Redaktion des

\*) Wie wir hören, ist auch dort seit mindestens einem halben Jahr keine Nummer des „Felleisen“ eingetroffen.

„Volksstaat“ wegen des von Hepner unterzeichneten Artikels in Nr. 70 in welchem die Nürnberger Mitglieder ganz unberechtigter Weise angegriffen worden seien. „Die Redaktions-Commission des „Demokratischen Wochenblatts“ hat die Correspondenz von „Gair“ aus Zürich blos zur Vertheidigung gegen Hepner zugelassen, und hat dabei wenigstens den journalistischen Brauch beobachtet, keine Glossen dazu zu machen. Ueberhaupt halte ich es für durchaus ungehörig, daß die Redaktion des Parteiorgans persönliche Angelegenheiten einseitig im Blatt vorbringe; hält sie dies für durchaus nöthig, so mag sie sich mit dem Ausschuß vorher verständigen. Im vorliegenden Fall hat die Redaktion das Gehässige ihres Verfahrens noch dadurch verschärft, daß sie einer Einsendung der Nürnberger Mitglieder die Aufnahme verweigerte. Statt die Spalten des Parteiorgans zu solchen persönlichen Angriffen zu benutzen, sollte die Redaktion sich bemühen, mehr gemeinverständliche Artikel zur Belehrung der Leser zu bringen. Ich bin keineswegs gegen wissenschaftliche Artikel, aber sie müssen verständlich sein und die häufigen Rezensionenartikel in letzter Zeit waren dies gewiß nicht. Jedenfalls haben die Redakteure des „Volksstaat“ das Parteiorgan nicht als ihre Domäne zu betrachten. Wir wollen keine Wirthschaft à la „Neuer Sozialdemokrat“. (Unruhe. Widerspruch.)

Blos: Als der Hepner'sche Artikel gegen Memminger erschien, war ich nicht aktiv an der Redaktion theilhaftig, ich spreche also ganz unparteiisch, bin persönlich in keiner Weise engagirt. Mit dem Artikel Hepner's bin ich nicht durchaus einverstanden; ich finde Manches darin, was meiner Ansicht nach besser weggeblieben wäre, der Ton des Artikels wurde aber durch die maßlose Sprache des „Demokratischen Wochenblatts“ und verschiedene private Zuschriften an Hepner provozirt. (Hepner verweist auf mehrere Artikel des „Demokratischen Wochenblatts“; in einem der letzten — der allerdings erst nach dem Hepner'schen Artikel geschrieben ist, — wird Hepner ein „Mauschel“ genannt. Dieser Ausdruck ruft ein mehrfaches Pfui aus der Versammlung hervor.) Wer eine solche Sprache führt, hat kein Recht zu verlangen, daß er mit Glatcehandschuhen angefaßt wird.

Grillenberger meldet sich zur Berichtigung: „Der Angriff Hepner's in dem Memminger-Artikel auf die Nürnberger Mitglieder war um so ungerechtfertigter, als wir mit den Angriffen Memmingers auf die Internationale keineswegs einverstanden waren.“

Imhof: Ich habe dem „Volksstaat“ einen andern Vorwurf zu machen: den häufigen Gebrauch von Fremdwörtern. Dieselben sollten doch möglichst vermieden, und, wo es nicht möglich, jedesmal erklärt werden. Ferner geht die Redaktion mit Einsendungen oft sehr rücksichtslos um; sie kürzt nicht blos, sie verstümmelt auch mitunter, wie dies z. B. mit den Berichten aus Erfurt geschehen ist. Es ist nöthig, die Parteimitglieder gegen solche Behandlung zu sichern.

Blos: Kürzungen kommen vor; sie sind auch nöthwendig, was von früheren Congressen ausdrücklich anerkannt worden ist. Daß die Redaktion Einsendungen verstümmelt habe, bestreite ich entschieden; die Berichte Imhof's, auf die sich dieser bezieht, wurden allerdings gekürzt

und umgearbeitet, jedoch nicht in ungehöriger und sinnwidriger Weise. In der ursprünglichen Gestalt waren sie einfach undruckbar.

Zur Abreise melden sich Kraft und Ufert.

Kalb spricht sich entschieden gegen die Aufnahme persönlicher An-  
gelegenheiten in den „Volksstaat“ aus. Persönliche Streitigkeiten gehören  
nicht in das Parteiorgan. Auch die Polemik mit dem „Neuen Sozial-  
demokrat“ kann uns nichts nutzen; der darauf verwandte Platz läßt sich  
weit besser verwenden. Ferner möchte ich das Vermeiden aller Schimpf-  
wörter, wie z. B. „Mastbürger“ u. s. w., dringend anempfehlen. Wir  
schaden uns dadurch nur.

Rühn: Als Organ und Vorkämpfer der Partei kann der „Volks-  
staat“ die Polemik nicht vermeiden; am Wenigsten mit dem „Neuen So-  
zialdemokrat“, der uns systematisch zu verdächtigen und zu schädigen sucht.  
Da unsere Partei wesentlich auf der Wissenschaft fußt und klare Ansichten  
unter den Genossen verbreiten muß, so sind wissenschaftliche Artikel im  
„Volksstaat“ notwendig, obgleich sich dieselben für die Agitation im  
engeren Sinn nicht immer gut eignen mögen. Unter allen Umständen  
aber sind die Fremdwörter zu erläutern.

Bracke: Um auf den Streit zwischen Hepner und den Nürnbergern  
zurückzukommen, so hätten beide Theile wohl gethan, sich anderer Aus-  
drücke zu bedienen. Nicht daß Personen und Handlungen kritisiert, scharf  
kritisiert werden, ist tadelnswerth — im Gegentheil für unsere Partei-  
presse ist dies Pflicht; — aber es muß dies unter allen Umständen in  
angemessener, würdiger Sprache geschehen. — Das Verlangen nach po-  
pulären Artikeln ist durchaus gerechtfertigt. Populäre Artikel über  
wissenschaftliche Fragen zu schreiben ist aber äußerst schwierig, und man  
darf nicht sofort unpopulär nennen, was Denkartungung erfordert.  
Jedenfalls darf nicht aus dem Auge verloren werden, daß der „Volks-  
staat“ als Organ der Sozialdemokratie die ganze Thätigkeit und das  
ganze geistige Leben der Partei wiederzuspiegeln hat; er würde seiner  
Aufgabe untreu werden, verweigerte er strengwissenschaftlichen Arbeiten  
aus dem Schooße der Partei heraus die Aufnahme, bloß weil sie Die-  
sem oder Jenem unverständlich oder schwerverständlich sind. Auf das  
Niveau des „Neuen Sozialdemokrat“, der bloß agitiren und buchstaben-  
gläubig die Vassalle'schen Schriften auslegen will, also von vornherein  
jede wissenschaftliche Entwicklung, jede freie geistige Regung ausschließt,  
dürfen wir den „Volksstaat“ nicht herunterdrücken; das hieße ihn und  
die Partei degradiren. Der „Neue Sozialdemokrat“ appellirt an die  
rohesten Leidenschaften, fanatisirt, verbummt, — der „Volksstaat“ soll  
Geist und Charakter bilden, und die Arbeiter, indem er ihnen das Ver-  
ständniß der heutigen Zustände eröffnet, für ihre politische und soziale  
Mission erziehen.

Holzwarth: Die Redaktion des Parteiorgans muß sich, innerhalb  
der durch das Parteiprogramm gezogenen Schranken, frei bewegen kön-  
nen; sonst kann sie ihre Pflicht nicht erfüllen. Es ist deshalb not-  
wendig, daß alle kleinlichen Bevormundungsversuche, wie es deren im  
letzten Jahr mancherlei gegeben hat, in Zukunft der Redaktion gegenüber  
unterbleiben. — Wer den „Volksstaat“ mit demselben Maßstab mißt  
wie den „Neuen Sozialdemokrat“, verräth damit, daß er sich über un-

ser Parteiprogramm nicht klar ist. Der Zweck des „Neuen Sozialdemo-  
krat“ ist zu heken und zu verheken, was, bei der geringen Bildungs-  
stufe der Arbeiter sehr leicht ist; der Zweck des „Volksstaat“ ist die Ar-  
beiter auf eine höhere Bildungsstufe zu heben, und ihnen die Prinzi-  
pien des Sozialismus in Fleisch und Blut zu bringen. Das WC des  
Sozialismus den Arbeitern einzupaulen, und stets von Neuem vorzu-  
paulen, ist aber nicht Sache des obersten Parteiorgans. Das muß  
durch Flugschriften, die Lokalblätter und die Agitation geschehen.

Es wird hierauf zur Abstimmung über folgende eingelaufene An-  
träge geschritten:

Estlein's Antrag: Persönliche Angelegenheiten nicht in den Partei-  
blättern, sondern, so weit sie in der Partei nicht durch die Parteibehörden  
geregelt werden können, durch den Congreß zum Austrag zu bringen.

Burchardt's Antrag: Die Redaction ist verpflichtet, den im  
„Volksstaat“ vorkommenden Fremdwörtern eine Erklärung beizufügen.

Meyer's Antrag (Amendement zu dem vorhergehenden): Die  
Fremdwörter so viel als möglich zu vermeiden.

Die sämtlichen 3 Anträge werden angenommen.

Man gelangt hierauf zu B. 7, 28 der gedruckten Vorlage.

Biedermann: Das Parteiinteresse erheischt Beaufsichtigung der  
Lokalblätter durch den Ausschuß.

Weib spricht für den Antrag 28 und erläutert die Nothwendigkeit  
einer einheitlichen Haltung sämtlicher Parteiblätter.

Kolosky: Der Antrag ist jedenfalls gut gemeint, aber erstens  
reichen die vorhandenen Mittel nicht zu seiner Durchführung aus, und  
zweitens scheint er mir doch auch zu viel Macht in die Hände der  
Parteibehörden zu legen. Wir haben in unserer Organisation so viel  
Einheit, als für das Parteiinteresse nöthig und mit dem demokratischen  
Prinzip verträglich ist. Vor der Einheit des Allgemeinen deutschen Ar-  
beitervereins müssen wir uns hüten, wenn wir nicht dieselben traurigen  
Erfahrungen machen wollen. Die Macht unserer Parteibehörden ver-  
mehrten, heißt unsere Parteiorganisation im Prinzip angreifen. Und  
nun zu etwas anderem! Was heißt das: „Persönliche Angelegenheiten  
sollen vermieden werden“? Wenn ich den Bracke angreifen will, gut,  
dann greife ich ihn in seinem eigenen Blatt, auf seine eigenen Kosten  
an; aber ich thue es in angemessener Weise. Darauf kommt Alles an.  
Eine derartige Bestimmung ist sinnlos, schon deshalb, weil sie mit Wich-  
tigkeit umgangen werden kann. — Ich beantrage Ablehnung des An-  
trags 7, 28, weil er leicht mißbraucht werden kann. Keineswegs aber  
bin ich dafür, daß jede einzelne Mitgliedschaft ganz auf eigene Faust  
vorgehe. Jedes Parteimitglied ist durch das Programm und die Or-  
ganisation gebunden und hat sich dem allgemeinen Parteiinteresse unter-  
zuordnen.

Weib, als Delegirter Hamburgs, zieht den Antrag B. 7, 28 zurück  
und bringt Antrag B. 7, 29 zur Debatte.

Walster: Daß der Ausschuß, welcher die Aufsicht über die Partei-  
angelegenheiten hat, auch die Aufsicht über die Parteiblätter hat, ist  
selbstverständlich und braucht nicht besonders erklärt zu werden. Antrag  
29 ist also überflüssig. Wenn der Ausschuß die Lokalblätter in ihrem

„Kampf um das Dasein“ nicht materiell unterstützen kann, darf er sich auch nicht in ihre Verwaltung einmischen. Ich kenne bloß zwei Möglichkeiten: entweder in dem Verhältnis der Parteibehörden zu den Lokalblättern tritt keine Aenderung ein, oder die Partei übernimmt die Lokalblätter, macht dieselben zu Parteieigentum. Im letzteren Fall hat sie natürlich auch die Verwaltung. Ein Drittes ist mir undenkbar. Eine Regierungspresse wird uns der Ausschuß doch nicht aufstrotzen lassen wollen.

Rühn: Ich muß mich gegen die Ausführungen Kokošty's vermahnen. Darnach hat es für mich den Anschein, als ob wir ebenso viele Parteibehörden als Parteiblätter hätten. Das darf nicht sein. Ich bin für Antrag 29 und beantrage als Zusatzamendment zu demselben den Schlußpassus von Antrag 28:

„Im Weigerungsfalle ist ihnen jede moralische und materielle Unterstützung Seitens der Partei zu entziehen.“

(Die Rednerliste, auf der sich 18 Namen befinden, wird geschlossen.)

Walster (zur tatsächlichen Berichtigung gegen Rühn): Die Behauptung Rühn's: es gebe so viel Parteibehörden als Lokalblätter, ist völlig aus der Luft gegriffen. Haben wir etwa bis dato einen Konflikt des Ausschusses mit einem der Lokalblätter gehabt?

Rühn (zur Berichtigung): Ich sagte nicht, es gebe so viel Parteibehörden wie Lokalblätter, sondern nach den Ausführungen Kokošty's habe es für mich den Anschein, als gebe es so viel Parteibehörden wie Lokalblätter.

Bracke: Die Absicht, der Partei mehr Einheit zu geben, mag löblich sein; aber der vorliegende Antrag schließt die gefährlichsten Konsequenzen ein. Die Parteiblätter müssen eine gewisse Unabhängigkeit haben. Würde gegen den Ausschuß Beschwerde erhoben, so könnte er, wenn dieser Antrag Beschluß wird, die Lokalblätter an der Veröffentlichung dieser Beschwerde hindern, was sicherlich nicht im Geiste unserer Organisation. Innerhalb des Parteiprogramms soll jedes Lokalblatt sich frei bewegen dürfen. Verläßt es den Boden des Parteiprogramms, gut, dann hat die Parteibehörde schon jetzt das Recht, es aus der Reihe der Parteiblätter zu streichen, wie in diesem Jahr mit der „Demokratischen Zeitung“ geschehen ist. Das genügt vollständig zur Wahrung des Parteiinteresses. Eine größere Machtvollkommenheit der Parteibehörden wäre vom Uebel, würde zum Mißbrauch führen.

Eckstein: Durch die Redakteure der Lokalblätter werden Zwistigkeiten innerhalb der Partei hervorgerufen; sie wollen einander die Spitze bieten, und daher die persönlichen Anfeindungen in den Blättern. Wir haben das Prinzip aufrechtzuerhalten, und wollen keine Zersplitterung pflegen. Der Schade, den diese persönlichen Mörgeleien anrichten, ist unberechenbar; sehr viele Arbeiter werden dadurch vom Eintritt in die Partei abgehalten. Die Lokalblätter müssen mehr für die Partei thun; die Partei aber auch mehr für ihre Blätter.

Stelzer spricht für den Antrag. Nur bei einheitlichem Vorgehen kann die Partei zum Ziel kommen. Wenn der Eine rechts, der Andere links und ein Dritter nach Hinten zieht, kann es nicht vorwärts gehen.

Wolf: Der Antrag ist, wenn nicht Hintergedanken vorhanden sind,

ganz sinnlos. Das Recht, ein Blatt, welches dem Parteiprogramm untreu geworden, aus der Partei auszuschließen, hat der Ausschuß schon jetzt und das genügt vollständig. Wir wollen keine stramme Kasernen-einheit, die wohl den Zwecken des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins entspricht, denen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei aber schnurstraks zuwiderläuft. Innerhalb unserer Partei brauchen wir freie Bewegung, die unerlässlich ist für gesundes geistiges Leben.

Holzwarth: Ich begreife gar nicht, wie Sozialdemokraten auf den Gedanken einer so peinlichen, engherzigen Controlo verfallen konnten, wie dieser Antrag sie bezweckt. Wir wollen doch keine Censur, keine Preßordnungen innerhalb unserer Partei! Der Vorschlag ist um so unbegreiflicher, als wir bereits eine viel wirksamere Controlo thatsächlich haben, als sie hier vorgeschlagen wird, nämlich die 11 Lokalblätter selbst, die einander naturgemäß controliren, und vor Allem die Gesamtheit der Parteimitglieder, welche schon dafür sorgen werden, daß Ungehöriges, Prinzipienwidriges ausgemerzt wird.

Scheil: Als alter Centralist bin ich für den Antrag; der Geist des Föderalismus und Partikularismus, der in unserer Partei sich regt, muß gebrochen werden; und diesen Geist haben wir hauptsächlich den Lokalblättern zu verdanken. Ueberall, wo die Lokalblätter sich ausbreiten, vermindert sich das Abonnement auf den „Volksstaat“. In den Lokalblättern kommen einseitige Ansichten zur Geltung, das allgemeine Interesse wird dem lokalen untergeordnet; die Eitelkeit der Redakteure spielt eine Rolle. (Widerspruch.) Als Gelehrte dünken sie sich mehr als die gewöhnlichen Arbeiter, haben sie kein rechtes Verständniß für deren Bedürfnisse.

(Ein Antrag auf Schluß wird nach einigen Bemerkungen für und wider abgelehnt.)

Wahlteich: Schon auf der Januarconferenz in Leipzig wurde diese Frage behandelt, und ich sprach mich damals, wie ich es jetzt thue, gegen die dem Antrag zu Grund liegende Anschauung aus. Würde der Antrag angenommen, so wäre damit übrigens auch keine wesentliche Aenderung erzielt. Gerechten Forderungen des Ausschusses haben sich die Lokalblätter auch bisher immer gefügt; und ungerichten Forderungen werden sie sich niemals fügen. Mügen muß ich den Unterschied, welchen ein Vorredner zwischen Arbeitern und Gelehrten gemacht hat. Wer für unser Programm wirkt und der Organisation angehört, ist Parteimitglied, ob er Arbeiter im engeren Sinne ist oder nicht. Wir kennen nur Parteimitglieder. Nichts ist schädlicher als dieses Bestreben, die „Arbeiter“ im Gegensatz zu den Parteimitgliedern, welche nicht „Arbeiter“ im engeren Sinne sind, zu bringen. Woher soll unseren Redakteuren, die doch ohnehin einen harten Stand haben und wahrhaftig nicht auf Rosen gebettet sind, die Lust und Liebe für ihren arbeitsreichen Beruf kommen, wenn sie in dieser Weise mit Mißtrauen betrachtet werden? Nur der Geist in unserer Partei bringt uns vorwärts. Dieser Geist läßt sich durch keine Beschlüsse erzeugen.

Fischer: Wenn die Lokalblätter auch nicht Eigenthum der Partei sind, so stehen sie doch auf dem Boden der Organisation und die Parteimitglieder können daher auch bestimmte Forderungen an dieselben stellen.

Ist der Fall etwa undenkbar, wie die Dinge heut stehen, daß das eine oder das andere Lokalblatt Front gegen uns macht? Dem muß vorgebeugt werden. Und das ist der Zweck dieses Antrags, welcher der Lokalpresse alle vernünftige Freiheit gewährt, so daß ich die Aufregung der antwefenden Redakteure gar nicht begreife. Gestützt auf den Grundsatz: gleiche Rechte, gleiche Pflichten, der doch in unserer Partei der maßgebende ist, haben sich die Redakteure der Lokalblätter gleich allen anderen Parteigenossen, sobald ihnen materielle und moralische Unterstützung zu Theil wird, den Parteibehörden unterzuordnen; nicht nur die Redakteure haben einen harten Stand, wie Bahlreich behauptet, sondern jeder Sozialdemokrat, und namentlich die Agitatoren. Zu wünschen ist, daß alle Lokalblätter mit der Zeit Parteieigenthum werden; aber auch schon vorher müssen sie unter einer gewissen Controle der Partei stehen, damit nicht eine schädliche Konfusion Platz greift.

Walster (zur Berichtigung): Unsere, der Redakteure, Aufregung ist eine sehr natürliche; sie ist dadurch hervorgerufen, daß man gegen unsere Parteipresse ein Ausnahmegesetz, ein Mißtrauensvotum zu schleudern beabsichtigt. Als Vertreter der Presse fühlen wir natürlich das Unrecht und die Nachtheile eines solchen Untersangens besonders lebhaft.

Becker: Durch diesen Antrag, der die Censur bei uns einführen soll, heugt man Konflikte nicht vor, sondern beschwört sie im Gegentheil herauf. Die Parteipresse wäre verpflichtet, ihre Unabhängigkeit im Interesse der Partei zu wahren. Man spricht hier viel von Einheit — dies ist eine Phrase, die aus dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein stammt. (Widerpruch.) Unsere Parteipresse führt in erster Reihe den Kampf gegen unsere Feinde, und gerade die hier so geringschätzig traktirten Redakteure sind es, die sich im Dienste der Partei den meisten Gefahren aussetzen, von Preßprozessen, Hochverrathsprozessen beständig bedroht sind; diese Männer werden sich aber auch nimmermehr zu Hausknechtsdiensten erniedrigen lassen, wie dieser Antrag es bezweckt.

Kuer: Becker hat Unrecht, wenn er sagt, die Forderung der Einheit stamme aus dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein. Von dieser Einheit, welche die der Dressur und des blinden Gehorsams ist, will sicherlich keiner von uns etwas wissen. Aber Concentrirung macht eine größere Centralisation, als sie bis jetzt obwaltete, zur Nothwendigkeit.

Milke: Es fällt mir nicht ein an den guten Absichten der Redakteure zu zweifeln, deren Verdienste um die Partei ich nicht bestreiten will. Aber im Interesse des einheitlichen Vorgehens der Partei scheint es mir doch unerlässlich, daß der Ausschuß den Lokalblättern taktische Anweisungen giebt. Dagegen können die Redakteure wahrhaftig keine berechtigten Einwendungen machen. Wir Alle haben uns dem Allgemeinen unterzuordnen. Und ebenso wenig können sie sich beleidigt fühlen, wenn hier ausgesprochen wird, daß die Lokalblätter sich persönlicher Angriffe enthalten und stets die Interessen der Gesamtpartei im Auge behalten sollen.

Hillmann: Wir müssen uns hüten, wieder in das Fahrwasser der Centralisation zu gerathen. Ich dünkte die deutschen Arbeiter hätten genug Lehrgeld bezahlt. Scheil hat auf seiner Agitationsreise bei uns

die Frage aus dem Saal gefassen und in nicht mißzuverstehender Weise das persönliche Regiment Nord's befürwortet. Geht der vorliegende Antrag durch, so wird das Gegentheil dessen herbeigeführt, was der Antrag bezweckt; die Parteipresse, statt sich zum Werkzeug des Ausschusses degradiren zu lassen, wird ihre Unabhängigkeit im Geiste des Parteiprogramms und der Parteiorganisation zu wahren suchen. Auch ich bin gegen eine Zerspaltung der Kräfte; aber ich will die Einheit, welche das gemeinsame Programm, das gemeinsame Streben mit sich bringt, die Einheit des Gesamtwillens, die Einheit des Gesetzes, aber nicht die Einheit der persönlichen Diktatur. Ich stelle folgenden Antrag:

„Die sozialdemokratischen Blätter Deutschlands, welche das Parteiprogramm vertreten, haben die Verpflichtung, sowohl in persönlichen als in taktischen Parteifragen, das Interesse der Gesamtpartei im Auge zu behalten.“

Reichert: Die Einheit des Gesetzes kann nur durch Personen zur Verwirklichung gelangen.

Nord: Ich verlange die Ernennung einer Commission, welche die von Hillmann gegen mich geschleuderte Anklage, ich strebe nach persönlicher Diktatur, untersucht.

Scheil: Ich habe niemals Aeußerungen gethan, auf welche Hillmann diese Anklage stützen kann. Ich habe mich gegen die verlotterte Wirthschaft in der Partei erklärt, und gesagt, es müsse Ordnung geschafft werden.

(Hillmann glaubt, Scheil habe den Ausdruck „verlumpete Gesellschaft“ gebraucht, und will ihn zur Ordnung gerufen haben, wird aber vom Vorsitzenden bedeutet, daß er sich verhält habe.)

Endres: Wenn die Redakteure der Lokalblätter Anspruch auf die Unterstützung der Partei erheben, müssen sie sich auch der Organisation fügen und sich die Aufsicht der Parteibehörden gefallen lassen. Wir haben kein Mißtrauen gegen die Redakteure, aber Vorgänge, wie wir sie im letzten Jahre erlebt haben, rechtfertigen das Verlangen nach einer strengern Controle.

Walster: Die Redakteure der Lokalblätter haben nie Ansprüche auf Unterstützung erhoben, und erheben keine.

Kokosch: Ich habe das Unglück, Redakteur eines Parteiblatts zu sein; wenn ich neben den Unannehmlichkeiten, die dies Amt mit sich bringt, auch noch meine Ueberzeugung opfern soll, dann will ich lieber Stiefelpuzer sein, und mir die Freiheit bewahren, die jedes andere Parteimitglied besitzt. Wenn Sie solche Beschlüsse fassen, dann bekommen Sie gar keine Partei-Redakteure mehr, sondern bloß bezahlte Schreiber. Soll es in der Parteipresse bloß Eine autorisirte Meinung geben, soll Alles nach Einer Schablone sein, dann verbiete man alle Lokalblätter und mache den „Volksstaat“ zu einem „Neuen Sozialdemokrat“.

Geib beantragt Uebergang zur Tagesordnung mit Rücksicht auf die Annahme des Eckstein'schen Antrags.

Nord: Ich bin entschieden dafür, daß alle persönlichen Angelegenheiten aus den Parteiblättern fern gehalten werden. Auch im Uebrigen ist eine Controle nöthig. Ich bin für den Antrag, damit Skandale,

wie das Vorgehen Memminger's gegen die Internationale, in Zukunft unmöglich sind.

Obermann: Der Antrag würde seinen Zweck nicht erreichen. Den Redakteuren zumuthen, sich von dem Ausschuss schulmeistern zu lassen, ist einfach lächerlich; ebenso gut könnte der Ausschuss sich anmaßen, Männer der Wissenschaft, wie Marx u. A. einer Censur zu unterwerfen. Die Streichung der „Demokratischen Zeitung“ von der Liste der Parteiblätter ist der beste Beweis dafür, daß die Parteibehörden schon jetzt die im Parteiinteresse nöthige Machtvollkommenheit haben. Streben sie nach mehr Macht, so stellen sie sich in Widerspruch mit unseren Prinzipien.

Meyer-Fürth: Man stellt die Frage so, als handele es sich um Diktatur oder Freiheit. Das ist aber nicht richtig. Die Redakteure haben keine Lust, sich den allgemeinen Interessen unterzuordnen, das ist der Sachverhalt. Wozu diese Mörgeleien gegen Dordt, nachdem der Cöngreß über die gegen denselben erhobenen Anklagen zur Tagesordnung übergegangen ist? Ich bin für den Antrag, der auf keine Diktatur hinzielt, sondern bloß auf strikte Durchführung des Programms und der Organisation.

Die Rednerliste ist nun erschöpft, und nach einigen thatsächlichen Berichtigungen Kofostky's und Reichelt's wird zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge geschritten.

Geib's Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird verworfen.

Kühn's Amendement zu Antrag 29 mit 29 gegen 29 Stimmen verworfen.

Ueber Antrag 29 erfolgt namentliche Abstimmung. Es stimmen mit Nein: Herpfer, Ruchschwerdt, Obermann, Fell, Schumacher, Leyendecker, Ehrhardt, Wolf, Walster, Biedermann, Bracke, Beder, Gübner, Saupe, Orbig, Hillmann, Kalb, Durchhardt, Bahlteich, Geib, Mehlhorn, Bloß, Kühner, Imhof, Kofostky, Eh, Holzwarth, Vienig, Leinhos, Dießgen, Junghaus, Philipp, zusammen 32 Stimmen. Mit Ja stimmen: Auer, Gastein, Fischer, Göpfert, Sauren, Pfuhl, Schneider (München), Geiser, Mame, Scherm, Grillenberger, Wörlein, Meyer (Mürnberg), Zahnde, Abdick, Reichelt, Kühn, Börner, Dehme, Albert, Klees, Scheil, Büttner, Endres, Müller (Reichenbach), Bodt, Walz, Schneider (Marsburg), Meyer (Fürth), Dordt — zusammen 30 Stimmen. Der Abstimmung enthalten sich: Milke, Stelzer und Vogel (3).

Antrag 29 ist somit gefallen.

Hierauf wird Hillmann's Antrag angenommen.

Es kommt nun Antrag B. 7, 30 der gedruckten Vorlage zur Debatte.

Geib, als Vertreter der Hamburger Mitglieder, empfiehlt dessen Annahme.

Biedermann: Wenn wir den Antrag 29 verworfen haben, müssen wir auch diesen Antrag verwerfen. Ein solcher Beschluß würde dem Ausschuss unfähliche Schwierigkeiten auflegen; eine materielle Schädigung der Partei bewirken, die Freiheit beeinträchtigen, und der Partei ein Armutsszeugniß ausstellen. Die Partei selbst übt eine genügende Controle über die Lokalblätter aus.

Walster: Ich bin nicht prinzipiell gegen den Antrag. Er wäre ganz gut, wenn hinzugesetzt würde: „insofern sie (die lokalen Parteiorgane) moralisch und materiell Unterstützung der Gesamtpartei beanspruchen“. Wo Rechte sind, müssen auch entsprechende Pflichten sein. (Die Rednerliste wird geschlossen.)

Kofostky: Zu solchen Anträgen kommt man, wenn versäumt worden, was nothwendig ist — nämlich: den Ausschuss von allen Vorgängen innerhalb der Partei zu unterrichten. Ich rathe den Antrag dahin zu modifiziren, daß der Ausschuss bei der Neubegründung von Blättern „zu Rathe zu ziehen ist“.

Gastein: Durch die übereilte Gründung von Lokalblättern können uns viele Nachteile erwachsen; lieber einige Blätter weniger, als viele, von denen eins nach dem andern untergeht. Die Annahme dieses Antrags wäre aber ein Widerspruch mit der soeben erfolgten Ablehnung des Antrags 29. Ich bin also für Verwerfung.

Wolf: Der Antrag kann nur schädlich wirken. Wäre er früher in Kraft gewesen, so hätte manches Blatt nicht gegründet werden können, das der Partei schon wesentliche Dienste geleistet hat.

Fischer: Ich kann mir nicht denken, daß Parteiblätter ohne Wissen der Partei und der Parteibehörden ins Leben treten können. Der Antrag ist mir also unverständlich.

Philipp: Der Antrag ist dem vorhergehenden ganz gleich, muß also gleich ihm abgelehnt werden.

Bahlteich: Das ist nicht richtig; der vorhergehende Antrag hatte eine prinzipielle, dieser hat nur eine praktische Bedeutung; er soll der leichtsinnigen Begründung von Parteiblättern einen Kiegel vorschieben.

Obermann: Ich kann trotzdem nicht umhin, in beiden Anträgen dasselbe Prinzip zu erkennen, und müßte es deshalb für einen Widerspruch mit der Ablehnung des vorhergehenden Antrags halten, wenn dieser Antrag angenommen würde. Ich bin gegen jegliche Bevormundung; wer ein Blatt gründet, gut, der hat auch die Verantwortung dafür.

Kühn: Ich bin kein Gegner der Lokalblätter, halte aber eine Aufsicht des Ausschusses für keineswegs unberechtigt. Erklärt sich der Ausschuss gegen ein Lokalblatt, so kann dieses sich an die Control-Commission wenden.

Es wird nun zur Abstimmung geschritten.

Nachdem ein Antrag auf namentliche Abstimmung abgelehnt worden, wird Kofostky's Amendement (Bei Begründung von Lokal-Parteiorganen ist der Ausschuss zu Rathe zu ziehen, welchem u. s. w.) verworfen.

Bracke beantragt Theilung des Antrags 29 in seine 2 Theile; dies wird angenommen und wird hierauf die erste Hälfte verworfen, ebenso die zweite Hälfte. Der ganze Antrag ist somit gefallen.

Zur Verhandlung gelangt nun B. 7, 31, die Begründung einer belletristischen Zeitung betreffend.

Milke: Ich beantrage statt „belletristisch“ zu setzen: „wissenschaftlich-belletristisch“, und das Wort „Unterhaltungsblatt“ zu streichen. Ein

bloßes Unterhaltungsblatt kann uns natürlich nicht genügen; wollten wir ein solches, so brauchten wir keins zu gründen; es giebt deren genug. Unter „wissenschaftlich“ verstehe ich natürlich nicht abstrus. Das neue Unternehmen muß in populärer gefälliger Form dieselben Prinzipien vertreten wie der „Volksstaat“.

Geister: Ueber den Nutzen eines solchen Blattes sind wir uns Alle klar; es ist bloß die Frage, ob und wann wir es ins Leben rufen können. Das Beste ist, wir beauftragen den Ausschuß, mit der Ausführung vorzugehen, sobald die Mittel vorhanden sind.

Geiser: An der Zweckmäßigkeit, ja Nothwendigkeit einer belletristischen Zeitschrift, welche die Parteigrundsätze in Kreise trägt, wohin die politischen Parteiborgane und Parteischriften nicht dringen, wird wohl Niemand zweifeln; aber gerade, weil diese Zeitschrift auf andere Kreise berechnet ist, als die übrigen Parteischriften, so muß sie auch einen durchaus verschiedenen Charakter haben; und wäre deshalb die von Milke geforderte „Wissenschaftlichkeit“ sehr schlecht am Plage. Das Unternehmen muß auch wesentlich auf die Frauen berechnet sein, denen wir bisher nichts haben bieten können. Wie wichtig es aber ist, die Frauen für die Bewegung zu gewinnen, an die Bewegung zu fesseln, das brauche ich hier nicht auseinanderzusetzen. Bei dem Nutzen, welchen das Unternehmen uns bringen wird, ist baldige Ausführung des Projekts anzupfehlen. Gut wäre es namentlich, wenn das Blatt schon im Winter erschiene — der Jahreszeit, in welcher am meisten gelesen wird.

Geib theilt mit, daß die Genossenschaftsbuchdruckerei der Herstellung der Zeitschrift vollkommen gewachsen sei. Nach den gemachten Berechnungen wird das Unternehmen sich bei 6500 Abonnenten decken; wir haben die gegründetste Aussicht, diese Ziffer bald zu erreichen; und würde das Blatt dann eine Einnahmequelle für die Partei werden.

Kofsky: Die Ziffer 6500 scheint mir zu hoch gegriffen; ich glaube, bei sparsamer Einrichtung, würde schon die Hälfte genügen.

Geib: Die Konkurrenz mit bestehenden Unternehmungen zwingt zu einer guten Ausstattung, wenn wir des Erfolgs sicher sein wollen. Wir brauchen gutes Papier und Holzschnitte, die sehr theuer sind. Auch müssen wir anständige Honorare bezahlen, damit wir nicht auf literarische Almosen angewiesen sind.

Es wird Schluß der Debatte beschlossen, und, nachdem Milke sein Amendement zurückgezogen, der Antrag in seiner ursprünglichen Fassung angenommen. Der Dora'sche Antrag auf Niederlegung einer Commission zur Untersuchung der Aeußerungen Hillmann's wird auf die morgige Sitzung verwiesen, deren Beginn auf 8 Uhr Vormittags festgesetzt wird.

Schluß der Sitzung Abends halb 10 Uhr.

## Geschlossene Sitzung.

Dienstag, den 26. August, früh halb 9 Uhr,

im „Gasthaus zur Sonne“.

Die Versammlung wird gegen halb 9 Uhr durch den Vorsitzenden Geib eröffnet, welcher die Präsenzliste zunächst verlesen läßt. Es fehlen Schneider-München, Geiser-Breslau, Saupe, der abgereist ist, Leinhos-Eisenach und Motteler.

Dr. Sy verliest hierauf das Protokoll der vorhergehenden Sitzung. Wegen der angemeldeten Berichtigungen beantragt Wahlreich, daß diese Berichtigungen schriftlich übergeben werden sollen. Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Es erfolgt der Schlußbericht der Mandatprüfungs-Commission.

Rübner theilt Namens derselben mit, daß 70 Delegirte anwesend sind, welche 109 Orte mit 9158 Mitglieder vertreten. Außerdem sind ohne besondere Vertretung von Mitgliedern zugegen: Dehme-Breslau für die Control-Commission, Bloß-Gaschwitz für die Redaktion des „Volksstaat“. An den später noch eingegangenen Mandaten war nichts ausgesetzt.

Dora: Apolda hat schon seit länger als 3 Monaten nicht seine Beiträge bezahlt, es gehört also statutengemäß nicht mehr unter die Mitgliedschaften. Gera hat ein Mandat mit 30 Stimmen eingesendet.

Es wird beschlossen Apolda aus der Liste zu streichen.

Milke-Berlin erklärt, daß ihm offiziell das Mandat der Spandauer Mitglieder übertragen worden sei.

Um halb 10 Uhr treten Schneider-München, Geiser-Breslau und Leinhos-Eisenach in die Versammlung ein.

Die zunächst auf die Tagesordnung gesetzte Nürnberger Angelegenheit muß wieder abgesetzt werden, da die Commission noch nicht im Stande ist, Bericht zu erstatten.

Es folgt die Angelegenheit Lienig's, über welche Vogel Namens der Commission berichtet, daß dieselbe nach gründlicher Erwägung und Erörterung der Sache zu dem Resultat gekommen, sie sei reine Privatangelegenheit zwischen Lienig und Herrn von Schweiker, und empfehle Uebergang zur Tagesordnung.

Es wird die Frage erhoben, um welche Summe es sich handle.

Vogel: Es handelt sich um einen Betrag von 10—12 Thalern.

Bracke stimmt dem Antrag der Commission zu; er wünscht, daß kein Präjudiz in Bezug auf Einmischung in Privatangelegenheiten geschaffen werde.

Dehme ist der Meinung, daß, nachdem die Sache mit Lienig in die Öffentlichkeit gedrungen sei, es nöthig wäre, daß der Congreß einen bestimmten Beschluß fasse.

Der Antrag der Commission wird in folgender Fassung angenommen:



„In Erwägung, daß die Partei vor Veröffentlichung dieser Angelegenheit durch den „Neuen Sozialdemokrat“ hiervon keine Kenntniß hatte und nach dem der Commission vorliegenden Material die Sache als eine zwischen Wienig und Herrn von Schweizer bestehende Privatangelegenheit betrachtet werden muß, geht der Congreß zur Tagesordnung über, indem er es Wienig zur Pflicht macht, die Angelegenheit baldigst zu regeln.“

Es wird die Debatte über die Anträge bezüglich des Programms und der Organisation eröffnet:

Zu Nr. 1, dem Antrag der Braunschweiger Mitglieder, ergreift das Wort:

Bracke: Wir haben nicht beabsichtigt die angeregten Punkte III 10—12 hier zur Diskussion und Abstimmung zu bringen. Die Frage muß mit reiflicher Ueberlegung entschieden und deshalb einer Commission zu gewissenhafter Prüfung übergeben werden. Es ist deshalb vorläufig ganz gleichgültig, ob Sie für oder gegen die Vorlage sind, es handelt sich vielmehr um die Ansicht, ob der Congreß eine Weiterentwicklung unseres Programms und deshalb eine Revision desselben für wünschenswerth hält. Ich bin der Ansicht, daß dieses der Fall ist und zwar besonders in Rücksicht auf den Punkt 10 des Programms unter III der nächsten Forderungen. Meine Ansicht für die Nothwendigkeit der Aenderung dieses Punktes habe ich in der so eben erschienenen, Ihnen bekannten Broschüre dargelegt, die ich Ihnen deshalb zu aufmerksamem Studium empfehle.

Fischer-Neudorf: Die Braunschweiger Verhältnisse sind nicht maßgebend für uns. Die Parteiinteressen würden geschädigt werden, wenn wir mit diesem Punkte hervortreten. Die Massen werden leicht mißtrauisch und vielleicht vorhandenes Mißtrauen würde dadurch vermehrt.

Rühner: Ob die Braunschweiger Anträge Annahme finden oder nicht, bleibt heute außer Frage, es handelt sich nur um Einsetzung einer Commission; wir haben Zeit, Alles genau zu prüfen.

Geib beantragt: Der Congreß erklärt, daß mit dem jetzigen Parteiprogramm in die bevorstehende Wahlbewegung einzutreten, im übrigen aber eine Commission einzusetzen ist, welche dem nächstjährigen Congreß darüber Bericht zu erstatten hat, ob und wie weit eine Aenderung des Parteiprogramms nothwendig erscheint.

Es wird Schluß der Rednerliste bei dem Namen Lependeker beschlossen.

Rühn-Dangenbielau: Seiner Ansicht nach sei das Programm revisionsbedürftig, es enthalte Punkte, die keineswegs rein sozialistisch seien. Er sei für sofortige Revision, wenn sich diese ermöglichen ließe.

Auf Antrag von Schneider-Marburg wird beschlossen, noch zwei Redner, einen für und einen gegen den Braunschweiger Antrag zu wählen.

Bracke zieht seinen Antrag zu Gunsten des Geib'schen zurück.

Muer-Berlin gegen den Antrag: Er könne nicht einsehen, daß in den Vorschlägen bis o weiter gegangen werde. Er sehe beispielsweise keinen Grund, in das Parteiprogramm die Worte einzuschalten: „Nothwendigkeit einer umfassenden gewerkschaftlichen Bewegung“, ebenso sei

es mit Nr. 10 des Bracke'schen Vorschlags. Es habe noch keine Schrift und keine Agitation gegeben, worin nicht zur Begründung des jetzigen Punktes 10 des Programms in wünschenswerther Deutlichkeit auseinandergesetzt worden wäre, wie der Punkt zu verstehen und aufzufassen sei. Ebenso sei Punkt 12 der Vorlage, die internationale Zusammengehörigkeit des Proletariats betreffend, bereits im Programm enthalten.

Löwenstein-Fürth: Der Bracke'sche Antrag sei zurückgezogen, die Redner hätten nur zum Geib'schen Antrag zu sprechen.

York beantragt: Eine öffentliche Diskussion über eventuelle Vorschläge der Commission darf vor Ablauf der Wahlbewegung nicht erfolgen.

Kołosky macht bemerklich, daß Muer durch seine Rede die Commission nach einer bestimmten Richtung zu beeinflussen versucht habe. Es sei in Punkt 10 unseres Programms nur der Affoziationsgedanke betont, orthodox werde er nur von Wenigen aufgefaßt. Wichtiger wäre es gewesen, den Satz der internationalen Arbeiteraffoziation über die Grund- und Bodenfrage ins Programm aufzunehmen.

Bracke als Antragsteller: Wir sind im Wesen der Sache einerlei Meinung; aber für überflüssig halte ich die vorgeschlagenen Aenderungen nicht. Wohl sind die Vorschläge in unserm Parteiprogramm in den allgemeinen Grundsätzen, wie sie in den Punkten I und II enthalten sind, einbegriffen, aber das sind auch die Forderungen von 1—9 unter Punkt III des Programms und trotzdem hat man für praktisch befunden, sie als nächste Forderungen unter Punkt III 1—10 zu formulieren. Den York'schen Antrag kann der Congreß annehmen oder ablehnen, darauf kommt wenig an, da vor der Wahlbewegung eine Diskussion so wie so nicht möglich ist, weil die Commission bis dahin ihre Aufgabe nicht erledigt haben würde. Aber möglich muß die öffentliche Diskussion sein und nothwendig ist sie auch, um die Partei vor Angriffen der Gegner zu schützen. Der Geib'sche Antrag beseitigt alle Bedenken. Man hat mehrfach bereits und namentlich so eben von Seiten Fischer's einen Unterschied machen wollen zwischen Männern der Wissenschaft und Arbeitern. Wer aber muß mehr Opfer bringen in Bezug auf persönliche Interessen, die Männer der Wissenschaft, welche von rein idealen Gefühlen gedrängt den Kampf für die Arbeiterklasse führen und die Waffen für die Arbeiter schmieden, oder die letzteren, welche durch ihre Klassenlage zum Kampfe gegen den Druck und die Ausbeutung des Kapitals von selbst gedrängt werden?

Muer-Berlin: Ich habe mich nicht gegen den Geib'schen Antrag ausgesprochen und ebensowenig wollte ich mich oder die Arbeiter in einen Gegensatz zu den Männern der Wissenschaft setzen, es war gestern nur von einigen Redakteuren die Rede, welche die Wissenschaft gepachtet zu haben glauben.

Fischer: Er habe nur behauptet, daß er die Revision des Programms, die er auch für nothwendig halte, nicht für zeitgemäß erachte.

Junghaus beantragt Uebergang zur Tagesordnung, da die Anträge Bracke's verfrüht seien.



Bei der Abstimmung wird der Antrag Junghaus' verworfen, das Nord'sche Amendement in namentlicher Abstimmung mit 25 gegen 24 Stimmen abgelehnt, der Geib'sche Antrag mit großer Majorität angenommen. Die Nürnberger Angelegenheit kommt zur Verhandlung.

Diezgen-Siegburg verliest Namens der Commission den Bericht, welcher lautet:

Bericht der Commission zur Berathung der Nürnberg-Fürther Angelegenheit.

Nach Kenntnißnahme des vorhandenen Materials pro und contra, nach Entgegennahme des Zeugnißes verschiedener, an der Angelegenheit beteiligter anwesender Mitglieder des Congresses, erkennt die unterzeichnete Commission mit 4 gegen 1 Stimme:

Daß in der bekannten Affaire Ehrsam der juristische Beweis der Bestechlichkeit Memminger's nicht erbracht werden kann, jedoch den begründetsten Verdacht der Bestechlichkeit dadurch lasten läßt, daß

1. Memminger zur Schlusscene keine Zeugen seinerseits mitnahm,
2. weil die Beranstalter derselben einhellig seine offenbare und unzweifelhafte Bestürzung bei derselben, als er sich Parteigenossen gegenüber sah, bekunden.

Die Commission erkennt, daß der ganze Vorgang fleckig für beide beteiligten Theile ist.

Sie erkennt ferner:

Daß die Affaire Ehrenberger, wie sie sich im Fürther „Demokratischen Wochenblatt“ abspielte, den Verdacht der Bestechlichkeit Memminger's zur Evidenz erhebt und zu der Annahme berechtigt, daß sein Journal ihm als „böhmische Wälder“\*) gedient hat.

Die Commission erkennt einstimmig:

In Erwägung, daß Memminger durch seine Reden und Schriften wider die internationale Vereinigung der Arbeiterklasse und für ihre nationale Schwächung und Verhöhnung arbeitet und durch diese Handlungsweise schon allein für die Partei als abgethan zu betrachten, hiermit auch der eigentliche Streitpunkt für die aus der Nürnberger Mitgliedschaft ausgetretenen Parteimitglieder beseitigt ist, indem Memminger die Ursache des bedauerlichen Zerwürfnisses war: empfiehlt die Commission dem Congreß die Annahme der obigen Erwägungen, auf Grund deren er die neue Mitgliedschaft auffordern wolle, sich der dortigen älteren und zahlreicheren Mitgliedschaft wieder anzuschließen, um gemeinschaftlich mit ihr den Zwecken der Partei zu dienen und den Kampf gegen die allgemeine soziale Unordnung zu führen.

Wilhelm Kleeß, F. Leyendecker, F. Auer, F. Diezgen, S. Kokosky.

Kokosky: Es ist einstimmig angenommen, daß Memminger abgethan sei wegen seines programmwidrigen Verhaltens, nicht einstimmig aber daß er verdächtig sei der Bestechlichkeit in der Sache Ehrenberger und Ehrsam; ich muß meinerseits erklären, daß ich in letztem Punkte Memminger nicht für verdächtig halte.

\*) Ausdruck aus Schiller's Räubern, bedeutet hier so viel als Mittel zur Buschflepperei.

Auer erklärt, daß nach seiner Ueberzeugung der Verdacht vollständig berechtigt sei.

Grillenberger: Er würde es sehr bedauern, wenn der Verdacht aufrecht erhalten bliebe, die Verhöhnungen würden dann nicht aufhören.

Auer weist auf die Artikel des Fürther „Demokratischen Wochenblattes“ hin, welche zur Evidenz zeigten, daß Memminger einen schmutzigen Handel mit der Firma Ehrenberger gehabt.

Kleeß-Magdeburg: Mit 4 Stimmen gegen 1 ist beschloßen worden, daß der Beweis zwar nicht juristisch erbracht sei, aber der Verdacht bleibe; diese Ueberzeugung habe auch er.

Yordk beantragt, daß die Sache noch einmal an die Commission zurückverwiesen werde.

Auer: Aus der Partei kann Memminger nicht ausgeschlossen werden, denn er hat sich durch sein Vorgehen gegen die Partei respektive die internationale Arbeiterassoziation selbst außerhalb der Partei gestellt.

Herpfer-Fürth erklärt zu Protocoll, daß er nicht als Zeuge vernommen worden.

Auer: Dies sei nicht nöthig erschienen, weil die Fürther alles schon in ihrer Broschüre gesagt, was sie zu sagen hatten, auch habe sich Memminger genügend selbst über seine Schuld oder Unschuld in seinem Wochenblatte ausgewiesen.

Kleeß fragt an, ob man der Commission Vertrauen schenke oder nicht; wozu habe man denn unparteiische Männer aus Norddeutschland genommen, welche die belastenden Zeugen von den Freunden Memminger's als glaubwürdig recognosciren ließen?

Geib beantragt statt „juristisch“ zu sagen „thatsächlich“.

Die Nürnberger Delegirten beantragen, der Congreß wolle beschließen: Die beiden ersten Punkte des Erkenntnisses (die Angelegenheit Ehrsam und Ehrenberger betreffend) als unbegründet fallen zu lassen, da dadurch in der Nürnberger Angelegenheit nur neue Unklarheit hervorgerufen und der Friede in der Mitgliedschaft nicht hergestellt wird. Den weiteren Schlüssen des Erkenntnisses schließen sich dieselben an.

Das Commissionsgutachten wird mit dem Antrage Geib's angenommen, der Antrag der Nürnberger Delegirten abgelehnt.

Faaz verlangt, daß nunmehr sein Mandat als gültig erklärt werde.

Grillenberger macht den Congreß wegen seines Beschlusses verantwortlich, wenn in Nürnberg nun neue Skandale entstehen würden.

Kleeß und Yordk hoffen, daß die Parteigenossen in Nürnberg ihre Interessen besser verstehen und die Parteilache über das Persönliche stellen würden.

Leyendecker spricht sich im gleichen Sinne aus.

Grillenberger: Wir werden uns als Parteigenossen bewähren, ich spreche nur unsere Befürchtungen aus.

Faaz erklärt, daß, wenn Grillenberger sich nicht an den Beschluß stoße, Niemand in Nürnberg sich an ihm stoßen würde. Für die Mitglieder, die er hier vertrate, stehe er ein.

Meyer-Nürnberg: Die Zerwürfnisse seien zuerst nur entstanden wegen der Beschuldigungen gegen Memminger in Sachen Ehrsam, und Ehrenberger und sie hätten bindende Mandate.

Büttner fragt an, ob er etwas in der Memminger'schen Angelegenheit zu Protocoll erklären könne und als dies bejaht wird, bezeichnet er die Neußerungen Hefner's im „Volkstaat“ als infame Verläumdungen. Der Vorsitzende ruft ihn wegen dieser beleidigenden Neußerung zur Ordnung.

Grillenberger: Wir haben gegen den Eintritt der neuen Mitgliedschaft in die alte nichts, aber das kann nur local geordnet werden.

Wörlein-Mürnberg: Es sind Beleidigungen gefallen, welche die Sache sehr schwierig machen.

Faaß: Wenn ein paar unbedachtsame Worte durch einzelne Mitglieder gefallen sind, ist der sozialdemokratische Arbeiter-Verein nicht dafür verantwortlich zu machen; Redner stellt den Antrag, daß bei dem Eintritt des sozialdemokratischen Arbeitervereins in die Mitgliedschaft Nürnberg kein Mitglied des Vereins zurückgewiesen werden darf.

York hält für nöthig, daß wenigstens nicht Schwanebeck eine Ausnahme mache.

Das Faaß'sche Mandat wird hierauf für gültig anerkannt und sein Antrag angenommen.

Alsdann wird zur Wahl der Commission für die Revision des Programms verschritten und dazu gewählt: Dieggen, Liebknecht, Auer, Milke und Geib.

In Bezug auf die York-Hillmann'sche Angelegenheit wird eine Commission, bestehend aus Bracke, Dr. Sy, Leyendecker, Klees und Auer, ernannt.

Rübner theilt Namens der Mandatprüfungscommission mit, daß 71 Delegirte, welche 110 Orte und 9224 Mitglieder vertreten, zugegen seien.

Faaß meldet seine Abreise an, Heryper-Fürth überträgt aus dem gleichen Grunde sein Mandat an Beckendahl.

Gegen 12 Uhr wird die Sitzung geschlossen und bis 2 Uhr vertagt.

## Geschlossene Sitzung.

Dienstag, den 26. August, Nachmittags,

im „Gasthaus zur Sonne“.

Der Vorsitzende Geib eröffnet die Sitzung halb 3 Uhr.

Erstein verliest die Präsenzliste, sämmtliche Delegirte sind anwesend.

Walster verliest hiernach das Protocoll der Vormittags-Sitzung, welches ohne Bemerkung genehmigt wird.

Es geht folgender Antrag ein:

Die unterzeichneten Delegirten sehen sich veranlaßt, in Betreff der zeitraubenden persönlichen Streitfragen zu beantragen: daß auf dem nächsten Congreß die persönlichen Differenzen am Schlusse behandelt werden, um den früher abreisenden Delegirten Gelegenheit zu geben,

vor allem ihren Wählern Bericht über Sachliches geben zu können und wichtige Punkte der Tagesordnung am Schlusse nicht übereilt behandelt werden.

Richard Wolf-Chemnitz, Ludwig Mehlhorn-Crimmitschau, Robert Müller-Reichenbach i. B., Hermann Albert-Glauchau, Matth. Pühl, Börner, Zuckerswerdt, Schneider-Marburg.

Becker-Braunschweig macht bemerklich, daß dieser Congreß dem nächsten in Bezug auf Feststellung der Tagesordnung keine Vorschriften machen könne, der Antrag sei nur als „Wunsch“ aufzufassen.

In diesem Sinne wird der Antrag angenommen.

Es kommt eine Beschwerdeschrift der Coburger Parteigenossen zum Vortrag, in welcher diese sich beschweren, daß sie vom Ausschuß befragt worden seien, ob in Coburg von Seiten der Behörden dem Congreß ein Hinderniß in den Weg gelegt werde, man wolle ihn dort abhalten. Obgleich nun schon am 8. August dem Ausschuß bezügliche Antwort zu Theil geworden sei, habe derselbe nichts von sich hören lassen, auch auf verschiedene Briefe und Depeschen nicht geantwortet. Die Coburger Parteigenossen halten dieses Verfahren des Ausschusses für nicht in der Ordnung.

York sagt zu seiner und des Ausschusses Verttheidigung: Der Ausschuß habe sich gleichzeitig an drei Orte gewandt, um sicher zu gehen. Eisenach habe nach Ansicht des Ausschusses sicherer geschiene, obgleich von allen drei Orten die Nachricht eingegangen sei, daß ein behördliches Hinderniß nicht vorhanden sei.

Göpfert-Coburg sagt: Die Coburger Parteigenossen hätten sich nicht deshalb beleidigt gefühlt, weil Coburg nicht Congreßort wurde, sondern weil der Ausschuß sie keiner Antwort gewürdigt. Er beantragt, Namens der Coburger Parteigenossen, den Congreß nächstes Jahr in Coburg abhalten zu wollen.

Die Wahl des nächstjährigen Congreßortes kommt zur Debatte.

Hillmann befürwortet den Ronsdorfer Antrag, den nächsten Congreß im Rheinland abzuhalten.

Geiser spricht dagegen, indem er auf die Aufgabe des Congresses hinweist, der nicht eine Agitation, sondern eine Vertretung und Berathung der Interessen der Gesamtpartei zum Zwecke hätte.

Es wird Schluß der Debatte beantragt und angenommen, und durch die Abstimmung Coburg als nächstjähriger Congreßort bestimmt.

Der Antrag der Stader Mitglieder unter Nr. 45, B. 10 der gedruckten Vorlage, betreffend die Erläuterung des Parteiprogramms in Form einer Broschüre, kommt zur Debatte.

Holzwarth-Pforzheim: Der Antrag läßt sich nicht verwirklichen, die Arbeit würde keine Broschüre, sondern ein Werk werden. Außerdem soll das Parteiprogramm nach einem bereits gefaßten Beschluß einer Revision unterzogen werden, das macht die Ausführung des Antrags unmöglich.

Burckhardt-Stuttgart stellt den Antrag, daß zur Agitation für die Partei, vornehmlich aber zur Verbreitung des Parteiorgans, des „Volkstaat“, eine besondere Agitationsnummer des „Volkstaat“ gedruckt werde. Diese soll enthalten 1) das Parteiprogramm, 2) einen kurzen all-

gemeinverständlichen Artikel über die Bestrebungen der Sozialdemokratie, 3) desgleichen über den Zweck und Nutzen der Gewerkschaften, 4) über den Normalarbeitstag, 5) Strikes, 6) über Wahlen, 7) über die Presse, 8) eine energische Aufforderung zum Eintritt in die Partei, 9) desgleichen zum Abonnieren auf den „Volkstaat“, 10) einen Bestellzettel, 11) ein gutes Gedicht. Die Agitationsnummer hat das gleiche Format und Anssehen des „Volkstaat“ zu erhalten, mit Weglassung eines Datum. Diese Agitationsnummer soll in einer Auflage von vorläufig 50,000 Exemplaren gedruckt und zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder verkauft werden. Mit der Ausführung des Obigen wird die Redaktion des „Volkstaat“ und der Parteiauschuß beauftragt. Spätestens 4 Wochen nach dem Congreß ist die Agitationsnummer herzustellen.

Vord, Walster, Geib, Milke und Dehne sprechen sich über die Anträge aus, schließlich wird sowohl der Antrag der Stader Parteigenossen wie der Antrag Burchardt's angenommen.

Blos fragt an, ob die Probenummer eine politische Uebersicht haben solle.

Vord verneint dieses.

Milke wünscht, daß nicht die Redaktion des „Volkstaat“ allein die Agitationsnummer soll herstellen, sondern daß auch andere Parteigenossen dabei mitwirken sollen.

Geib: Das ist eine rein technische Angelegenheit. Ich theile gleichzeitig mit, daß zwischen dem Auschuß und der Buchhandlung ein Abkommen getroffen worden ist, wonach Auszüge aus den besten Schriften sozialistischer Schriftsteller zu billigem Preis herausgegeben werden sollen.

Der Antrag Nr. 47 unter B. 10 der Vorlage kommt zu Verhandlung.

Ehrhardt: Ich habe in unsrer Gegend die Erfahrung gemacht, daß es sich empfiehlt, mit der Gründung eines Bauernbundes vorzugehen. Mit der rein politischen Agitation ist bei der Landbevölkerung keine Wirkung zu erzielen.

Kolosky erklärt sich für Gründung von Gewerkschaften für die Landarbeiter.

Philipp theilt diese Ansicht.

Schneider-Marburg beantragt Namens der Marburger Parteigenossen, daß in Rücksicht auf die Wichtigkeit des ländlichen Proletariats für die Bewegung und namentlich auch für die Wahlen es notwendig sei, durch Broschüren und Flugblätter die Lage desselben zu erörtern. Zu diesem Zwecke sollen mehrere Parteigenossen beauftragt werden, sich mit dem genauen Studium der Lage der ländlichen Bevölkerung zu befassen.

Rühn schlägt vor, ein passendes Statut für eine ländliche Arbeitergewerkschaft auszuarbeiten.

Geib hält diese Anträge noch für verfrüht. Wo die Köpfe etwas heller sind, gründe man Parteimitgliedschaften unter Unterstützung einer entsprechend abgefaßten Broschüre.

Fischer: Bis zu einem gewissen Grad bin ich mit Geib einverstanden, indess ist es notwendig, auf den Dörfern mit Gründung von Gewerkschaften vorzugehen.

Sauren: Die Landbevölkerung steht in der Rheinprovinz ganz

unter kirchlichem Einfluß, diesen kann man nur brechen durch Einführung von Gewerkschaften.

Scheil-Bielefeld: Es ist von den Bauern die Rede, wie diese zu gewinnen sind, die Vordredner sprachen mehr von der ländlichen Industriebevölkerung.

Schuhmacher-Cöln. Es handelt sich vornehmlich um Bezirke, wo die Großadernwirtschaft vorherrscht. Gewerkschaften können jetzt aber noch nicht mit Aussicht auf Erfolg gegründet werden. Wir müssen vorläufig durch Zeitungen und Broschüren wirken.

Schneider-Marburg führt aus, in welcher Art eine Broschüre fraglichen Inhalts abgefaßt sein müßte und erbietet sich Material zu liefern. Der Anfang ist bei der Landbevölkerung schwer, aber sie hält dann auch um so fester, wenn sie einmal gepackt hat.

Geib beantragt: Der Congreß empfiehlt den Parteigenossen, die Parteiprinzipien nach Kräften durch Wort und Schrift unter der Landbevölkerung zu verbreiten, um dadurch möglichst auch einer gewerkschaftlichen Organisation der Landarbeiter Bahn zu brechen.

Endres-Augsburg schildert die Situation der Bauern in verschiedenen Gegenden und spricht für lebhaftere Agitation, ist aber gegen die gestellten Anträge, bezüglich der gewerkschaftlichen Organisation.

Schneider-Marburg zieht seinen Antrag zu Gunsten des Geib'schen zurück. Der Antrag Geib's wird angenommen.

Die Commission für die Angelegenheit Vord-Hillmann berichtet durch Bracke Folgendes: „In der Angelegenheit Hillmann-Vord erkennt die Commission nach Anhörung Hillmann's und zweier Zeugen: Da in den Auslassungen Hillmann's von demselben die Ansicht ausgesprochen, daß Scheil bei seiner Agitation im Rheinlande nicht allein im Sinne, sondern auch im Einverständnis respektive Auftrage Vord's dessen diktatorische Gelüste befürwortet und gefördert habe, diese Vermuthung aber des Beweises ermangelt, war er zu einer solchen Behauptung keineswegs berechtigt, wenn schon offenbar das ungeeignete Verhalten Scheil's in seiner Agitation sehr leicht zu ähnlichen Auffassungen mit Veranlassung gegeben haben dürfte.“

Eisenach, den 26. August 1873.

Bracke, W. Klees, Auer, J. Leyendecker, Dr. Sy.

Schuhmacher-Cöln: Die Cölnner Parteigenossen haben immer ein Einverständnis Scheil's mit Vord angenommen, da Scheil doch nicht so ungeschickt sein kann, ohne die Zustimmung Vord's offen zu sagen, daß er für die Diktatur wirke. Auch die Leipziger Conferenz beweist die Diktaturgelüste.

Hillmann: Scheil hat im Auftrage Vord's das Rheinland bereist, er hat viel geschadet. Vord mußte ihn kennen.

Geib constatirt, daß Scheil im Auftrage des Ausschusses reiste.

Scheil: Ich habe nicht im Auftrage Vord's gehandelt. Wenn ich hier und da geschulmeister, so war das kein Verbrechen. Das Ganze beruht auf einer Voreingenommenheit gegen mich.

Schuhmacher macht die Mittheilung, daß Zahnke aus Wandsbeck das Reisegehalt aus der Parteikasse vorgehoffen erhalten, also der Ausschuß auch hier seine Gelüste gezeigt habe.

**Jahnke:** Die betreffenden Mitgliedschaften, welche mich hergesandt, haben die Bürgschaft für Rückerstattung der Kosten übernommen.

**Geib:** Bennecke hat das aus Privatmitteln gethan, und nicht im Auftrage des Ausschusses aus der Parteikasse.

**Klees:** Diese Angelegenheit beweist gar nichts.

**Jahnke:** Ich habe nie gesagt, daß ich das Geld aus der Parteikasse erhalten, sondern ich sagte: von Bennecke.

**Bracke:** Die Commission war der Meinung, daß die Ansicht, es habe jemand dictatorische Gelüste, müsse ausgesprochen werden können, und daß sie sich nur mit der Form der Neufassung, welche Yorck beleidigend gefunden, zu beschäftigen gehabt habe. Alles Andere ging sie nichts an.

Es folgt eine fernere Debatte, in welcher neue Gesichtspunkte nicht entwickelt werden.

**Yorck:** Schuhmacher wollte gegen die angeblichen reactionären Gelüste des Ausschusses auf dem Congreß zu Felde ziehen. Diese Gelüste sind nicht da und ich hätte nicht erwartet, daß solche unbegründete Vorwürfe erhoben werden könnten.

**Motteler** beantragt: Nach Diskussion des in der obigen Angelegenheit, von der Commission zur Vorlage gegebenen Erkenntnisses, erklärt der Congreß: „Das offenbar ungeeignete Verfahren Scheil's bei seiner Agitation im Rheinlande, hat vorwiegend und in Verbindung mit anderen Mißverständnissen Seitens Hillmann's und Genossen, Veranlassung dazu zu geben vermocht, daß die Lecteren zu der Auffassung hinneigen konnten, Scheil suche zu Gunsten von dictatorischen Gelüsten Yorck's und mit dessen Wissen, diese Meinung zu verbreiten; eine Ansicht, die, nach genauer Erörterung der Verhältnisse und Thatsachen, entschieden unbegründet und unberechtigt ist. — Der Congreß erklärt diese Angelegenheit zu Ehren und zur Rechtfertigung Yorck's, somit erledigt und beschließt Uebergang zur Tagesordnung über diesen Punkt.“

**Hillmann:** Es ist Pflicht jedes Delegirten, rücksichtslos seine Meinung zu sagen und Nichts zu vertuschen.

Der Antrag von Motteler wird angenommen.

Es erfolgt der Eintritt in die Berathung über die

### Organisationsfragen.

Antrag 2 und 3 der Vorlage:

**Schneider-München:** Ein Groschen schon wird Vielen schwer. Durch hohe Beiträge wird die Ausbreitung geschädigt. Die Gewerkschaften, die Agitation und die Parteicongreße beanspruchen Opfer.

Antrag 2 wird abgelehnt und Antrag 3 wird angenommen.

Antrag 4 und 5 der Vorlage:

**Fischer:** Diese Anträge dürfen nicht angenommen werden. Es kann sehr wohl vorkommen, daß die Partei dieselben gar nicht ausführen könnte. Die Wahl durch den Congreß muß frei sein. Ein Wechsel der Mitglieder an demselben Orte genügt im schlimmsten Falle.

**Geiser:** Der Wechsel der Parteibehörden ist nöthig, um die demokratische Organisation zu erhalten. Die Gewohnheit, Einfluß zu be-

stehen, demoralisirt. Das geht auch dem Sekretair so. Er wird verwöhnt. Nicht um Hamburg handelt es sich, sondern um das Prinzip. Der Ort muß wechseln. Ein Wechsel der Mitglieder genügt nicht. Dies Prinzip ist im Interesse des bisherigen Ausschusses selbst. Der beste Ausschuh wird dies wünschen müssen. In Stuttgart war Braunschweig gegen die Wiedertwahl Braunschweigs als Vorort. Es ist das im Parteiinteresse.

**Imhof:** Ich bekämpfe den Schlußsatz des Frankfurter Antrages aus praktischen Gründen.

**Kühn:** Antrag 5 ist besser als Antrag 4. Yorck und Dehme sind nicht die beiden bisherigen Parteibehörden, die gegen beide erhobenen Vorwürfe betreffen die Behörden selbst. Ein Wechsel des Orts ist nöthig, sonst kommen wir zu einer handwerksmäßigen Leitung.

Der Antrag 4 wird zu Gunsten des Antrags 5 zurückgezogen.

**Lehendecker:** Das Parteiinteresse verlangt die Annahme des Breslauer Antrags.

**Motteler:** Unter den bisherigen Verhältnissen dürfte es ungewiß sein, ob wir derartige richtige Prinzipien auch ausführen können. Die gegen uns gerichteten Verfolgungen lassen es vielleicht nothwendig erscheinen, 2—4 Jahre lang denselben Ort zu behalten. Die Gesezmacherei hat ihre Gefahren. Antrag 5 hilft die von außen drohenden Gefahren verstärken. Strenge Wachsamkeit über die Behörden ist von größerer Tragweite. Wir dürfen uns nicht die Hände binden. Es möchte bald der Beschluß wieder umgestoßen werden müssen.

**Geiser:** Wenn wir wechseln, entgehen wir erst recht den Polizeischikanen.

**Schneider-München:** Die Münchener Genossen sind für den Breslauer Antrag. Die Gründe sind bereits erörtert. Motteler's Besürchtungen sind nicht stichhaltig. Wir dürfen nicht Rücksicht nehmen auf Möglichkeiten der Verfolgung.

**Fell:** Der Ort der Control-Commission sollte auch nur alle 2 Jahre wechseln.

**Dehme:** Motteler's Hinweis auf reactionäre Maßregeln wird hin-fällig, da die Verfolgungen international sind. In Hamburg sind sie ebenso möglich, als anderswo. Bei einer Verhaftung z. B. ist es auch sehr gut, wenn mehrere Orte mit der Leitung bereits vertraut sind.

**Fischer:** Die Ausschuhmitglieder werden um so tüchtiger sein, je länger sie eingeschult sind. Der zu häufige Wechsel ist sehr schädlich.

Es wird Schluß der Debatte angenommen und constatirt, daß der Beschluß eventuell nach § 7 der Organisation der Urabstimmung unterliegt.

Man schreitet zur namentlichen Abstimmung:

Für den Breslauer Antrag erklären sich: Eckstein, Göpfert, Löwenstein, Beckendahl, Obermann, Schuhmacher, Bühl, Schneider-München, Geiser, Lehendecker, Ehrhardt, Reichelt, Wolf, Walster, Kühn, Milte, Biedermann, Beder, Dehme, Rübner, Hillmann, Kalb, Endres, Bah-teich, Müller-Reichenbach, Bloß, Hübner, Imhof, Holzwarth, Diezgen, Walz, Junghaus, Linde.

Gegen den Breslauer Antrag: Auer, Fischer, Zuckschwerdt, Sauren,

Fell, Mamme, Scherm, Rahne, Aldick, Bracke, Börner, Stelger, Albert, Mees, Orbrig, Scheil, Büttner, Bruchardt, Geib, Mehlhorn, Vogel, Motteler, Dr. Sey, Boß, Vienig, Leinhos, Schneider-Marburg, Philipp, Jorck.

Der Breslauer Antrag unter Nr. 5 ist also mit 33 gegen 29 Stimmen angenommen worden.

Folgende Depesche trifft von Leipzig ein und wird unter großer Heiterkeit verlesen:

„Herrn Geib, goldene Sonne, Eisenach. Gruß den Delegirten, Maschine 1500-Gang\*), Hitze riesig, Geschäft flott, Durst groß, Fäßchen leer. Segerpersonal.“

Löwenstein: Wenn früher die Urabstimmung unterlassen wurde, wo sie nöthig war, muß sie allerdings jetzt betreffenden Falles Statt finden. Die Nothwendigkeit muß ich bestreiten.

Dieselbe wird aus § 16 der Organisation constatirt.

Antrag 6 der Vorlage wird berathen:

Rübner: Solche Parteizusammenkünfte, Landesversammlungen haben der Partei noch nichts geschadet. Eine Genehmigung des Ausschusses ist falsch.

Schuhmacher: Die Cölner Mitglieder beziehen diesen Antrag nur auf die Januar-Conferenz, nicht auf Agitationen, Arbeitertage u. s. w.

Geib: Die Conferenz ist vom Ausschuss im Einverständnis mit der Control-Commission berufen worden.

Wahlreich: Ich bin gegen die Aenderung, da durch dieselbe nichts gewonnen wird.

Antrag 6 wird abgelehnt.

Antrag 7 der Vorlage wird berathen:

Edstein: Es ist falsch, wenn die Ausschussmitglieder vorher immer schon an dem betreffenden Orte gewohnt haben müssen. Die Wahl des Sekretairs durch den Congress genügt.

Schuhmacher: Es soll verhindert werden, daß Einer zu lange im Amte bleibt, aus denselben Gründen, aus welchen der Antrag 5 angenommen worden ist. Der bisherige Sekretair kann immer irgend eine andere Stellung durch die Partei erhalten.

Antrag 7 wird abgelehnt.

Die Dresdener Mitglieder beantragen in dem § 10 der Organisation die Bestimmung aufzunehmen: „Der Parteisekretair ist vom Congress zu wählen.“

Die Unterstützungsfrage wird bejaht.

Walster: Es ist möglich, daß der Ausschussort die passende Kraft nicht besitzt. Der Congress selbst muß die Wahl des Sekretairs übernehmen. Dann braucht mancher Ort eine Wahl als Vorort nicht abzulehnen.

Bracke: Das darf nicht geschehen. Würde der Sekretair vom Congress gewählt, so würde man seine Macht im Ausschuss außerordentlich stärken und leicht einen Mißbrauch zulassen. Es kann bei der jetzigen

\*) Die Dampfmaschine der Genossenschafts-Druckerei war an diesem Tage zum ersten Mal in Betrieb gesetzt.

Organisation leicht ein früherer Sekretair oder eine andere passende Kraft von dem neugewählten Vorort wiedergewählt und dorthin berufen werden.

Der Antrag wird abgelehnt.

Die Grimmitzauer Mitglieder beantragen:

Die beiden letzten Sätze des § 7 der Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei lauten von jetzt an so: „Anträge von Parteimitgliedschaften oder einzelnen Parteigenossen, die nicht drei Monate vor dem Tage, an welchem der Congress beginnt, beim Ausschusse eingelaufen sind, werden von demselben unberücksichtigt gelassen. Alle rechtzeitig eingegangenen Anträge sind 10 Wochen vor dem Congresse im Parteiorgan zu veröffentlichen. Die zurückgewiesenen Anträge und solche, die erst auf dem Congress gestellt werden, kommen nur dann zur Veröffentlichung, wenn sich mindestens ein Drittel der Delegirten dafür erklärt. Die Zeit, zu welcher der Congress stattfinden soll, ist vier Monate vorher im Parteiorgan bekannt zu geben.“ Motiv: Der Wunsch, allen Mitgliedschaften eine eingehende Besprechung der eingebrachten Anträge zu ermöglichen.

Die Unterstützungsfrage wird verneint.

Ebenso findet ein Antrag von den Parteigenossen zu Zwickau, lautend: „Der Congress wolle beschließen: die Reisekosten der Delegirten zum Parteicongress sind aus der Parteikasse zu entnehmen, um dadurch vielen sich einschleichenden Mängeln zu entgegen.“, nicht genügende Unterstützung.

Antrag 8 der Vorlage wird berathen:

Aner: Nur nicht so viele Ausschüsse, die ruiniren die Organisation.

Müller: Die Einrichtung wäre doch wohl empfehlenswerth.

Jorck: Der Antrag würde die gleichmäßige Agitation verderben. Man ziehe den Partikularismus nicht groß.

Schuhmacher: Die Agitation würde dadurch verbessert werden. Die Comités sind nöthig. Die Orte müssen doch selbstständig agitiren, und solche Agitationen wie die Scheil's müssen zurückgewiesen werden können. Jedenfalls muß doch der Ausschuss die Agitationscomités benachrichtigen.

Der betreffende Mainzer Beschluß (S. 22 des Mainzer Protokolls) wird verlesen.

Mitte für den Schlußsatz des Cölner Antrags. Es ist nöthig, daß die Comités gehört werden über die Agitation, welche der Ausschuss beabsichtigt.

Schuhmacher stellt das Amendement, daß der Ausschuss ohne Mittheilung an die Comités keine Agitatoren in die betreffenden Landestheile senden dürfe.

Motteler beantragt in Antrag 8 zu setzen: „ohne vorhergegangene Mittheilung“ statt „Zustimmung“.

Löwenstein beantragt: Wenn der Ausschuss irgend wohin Agitatoren sendet, hat er das betreffende Comité vorher in Kenntniß zu setzen und dessen Rath einzuholen.

Kokosky: Treiben Sie doch nicht solche Gesetzesmacherei. Es ist doch selbstverständlich, daß der Ausschuss sich mit den Comités in Berabredung setzt. Man darf weder dem Ausschuss, noch den Comités Be-

fugnisse geben. Manche Mißstände sind nicht durch Paragraphen zu beseitigen.

Mit Hinweis auf den Mainzer Beschluß wird, nachdem noch das Amendement von Schuhmacher zu Gunsten desjenigen von Motteler zurückgezogen war, Uebergang zur Tagesordnung beantragt und angenommen.

Antrag 9 der Vorlage wird berathen:

Von mehreren Seiten wird vor Eröffnung der Debatte Uebergang zur Tagesordnung beantragt.

Scheil: Es muß eine straffere Organisation geschaffen werden.

Der Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen.

Antrag 10 der Vorlage wird berathen:

Dehme: Die unklare Stellung der Control-Commission soll möglichst präcisirt werden. Der jetzige Zustand ist auf die Dauer unhaltbar.

Geib: Der erste Theil dürfte zu billig sein, durch den letzten Theil würde die Control-Commission zur eigentlichen Exeutive erhoben werden. Die Oberregierung der Control-Commission würde aber sehr schädlich sein. Der Ausschuß hat die Exeutive und kann suspendirt werden. Nur keine 2 Behörden, die zusammen regieren sollen! Sonst wäre neue Controle nöthig.

Wolf: Das Wort „endgiltig“ ist bedenklich.

Geib: Der Congreß steht immer über der Control-Commission.

Weiser: Die alte Fassung ist genügend.

Der Antrag wird abgelehnt.

Es wird um 6¼ Uhr die Sitzung geschlossen und eine Pause bis 7 Uhr anberaunt.

## Geschlossene Sitzung.

Dienstag, den 26. August, Abends,

im „Gasthaus zur Sonne“.

Vorsitzender Geib eröffnet die Sitzung um halb 8 Uhr. Die Präsenzliste wird verlesen, es fehlen Aldid und Leinhos.

Die Delegirten Grillenberger, Meyer-Mürnberg, Würlein und Scherm geben folgenden Protest zu Protokoll:

Die unterzeichneten Delegirten von Nürnberg und Umgegend (Glaishammer und Schweinau) protestiren hiermit gegen die Zulassung des Faaz'schen Mandats zum diesjährigen Congreß und verlangen die Aufnahme dieses Protestes in das Protokoll.

Die Motive hierzu sind folgende:

„Auf Grund des Mainzer Congreßbeschlusses können nur Mitglieder

der Partei vertreten werden. Nun sind aber die Mandatgeber des Faaz, laut den der Untersuchungskommission vorliegenden Aktenstücken, formell aus der Nürnberger Mitgliedschaft und damit laut der Parteiorganisation aus der Gesamtpartei ausgetreten, und der Congreß hat nicht das Recht dies zu ignoriren. Wenn nun auch der Congreß erklärt hat, daß dem Wiedereintritt der sämtlichen Mitglieder der sogenannten neuen Mitgliedschaft nichts im Wege stehe, so ist doch zur Zeit dieser Eintritt noch nicht erfolgt und es auch noch sehr fraglich, ob überhaupt alle beitreten werden, oder ob die Parteimitgliedschaft alle wieder aufnehmen wird. Es handelt sich also bis jetzt immer noch um außerhalb der Parteiorganisation stehende Personen. Abgesehen davon, daß durch den Congreßbeschuß bezüglich der Memminger'schen Angelegenheit der alten Nürnberger Mitgliedschaft gewissermaßen ein Mißtrauensvotum ertheilt wurde, wird durch die Zulassung von Faaz für die Zukunft der Präcedenzfall geschaffen, daß alle Mitglieder, die persönlicher Angelegenheiten wegen in Streit kommen, das Recht haben würden, aus der Partei auszutreten, Sektten zu bilden, um auf dem Congreß schließlich dennoch zugelassen zu werden. Wenn man aber dagegen noch geltend macht, daß der Ausschuß ja auch die eingesandten Gelder des genannten Vereins entgegengenommen habe, so ist dagegen bloß zu erinnern, daß der ehemalige Vertrauensmann Seischab, unter der Bürgschaft einzelner Parteimitglieder, aus der Parteidasse einen Vorschuß erhalten hat, und der Ausschuß die eingesandten Gelder gewissermaßen als Pfand hierfür angesehen und demgemäß verbucht hat.

„Wir wollen keine weitere Zwietracht, sondern sind bereit Alles zu verhüten, was hierzu führen könnte; aber der heutige Congreßbeschuß bezüglich der Zulassung von Faaz ist eben einfach organisationswidrig und können wir deshalb nicht unterlassen, dagegen Protest zu erheben und diesen zu den Akten des Congresses niederzulegen“.

Eisenach, den 26. August 1873.

Carl Grillenberger, Christian Meyer, Hans Würlein, Joh. Scherm.“

Antrag Nr. 11 der Vorlage wird ohne Debatte angenommen.

Ueber Antrag 12 wird Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Antrag Nr. 13:

Yord: Der Antrag widerspricht dem Paragraph der Organisation, in welchem eine 3monatliche Frist festgestellt ist.

Kalb: Auch die Delegirten müssen ihren Verpflichtungen nachgekommen sein.

Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag Nr. 14:

Stelzer: Der Antrag ist jedenfalls zweckmäßig und aus den beigefügten Motiven zur Annahme zu empfehlen.

Der Congreß stimmt dem Antrag zu.

Vogel beantragt, den Vertreter der Antragsteller jedenfalls zum Worte kommen zu lassen.

Der Antrag wird angenommen. Dagegen ein anderer Antrag, bei jedem Punkt wenigstens einen Redner für und einen gegen sprechen zu lassen, abgelehnt.

Antrag Nr. 15:

Albert-Glauchau: Der Antrag bezwecke, die Veröffentlichung der faumigen Orte dem Ausschuß zur Pflicht zu machen.

Der Antrag wird angenommen.

Antrag Nr. 16:

Kokošky: Eine solche Einrichtung ist nicht durchführbar, sie stört mehr als sie nützt.

Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag Nr. 17:

Albert-Glauchau: Falls der Antrag angenommen wird, würde er keineswegs die beabsichtigte Wirkung haben. Diese Art der Centralisation ist verkehrt, man würde auflösen ohne die Sicherheit zu haben, eine neue und bessere Organisation gründen zu können.

Dehme-Breslau: Die Control-Commission ist zu der Einsicht gekommen, daß die „Volksvereine“ sich als nachtheilig erweisen haben. Unsere Organisation duldet keine Lokalvereinigung. Nur da, wo die Parteiorganisation verboten ist, soll der Lokalverein nicht verboten sein, wie das in Sachsen an mehreren Orten der Fall ist. Der Particularismus wird durch die Lokalvereine nur großgezogen (Mein!). Die Vereinspielerei muß beseitigt werden.

Geib beantragt die Beseitigung der Breslauer Erwägungsgründe.

Wahlreich: In Sachsen giebt es keinen Particularismus! In Sachsen steht die Bewegung wahrlich so gut, daß wir froh sein könnten, wenn sie überall so stünde.

Fischer: Dieser Antrag ist eine Consequenz der Organisation. Man kann nur der Partei oder einem Vereine angehören. Der innere Gedanke der Zusammengehörigkeit ist die Hauptsache. Eine vernünftige Centralisation ist nothwendig. Die Organisation muß aufrecht erhalten werden.

Vogel: Die sächsischen Parteimitglieder sind durchaus dagegen. Ich frage, ob die Vereinsverhältnisse in Sachsen der Partei nicht genügt haben? In Sachsen sind wir am weitesten. In vielen Orten in Sachsen ist eine Mitgliedschaft unmöglich. Die Vereine sind gestattet. Die Reichstagswahlen werden zeigen, daß diese Vereinsmitglieder ihre Pflicht gegen die Partei thun. Wo diese Pflicht nicht Zwang ist, wird sie freiwillig erfüllt.

Eckstein: Die Mitgliedschaften sind die Hauptsache. Die Sachsen sind größtentheils auch anderer Meinung.

Rübner: Die Volksvereine in Sachsen sind das Mittel gewesen, Bebel und Liebknecht zu wählen. Ohne sie war es nicht möglich.

York: In Sachsen sind auch Meinungen für die Anträge vorhanden.

Kokošky: Man wird die Auflösung der Parteimitgliedschaft befördern.

Hillmann: Die jetzige politische Lage ist die Ursache der Gründung der Vereine und verbietet deren Auflösung.

Biedermann: Man kann doch Vereine nicht verbieten, die die Partei nichts angehen.

Walster: Die Tendenz ist gut, aber in dieser Weise schadet der

Antrag. In Dresden ist ein sehr nützlicher Arbeiterbildungs-Verein, der dreimal stärker ist, als die dortige Parteimitgliedschaft.

Geiser: Die Lokalvereine haben sich größtentheils in Mitgliedschaften verwandelt. Das ist naturgemäß und fördert die Bewegung bedeutend. Glauchau-Meerane hat eine sehr geringe Zahl von Parteigenossen, trotz der Wahl-Erfolge. In Berlin ist die Bewegung erst in Fluß gekommen seitdem der Schwerpunkt in die Mitgliedschaft verlegt ist. In Kürze werden wir dort die beste Mitgliedschaft haben. Mitglieder für die Organisation ist die Hauptsache. Der Zerlegungsprozeß der Lokalvereine soll durch den Antrag beschleunigt werden. Die Vereinspielerei nützt nie.

Motteler stellt das Amendement: Die Lokalvereine möglichst rasch einem gänzlichen Aufgehen in die Partei entgegenzuführen.

Scheit: Die Lokalvereine sind schädlich. Der Particularismus wird gepflegt.

Göpfert: Die Lokalverhältnisse müssen berücksichtigt werden. Eine Umwandlung der Vereine schadet oft sehr.

Albert: Die Lokalvereine Sachsens haben sehr genützt. Wir haben viel Geld an die Partei gezahlt und die Wahlkosten allein bestritten. Wenn wir jetzt auflösen und nachher nicht neu gründen dürfen, wie dann? Selbst die Gewerkschaften sind bei uns aufgelöst worden. In Glauchau haben wir viele Abonnements gewonnen, dagegen ist in Breslau das Abonnement zurückgegangen. Der Name thut nichts.

Dehme: Ich habe gesagt, daß Mitgliedschaften mehr nützen, als Vereine. Das Abonnement in Breslau ist nicht gefallen.

Vogel: Das Abonnement in Breslau ist fortwährend gesunken.

Es folgt noch eine Anzahl Berichtigungen.

Geiser nimmt das Amendement von Motteler auf. Die Breslauer Motive werden zurückgezogen.

Der so modificirte Antrag wird bei der Abstimmung abgelehnt mit 24 gegen 21 Stimmen.

Antrag Nr. 18:

Kokošky verliest die Motive des Königsberger Vertrauensmanns. Die Königsberger sagen, daß noch heute die alte Organisation verbreitet wird. Eine ausführliche Geschäftsordnung sollte entworfen werden.

Geib: Es ist nach jedem Congreß die Organisation geändert und so verbreitet worden.

Auf eine Beschwerde von Kleez wird darauf hingewiesen, daß den Mitgliedern die neue Organisation nur zugesandt wird, wenn sie selbe bestellen und bezahlen.

Kleez beantragt, daß jeder Mitgliedschaft ohne Bestellung eine Anzahl Exemplare zugesandt und in Rechnung gestellt werden sollen.

Wird abgelehnt.

Ebenso der Königsberger Antrag.

Antrag Nr. 19 wird mit Hinweis auf den bezüglichen Mainzer Congreßbeschluß (§ 11 der Geschäftsordnung) abgelehnt.

Ueber Antrag Nr. 20 wird zur Tagesordnung übergegangen.

Die Anträge Nr. 21 und 22 sind durch frühere Beschlüsse erledigt. Ueber den Antrag Nr. 23 (Kräcker-Breslau) wird mit der Be-



merkung zur Tagesordnung übergegangen, daß der Ausschuß die einfache Durchführung einzuführen habe.

Alsdann wird zu B. 9 der Vorlage übergegangen und der Antrag 32 in Berathung gezogen. Es erklären sich Fischer, Wahlreich, Auer aus sehr von einander abweichenden Gründen dagegen. Schluß der Debatte wird angenommen. Mit dem Hinweis, daß der Ausschuß bei der Unterstützung sein Möglichstes thun werde, geht man über den Antrag zur Tagesordnung über.

Nach kurzer Debatte über den Antrag Nr. 33, in der von Walster betont wird, daß man die Sache sehr wohl dem Ausschuß überlassen könne, wird derselbe in folgender, von Geib beantragten Fassung angenommen: „Der Congreß beschließt, betreffs der schwer gemäßigten Parteigenossen Pio, Geleff und Briz in Kopenhagen, Erkundigungen einzuziehen und ist bereit für dieselben, wenn nöthig, nach Kräften einzutreten“.

Es ist ein Brief von Dozauer aus dem Gefängnisse eingelaufen, in welchem er für sich um Unterstützung bittet. Die Sache wird dem Ausschuß überwiesen.

Scherm und Mamme beantragen, man möge sofort den Parteivorort für das nächste Jahr wählen. Stelzer spricht dagegen, Büttner, Lienig und Mamme dafür. Der Antrag wird angenommen.

Die Debatte über den Vorort wird eröffnet.

Legendcker spricht für Frankfurt a. M.

Rühn ist für die Verlegung nach Berlin.

Wahlreich spricht für Berlin. Dort sind ausgezeichnete Kräfte, es wird deshalb dort nicht der Sekretär regieren, sondern der gesammte Ausschuß; Berliner Genossen haben das bestätigt. Sollte es an einen Sekretär fehlen, so hat man sich versichert, daß Most bereit ist, die Stelle zu übernehmen. Derselbe ist sehr geeignet. Das Einzige, was man ihm mit dem Schein von Recht vorwerfen könnte, ist sein hitziges Temperament, ich weiß aber, daß er sich neuerdings sehr abgekühlt hat. Gegen Hamburg bin ich aus vielen Gründen, die schon hervorgehoben worden sind.

Bracke: Es ist schade, daß wir nicht so oft wechseln können, als gut wäre. Der Ausschuß hat so viele Verpflichtungen und Aufgaben zu erfüllen, daß von jedem der dazu vorgeschlagenen Orte erst bewiesen werden muß, daß er dazu im Stande ist. Die Stellung zu der Behörde, die größere Fertigkeit durch Einarbeiten, die Angelegenheit der Genossenschaftsdruckerei und des belletristischen Unternehmens, eine gewisse Ruhe vor Lokalkämpfen gegen den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, die großen politischen Aufgaben, Wahlen zc.: das Alles ist zu berücksichtigen. — Für keine der vorgeschlagenen Orte ist ein Beweis für seine Tüchtigkeit versucht worden. So lange das nicht geschehen, muß ich für Hamburg stimmen. Nord hat seine Fehler, ist aber ein erfahrener und redlicher Genosse, der ein ebenso guter Sekretär ist, als Most es werden kann. Ich bin für Hamburg.

Motteler: Die Befürchtung Bracke's, Leipzig könne seine Pflicht in der Genossenschaftsdruckerei nicht thun, ist eine irrige. Unter „Frisen's Augen“ will ich den Ausschuß nicht tagen sehen. In Hamburg haben

die Mitglieder des Ausschusses gewechselt bis auf drei. Nord hat seine Fehler, ist aber im Allgemeinen gut. Seine Schwächen wird er ablegen, es ist aber fraglich, ob wir ihn als Sekretär behalten können, der Gewerkschaftsbewegung wegen. Nord hat im Dienste der Sache nach Ueberzeugung gehandelt und seine Schuldigkeit gethan, ebenso die Control-Commission, deren Eifer für die Sache an den kleinen, zum Austrag gebrachten Handeln schuld ist. Alle haben in der redlichsten Absicht gehandelt. Der Ausschuß kann wieder nach Hamburg, die Control-Commission nach Breslau kommen. Die Hamburger Parteigenossen werden das Möglichste thun.

Milke-Berlin sagt, daß es seiner Meinung nach am besten ist, wenn diesmal Berlin nicht gewählt wird. Gegen Hamburg bin ich nicht. Vielleicht aber findet sich noch ein anderer Ort.

Sauren: Ein Hauptgrund für Hamburg ist die Reichstagswahl. Die Geschäftsthätigkeit macht es wünschenswerth, den Ausschuß nicht zu verlegen.

Büttner: Trotz der vom Hamburger Ausschuß begangenen Fehler ist Hamburg vorzuziehen. Eine preussische Stadt taugt nicht.

Geiser: Nach dem Beschlusse, den Ausschuß alle 2 Jahre wechseln zu lassen, kann Hamburg doch nicht bleiben. Wenn das Einarbeiten maßgebend ist, so kann man den Ort auf Lebenszeit wählen. Daß ein anderer Ort besser ist, als Hamburg, ist vorher nicht zu beweisen. Durch ein so conservatives Verhalten kommt Spaltung in die Partei. Die Breslauer sehen in einer etwaigen Wiederwahl Hamburgs eine Prinzipverletzung, die es fraglich erscheinen läßt, ob sie darnach noch Parteimitglieder bleiben können. Auch in München ist dieselbe Ansicht. Gerade die jetzigen Mitglieder des Ausschusses müssen die Verlegung wünschen. Schon lange ist vielerwärts die Stimmung gegen Hamburg eine üble.

Bracke: Ich habe nur gesagt, daß der an Stelle Hamburgs vorzuschlagende Ort die an ihn zu stellenden Anforderungen auch erfüllen muß.

Albert: Ich war für Berlin, bin aber überzeugt, daß es nicht gewählt werden kann. Berlin hat jetzt eine andere Aufgabe. Entweder wird dieses den Kampf gegen den Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein, oder die Ausschußaufgaben vernachlässigen. Die dictatorischen Gelüste Nord's sind theilweise durchaus zu billigen. Es muß mitunter entschieden eingegriffen werden. Ich bin für Hamburg, sage aber nicht, daß wenn Hamburg nicht gewählt wird, werde Zwiespalt ausbrechen. Jeder muß sich der Majorität fügen. Breslau ist gut als Control-Commission.

Fischer: Ich bin persönlich für Berlin, aber beauftragt für Hamburg zu stimmen. In Berlin sind viele Kräfte für den Ausschuß. Ein Zwang zum häufigen Wechsel des Vororts möchte auch im demokratischen Sinne zu mißbilligen sein, da die Freiheit der Wahl dadurch beschränkt wird. Das „Lebenslängliche“ Geiser's reducirt sich nach dem erst gefaßten Beschlusse noch auf 1 Jahr. Stimmen Sie für Hamburg.

Geiser: Ich sagte, daß die Rücksicht auf das Einarbeiten lebenslängliche Wahl erheische.

Walster: Man hat sich an Unwichtiges gehalten. Jeder Ausschuß



wird seine Fehler machen. Das ist aber kein Grund, einen Ausschuß nicht wieder zu wählen. Dord ist nicht der schlechteste Sekretär in der Partei, trotz seiner Fehler. Das ist aber alles unwichtig. Unsere Parteiorganisation spricht für das Wählen eines anderen Ortes. Hierbei könnte ja Dord wieder als Sekretär gewählt werden. Ein Wechsel ist nöthig, damit Viele Erfahrung machen; das ist für gewisse Fälle sehr gut. Wenn jetzt viel Zweckmäßigkeitsrücksichten für Hamburg sprechen, so würden nach einem ferneren Jahre noch mehr dafür sprechen. Der gefaßte Beschluß unterliegt zwar der Urabstimmung, aber bindet doch das persönliche Verhalten der Delegirten.

Motteler beantragt: Mit Rücksicht auf den dermalen in der Entwicklung begriffenen Stand unserer geschäftlichen Unternehmungen, sowie die Gefahren, welchen durch den Uebergang derselben in völlig uneingeweihte Hände unsere Sache ausgesetzt würde, erachtet es der Congreß für geboten, in Hamburg den Sitz des Ausschusses zu belassen und die Parteigenossen daselbst zu verpflichten, den mehrfach erfahrenen Tadel und die laut gewordenen Wünsche gewissenhaft und allzeitig im Auge zu behalten.

Rübner: Hamburg darf nicht Vorort bleiben. Aus den Congreßanträgen geht hervor, daß die Stimmung im Großen gegen Hamburg ist. Auch meine persönlichen Erfahrungen beweisen dies. Es wird gut sein, wenn die Frankfurter Mittheilungen machen, ob sie den Vorort annehmen. Berlin ist nicht deshalb zu verwerfen, weil dort entschieden gegen den Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein aufgetreten werden muß. Gegen Hamburg spricht, daß ich Dord nicht für geeignet ansehe, weiter die Geschäfte zu führen. Einmal muß der Ausschuß doch von Hamburg verlegt werden! Die Partei soll regieren und nicht Einzelne. Hamburg eignet sich freilich besonders für die Genossenschaftsdruckerei. Mit Weib und Most als Sekretär würde ich selbst für Hamburg stimmen können. Ich habe auch an Weimar gedacht. Wenn Frankfurt das Amt übernehmen kann, wähle ich Frankfurt. Ein Zwiespalt in der Partei durch Wahl Hamburgs ist nicht undenkbar.

Albert: Die Verhandlungen haben zur Genüge gezeigt, daß die Fürth-Münberger Angelegenheit auf Ausschuß und Control-Commission fällt. Eine Wiederwahl Hamburgs ist nicht undemokratisch.

Stelzer: Ich habe mich jetzt überzeugt, daß der bisherige Ausschuß seine Schuldigkeit that. Most wird nicht gerade besondere Anlagen zum Sekretär haben. Als Agitator ist er jedenfalls besser. Diese Kraft darf der Agitation nicht verloren gehen. In Süddeutschland wird er jetzt außerordentlich wirken können. Mit Bracke und Motteler bin ich einverstanden. Aber irrig ist es, daß die Genossenschaftsdruckerei den Parteiinteressen sich nicht unterordnen möchte. Die Leipziger Vereinsgenossen sind vielfach gar nicht Mitglieder der Genossenschaft. Dord möge die Parteistellung der Gewerkschaftsbewegung nicht nachsehen. Wenn Hamburg wiedergewählt wird, ist es nicht demokratisch, wenn deshalb Jemand austreten wollte. Die Delegirten können die Mitglieder aufklären. Ich bin für Hamburg als Vorort und für Breslau als Control-Commission.

Es wird bemerkt, daß die Control-Commission jedes Jahr wechseln müsse.

Auer: Ich bin der Ueberzeugung geworden, daß es am besten ist, wenn Hamburg dieses Jahr wieder gewählt wird; Rübner selbst meinte, daß es dem demokratischen Prinzip nicht zuwider ist, wenn Hamburg wiedergewählt würde, vorausgesetzt, daß Weib und Most in den Ausschuß kämen. Die an die Partei herantretenden Aufgaben sind große und die müssen von Leuten gelöst werden, die mit den Verhältnissen vertraut sind. Sollte Hamburg abgelehnt werden, dann bin ich für Berlin, wo wir auch einen ziemlichen Ueberblick haben. Es ist besser, wenn Berlin nicht gewählt wird; ist es aber nothwendig, so wird Berlin seine Pflicht thun. Die Berliner sind mit dem Vorgehen des bisherigen Ausschusses sehr einverstanden. Most ist ein ziemlich eckiger Charakter.

Rübner: Als ich vom demokratischen Prinzip sprach, bezog ich den Wechsel nur auf die Personen, nicht auf den Ort.

Endres: Most hat zugesagt, nach dem Süden zu kommen.

Lenendeker: In Frankfurt sind tüchtige Leute, dies eignet sich als Vorort.

Kalb: In Preußen werden 5 Leute, die zusammentreten zu irgend einem Zweck, als ein Verein betrachtet.

Wahlteich: Most hat sich bereit erklärt, eventuell den Sekretärposten zu übernehmen.

Klees: Nur „mehr als 11 Personen“ bilden in Preußen einen Verein\*).

Es erfolgt namentliche Abstimmung über Hamburg, auf Grund des Motteler'schen Antrags.

Mit „Ja“ stimmen: Auer, Fischer, Göpfert, Zuckschwerdt, Sauren, Pühl, Mamme, Scherm, Grillenberger, Wörlein, Meyer-Mürnberg, Zahnte, Altdick, Wolf, Milke, Bracke, Börner, Stelzer, Albert, Klees, Orbig, Scheil, Büttner, Burckhardt, Endres, Müller, Weib, Mehlhorn, Bogel, Motteler, Dr. Eh, Lienig, Leinhos, Philipp, Dord, Barowsky, Meyer-Fürth.

Mit „Nein“: Eckstein, Obermann, Fell, Schuhmacher, Schneider-München, Geiser, Lenendeker, Ehrhardt, Beckendahl, Löwenstein, Reichelt, Walster, Kühn, Biedermann, Becker, Dehme, Hillmann, Kalb, Wahlteich, Rübner, Imhof, Holzwarth, Diezgen, Lincke. — Bloss enthält sich der Abstimmung.

Mit 36 gegen 24 Stimmen wurde also Hamburg zum Vorort für das nächste Jahr gewählt.

Man geht zur Wahl der Control-Commission über. Vorgeschlagen wird Frankfurt a. M., Berlin, Cöln, Erfurt, München, Augsburg, Eberfeld. Letzteres und Cöln verzichten. Darauf empfiehlt Bracke Berlin, weil er es als zukünftigen Ausschuhort ins Auge gefaßt wissen will und es so Gelegenheit hätte, sich einzuarbeiten.

Fischer spricht sich in demselben Sinne aus.

\*) Weder 5 noch 11 Personen bilden in Preußen einen Verein; die Personenzahl kommt nicht in Betracht; man kann schon Einen als Verein interpretiren.

Walster spricht gegen die praktischen Motive Bracke's als unpraktisch. Bracke entgegnet Walster und bleibt bei seinem Vorschlage stehen. Geiser hält die Verlegung der Control-Commission nach Berlin ebenfalls für unpraktisch, weil die etwaigen Konflikte zwischen Ausschuß und Control-Commission gerade die künftige Wahl Berlins zum Vorort verhindern könnten. Nachdem noch Kalb und Philipp gesprochen und Imhof einen Ort in Mitteldeutschland vorge schlagen, geht man zur Abstimmung.

Bei der namentlichen Abstimmung stimmen für Frankfurt: Auer, Eckstein, Göpfer, Böwenstein, Beckendahl, Zuchschwerdt, Obermann, Sauren, Fell, Schuhmacher, Bühl, Schneider-München, Geiser, Leyendecker, Scherm, Grillenberger, Meyer, Zahnte, Albid, Reichelt, Wolf, Walster, Kühn, Milke, Biedermann, Bracke, Becker, Dehme, Stelzer, Albert, Orbig, Hillmann, Scheil, Burdhardt, Bahlteich, Müller, Mehlfhorn, Vogel, Rübner, Holzwarth, Lienig, Leinhos, Diezgen, Philipp, Jorck, Linde, Barowsky, Klees.

Gegen Frankfurt: Fischer, Mamme, Börner, Kalb, Büttner, Endres, Imhof, Motteler, Sy, Wörlein.

Der Abstimmung enthalten sich: Ehrhardt, Geib und Bloz.

Frankfurt wurde also mit 48 gegen 10 Stimmen als Ort der Control-Commission gewählt.

Hierauf wird Bracke die Fertigstellung des Protokolls übertragen, die Sitzung gegen Mitternacht geschlossen und auf nächsten Vormittag 8 Uhr die nächste Sitzung anberaumt.

## Geschlossene Sitzung.

Mittwoch, den 27. August, Morgens,  
im „Gasthaus zur Sonne“.

Vorsitzender Geib eröffnet die Sitzung Vormittags halb 9 Uhr.

Bracke läßt einige Berichtigungen des Protokolls vom Montag Vormittag feststellen, und verliest dann das Protokoll der vorhergehenden Sitzung, welches genehmigt wird.

Geib verliest die Präsenzliste. Es fehlen: Eckstein, Zuchschwerdt, Sauren, Scherm, Albid, Dehme, Endres, Leinhos und Linde. Abgereist sind: Göpfer, Bühl, Mamme, Walster, Börner, Holzwarth, Voß, Junghaus.

Die Versammlung beschließt die noch vorhandenen Differenzpunkte zunächst auf die Tagesordnung zu setzen.

Jorck spricht Namens der Eisenacher Mitgliedschaft: Aus Opportunität habe die hiesige Mitgliedschaft der Partei sich als „Volksverein“ bezeichnet, der Verein enthielt aber auch Elemente, welche nicht zur Partei gehörten; mit diesen sind Differenzen ausgebrochen, namentlich mit Advokat

Kreuznacher, der sich gegen Punkt 10 des Programms erklärte. Jorck wünscht eine Commission für Untersuchung der Angelegenheit.

Barowsky: Kreuznacher betrachte sich als sogenanntes vortragendes Mitglied, glaube aber der Partei nicht angehören zu müssen.

Kofosky: Er habe Barowsky gefragt, ob er aus Prinzip dem „Volksverein“ entgegengetreten sei oder erst seitdem er in Konflikt mit dem Volksverein gekommen sei. Barowsky's Austritt erfolgte aber nur durch die Angriffe eines dritten gegen ihn.

Milke: Die Sache sei sehr einfach, eine Commission sei nicht nöthig, man solle in kürzester Frist den Volksverein auflösen und eine Partei-Mitgliedschaft bilden.

Jorck theilt mit, daß allerdings auch Beschwerden über Barowsky's Auftreten vorlägen, wonach persönliche Differenzen Ursache seiner Haltung seien. Er verliest eine Erklärung Kreuznacher's in der Eisenacher Zeitung.

Imhof: Kreuznacher habe sich nicht gut benommen, er habe z. B. verweigert, Reichel's Proceß in Apolda zu führen. Er (Redner) wolle Auflösung des Volksvereins und Bildung einer Mitgliedschaft.

Sy setzt die thatsächlichen Vereinsverhältnisse in Eisenach auseinander.

Geib spricht sich gegen eine Commission aus.

Der Antrag Kofosky's: Die Eisenacher Mitglieder werden aufgefodert, eine Mitgliedschaft zu gründen, wird hierauf angenommen.

Es kommt die Scheil'sche Angelegenheit zur Verhandlung.

Jorck verliest mehrere Berichte von Vertrauensmännern über Scheil's Verhalten, theils beschwerenden, theils entschuldigenden Inhalts, die ihm auf seine Anfragen zugegangen sind.

Es gehen folgende Anträge ein:

„Der Congreß ersucht den Partei-Ausschuß, den Herrn Jul. Scheil von der ständigen Agitation zu suspendiren.

Hillmann, Schumacher, Obermann.“

„Der Congreß geht über die Sache Scheil zur Tagesordnung über, indem er den Agitatoren es zur Pflicht macht, sich ins Einvernehmen mit den Parteimitgliedschaften zu setzen. Der Agitator steht nicht über den andern Parteimitgliedern.

Kofosky.“

„Indem der Congreß über die Angelegenheit Scheil's zur Tagesordnung übergeht, empfiehlt er dem Ausschuß die größte Vorsicht bei der Wahl der Agitatoren.

Bahlteich.“

Obermann hält die Angelegenheit für genügend erörtert und vermahnt sich gegen die Berücksichtigung des von Jorck vorgetragene n entschuldigenden Berichtes Raspe's.

Bahlteich: Es verhalte sich mit den Agitatoren oft wie mit den Artikeln des „Neuen“, die einer gewissen Klasse heute sehr behagten, aber der Partei nicht sonderlich nützen; das scheine ihm unter andern bei Scheil der Fall zu sein.

Philipp vertheidigt namentlich Fischer gegen Bahlteich, der ersteren angegriffen, ohne ihn nur genau zu kennen.

Bloz berichtet über einen Brief Raspe's, betreffend Scheil.

Scheil sucht sich zu vertheidigen gegen die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen. Beschwerde man sich über die von ihm abgehaltene

zu geringe Zahl der Volksversammlungen, so liege das häufig an den örtlichen Verhältnissen. Er habe 9 Tage in Köln sein müssen, dazwischen in Gladbach. In Köln habe man sich bemüht, ihn mißliebiger zu machen, weil er von der dortigen Mitgliedschaft eine strengere Organisation verlangt habe. Darauf haben die Mitglieder dort nachtheilig über mich berichtet, ich hatte eben in ein Wespennest gestochen.

In Eberfeld fand ich das Mißtrauen durch Köln bereits gegen mich erweckt — Schuhmacher hatte berichtet: „ich arbeite für den allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein“ — welches aber von Schmelzer, nachdem er meine Vorträge gehört, nicht mehr getheilt wurde; er sah ein, daß ich nur für eine straffe Organisation wirkte. In Essen und an andern Orten hielt ich weitere Versammlungen. In Eberfeld war ich vollkommen nüchtern, aber durch die infamsten Beschuldigungen wurde ich aufgebracht, indem mir gerade gesagt wurde, ich arbeite für die Diktatur York's. Zu Mittag war ich allerdings nicht mehr in ganz freier Stimmung, denn nachdem ich 30 Minuten in tumultuärer Versammlung gesprochen, habe ich die Versammlung unter Protest verlassen. Ich habe in Eberfeld allerdings gefehlt. Aber in keinem der andern Orte, wie Eberfeld u. c. bin ich getadelt worden. Die Mitgliedschaften sind während meiner Anwesenheit in die Höhe gekommen, nach meinem Weggang sind sie wieder gesunken. Ich verzichte künftig auf eine ständige Agitation nach den Erfahrungen, die ich gemacht habe, namentlich durch die Kölner Angriffe.

(Dehme tritt ein).

Hillmann: Persönlich habe ich nichts gegen Scheil und mag er meinewegen sein Leben lang Agitator bleiben, aber wenn er durch sein Auftreten unsere Mitgliedschaft schädigt, wie folgende Ausdrücke von ihm beweisen: „Das ist eine lose verbummelte Geschichte! Der Vertrauensmann ist ja ganz unfähig“, dann will ich nichts von ihm wissen. Wenn unsere Mitgliedschaft nicht selbst kurz genug gewesen wäre, hätte sie Scheil uns gesprengt. In Eberfeld sind mehrere Agitatoren des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins, die das Auftreten in Volksversammlungen lebensgefährlich machen, wovon mir Scheil Mittheilung machte. Scheil aber trat auf und so zeigte sich die Versammlung wie geschilbert, indem im Tumult Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins selbst handgreiflich wurden.

In Eberfeld war am Nachmittage Scheil in berausstem Zustand, und als er darauf in der Volksversammlung sprach, wußte er wohl schwerlich was er sprach.

Es wird Schluß beantragt. Rokosky spricht sich dagegen aus und wird der Schluß abgelehnt.

Reichelt: Bei meiner Anwesenheit in Breslau hat, in Gegenwart Weiser's, Färber den Scheil für einen der bedeutendsten Agitatoren erklärt.

Bahlteich erläutert, daß er beleidigende Aeußerungen gegen Fischer nicht gethan habe und auch nicht habe thun wollen.

Da von mehreren Seiten behauptet wird, seine Aeußerungen seien beleidigend gewesen, erklärt der Vorsitzende Geib ausdrücklich, daß er eine Beleidigung in Bahlteich's Worten nicht gefunden habe.

Schumacher polemisiert gegen verschiedene Aeußerungen Scheil's.

Scheil habe zugestanden, daß er für die Diktatur wirke, auch machten die Kölner keine Vergnügungstouren, über denen sie die Parteaufgaben vernachlässigten. Auch empfahl uns Scheil den Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein als Beispiel. Scheil's äußerlicher Mensch sei sehr abstoßend gewesen.

Dehme betrachtet sich in der Angelegenheit Scheil als unparteiisch. Er theilt mehrere Briefe mit, die über Scheil berichten. Ein Brief vom Kölner Agitationskomité, welches sich gegen die Berufung Scheil's als Agitator für Rheinland und Westphalen als überflüssig erklärt, spricht sich über Scheil's Wesen ähnlich aus wie Schumacher, auch habe Scheil sehr absprechend über die Partei geurtheilt. Sauren berichtet über Scheil's Aussehen, „wenn er aber nicht besser ist in seinem Vortrag, als in seinem Aussehen, wäre er besser weggeblieben“.

In Süchteln hat sich Scheil als intelligenter Sozialdemokrat bewährt. Biersen berichtet: „Wegen seines miserablen Aussehens sah man ihn hier ungern, aber nach seiner Rede wunderte man sich, wie ein in Lumpen gehüllter Mensch so intelligent sein könne.“ In Eberfeld war er allerdings berauscht. Trotz seines Aussehens hat er also durch seine Intelligenz der Partei genügt, und jetzt wolle der Congreß ein so strenges Gericht üben.

Mehrere Geschäftsordnungsanträge werden abgelehnt.

Scheil verwahrt sich gegen die ihm gemachten Vorwürfe wegen seines Aussehens.

Hillmann spricht zur Geschäftsordnung.

Sauren meint, der Congreß müsse allerdings als Gerichtshof in der Sache urtheilen.

York berichtet über die Agitationskosten für Scheil und spricht sich gegen eine allzu strenge Kritik aus.

Bei der nunmehr stattfindenden Abstimmung wird der Antrag Bahlteich's angenommen, und sind damit die andern Anträge erledigt. Es kommt die Angelegenheit Meinecke-Mürnberg zur Sprache.

York: Meinecke wurde ein deboter Brief an einen Arbeitgeber zur Last gelegt. Es ist ihm später darüber eine Ehrenerklärung geworden, die auch im „Volksstaat“ abgedruckt wurde. Er stellte aber einige Zeit darnach den Antrag an den Ausschuß auf 250 fl. Entschädigung, weil er durch die Nürnberger Mitgliedschaft geschädigt sei, welche Forderung abgewiesen wurde. (York verliest hierauf mehrere Briefe Meinecke's an den Congreß in dieser Sache.)

Geib stellt den Antrag: „Der Congreß geht über die Angelegenheit Meinecke's zur Tagesordnung über, weil, so weit die Partei dabei engagirt ist, die Sache schon längst durch ein Schiedsgericht und eine Erklärung der Control-Commission erledigt ist.“

Dehme will nicht sofortige Erledigung dieser Angelegenheit durch den Antrag Geib's, er wünscht nicht, daß Meinecke die Angelegenheit vor die Oeffentlichkeit bringe.

Endres will ebenfalls eine Meinecke befriedigende Erklärung seitens des Congresses.

Der Antrag Geib's wird angenommen.

Die Angelegenheit Lyser wird erörtert:

Vord berichtet über den seiner Zeit vom „Neuen Sozialdemokrat“ veröffentlichten Brief Uysler's; letzterer habe auf diesen Angriff höchst unbefriedigend geantwortet, darauf habe sich der Ausschuß an ihn gewandt und eine klare Antwort verlangt; als Antwort traf folgender Brief Uysler's ein:

„Herrn Theodor Vord, Hamburg!

Sobald erhalte ich Ihren Brief und beileide mich denselben zu beantworten.

Erstens, es ist wahr, daß ich eines Abends, als zwischen mir und dem Cassalleaner Lampe von der nothwendigen Einigung der Arbeiter die Rede war, den im „Neuen Sozialdemokrat“ veröffentlichten Zettel schrieb und Lampe mit dem Bemerkten übergab, daß es mir lieb sein würde, zu erfahren, weshalb besonders Hasselmann, den ich für das Haupt des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins halte, jeden Einigungsvorschlag von der Hand gewiesen hat.

Wenn auch im „Volksstaat“ die Führer des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins stets als Unter-Stieber signalisirt werden und ich selber in das große Horn geblasen habe, so erscheint es mir doch etwas zweifelhaft, ob sie wirklich dieses entehrende Prädikat verdienen.

Zweitens, der beregte Zettel war von mir einfach zu dem Zwecke geschrieben, von Hasselmann im Laufe der Zeit irgend eine Erklärung zu erlangen.

Stehen die Leiter des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins wirklich im Solde der Polizei, so müssen sie — nach meinem Dafürhalten — viel energischer bekämpft werden. Sind sie aber Sozialdemokraten, und handelt es sich lediglich um Organisationsstreitigkeiten, so ist die bisherige Polemik unter allen Umständen zu verdammen.

Schließlich sei mir noch gestattet zu erklären, daß es mir nie eingefallen ist und auch nie einfallen soll, mich zum Eintritt in den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein zu melden, denn eher kann es kommen, daß ich, der ewigen Zänkereien und Verdächtigungen müde, mich von der Bewegung zurückziehe.

Weida im Harz, den 8. Aug. 1873.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Gustav Uysler.“

Nach diesem Brief ist über die Handlungsweise Uysler's kein Zweifel mehr, keinem Redakteur eines Parteiblattes, ebenso keinem Mitglied darf es gestattet sein, solche Privatverhandlungen mit den Redakteuren des „Neuen Sozialdemokrat“ oder dem Präsidenten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zu pflegen.

Wahlreich erklärt, daß er an die Unschuld Uysler's, als der „Neue Sozialdemokrat“ ihn angriff, geglaubt und denselben demgemäß vertheidigt habe, weil das Vorhandensein eines perfiden Planes von Seiten der Chemnitzer Cassalleaner denkbar gewesen und Uysler in der Chemnitzer „Freien Presse“ stets eine dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein sehr feindliche Haltung beobachtet habe. Er selbst sei mit diesen Angriffen nicht einverstanden gewesen. Daß Uysler jetzt sage, an die von ihm selbst vorgebrachten Beschuldigungen gegen den Allgemeinen deutschen Arbeiter-

verein nicht zu glauben, bezeichne sein Verhalten als nichtswürdig und bleibe deshalb nichts anderes übrig, als ihn auszuschließen.

Rübner berichtet über seine, durch längeren persönlichen Umgang mit Uysler gewonnene Anschauung von ihm, und erklärt sich gleichfalls für seine Verurtheilung und Ausschließung.

Kokošky giebt Bericht über sein persönliches Zusammentreffen mit Uysler in Braunschweig wegen des Briefes an den „Neuen Sozialdemokrat“. Uysler habe ihn in Abrede gestellt, aber nicht recht mit der Sprache heraus gewollt.

Beder: Er habe bis zur Ankunft hierher Uysler auch für unschuldig gehalten, obgleich er sich in widersprechende Aussagen mehrfach entwickelt; er bezeichne das Benehmen Uysler's als infam und verlangt seinen Ausschluß aus der Partei.

Der Antrag Albert's: Uysler sofort aus der Partei auszuschließen, wird einstimmig angenommen.

In der Angelegenheit Pieper referirt Vord über den von dem Ausschuß gefaßten Beschluß, Pieper von der Agitation zu entfernen, da dessen Auftreten ein die Partei schädigendes gewesen sei, in Folge seiner Unfähigkeit. Die Duisburger Parteigenossen hatten gegen diesen Beschluß des Ausschusses protestirt.

Sauren und Obermann bestätigen die Ausführungen Vord's über die Nichtbefähigung Pieper's zur Agitation.

Geib's Antrag: „Der Congreß erklärt: Pieper ist von der Agitation suspendirt und der Ausschuß hat sich in dieser Angelegenheit mit den Duisburger Parteigenossen ins Benehmen zu setzen“, wird angenommen.

Benede in Eisenach hat dem Congreß einen Bericht resp. eine Appellation eingekandt, worin er um Unterstützung seiner Zeitung: „Der Thüringer Volksbote“ (Werra-Zeitung) im Interesse der Partei nachsucht.

Vord verliest die Zuschrift Benede's und das Gesuch um einen halbjährigen Zuschuß von 100 Thalern. Benede betrachte als definitiv festgestellt und Verpflichtung, was in den Verhandlungen mit dem Thüringer Agitationscomité erst in Aussicht gestellt worden sei. Er theilt diese Verhandlungen mit und die Unmöglichkeit, Seitens der Partei das Blatt zu übernehmen. Sein Antrag lautet auf Tagesordnung.

Benede beruft sich auf anderweitig (Weimar'sche) ihm fest versprochene Zusicherungen.

Dehme sieht nach den Mittheilungen Vord's keine Verpflichtung des Ausschusses und findet auch, daß das Blatt selbst nicht passend für die Partei sei. Die Redaktion sei sehr mangelhaft; er schließt sich dem Antrage Vord's auf Tagesordnung an.

Barowsky beleuchtet die Thüringer Pressverhältnisse, die ein Parteiblatt wünschenswerth machen, entschuldigt die jetzige mangelhafte Redaktion des Blattes mit Benede's Neuheit in der Partei; im Uebrigen bemerkt er, keine Verpflichtung des Ausschusses finden zu können, weist aber auf die Benede von anderer Seite gemachten Aussichten und Versprechungen hin.

Geib berichtet über die in diesen Tagen erfolgte Untersuchung über

die Verhältnisse des Blattes, die vollständige Hoffnungslosigkeit für das Fortbestehen desselben ergeben hätten.

Linde berichtet über die Zusicherungen des Weimarer Agitationscomités.

Geib erklärt, der Ausschuß sei keinerlei Verpflichtungen eingegangen, wenn schon dies das Weimarer Agitationscomité gethan habe.

Motteler's Antrag: „Herrn Benedek mit seiner Forderung an das Weimarer Agitationscomité zu verweisen und zur Tagesordnung überzugehen“, wird angenommen.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bilden die unter B. 10 gedruckten Anträge, betreffend die Wahlagitation und das Verhältniß zum Allgemeinen deutschen Arbeiterverein.

Zunächst werden die Anträge Nr. 34—38 zur Debatte gestellt, denen Hillmann folgenden Verbesserungsantrag zufügt: „In der festen Ueberzeugung, daß nur durch neues Festhalten an den Prinzipien der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Uebereinstimmung mit der Internationalen Arbeiterassoziation eine gründliche Einigung der gesammten sozialdemokratischen Partei herbeigeführt werden kann, beschließt der Congreß: daß Parteiauschuß und Control-Commission alle Vereinigungsversuche mit den genügend bekannten sogenannten Leitern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, als der Sozialdemokratie unwürdig, zu unterlassen haben. Daß auch in Bezug auf die nächsten Reichstagswahlen von einem Zusammengehen mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein Abstand genommen werden muß.“

Der Antrag findet nicht genügende Unterstützung.

Fischer erklärt sich namentlich gegen den Antrag der Ronsdorfer Parteimitglieder, den er als ungeschickt und einer Partei wie die unsere nicht würdig bezeichnet.

Muer: Nach den gemachten vielfachen Erfahrungen wäre es unserer Partei unwürdig, noch Compromisse mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein einzugehen. Er empfiehlt Annahme des Antrags Nr. 34, modifizirt durch Nr. 35 des Berliner Antrags, dessen Annahme er gleichfalls empfiehlt.

Geßte und Dehne sprechen sich in gleichem Sinne wie Muer aus.

Obermann erklärt sich gegen Muer's Ausführungen. Er glaubt, in vielen Bezirken sei ein Zusammengehen mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein möglich, und beantragt, nur da Compromisse mit andern Parteien bei den Wahlen auszuschließen, wo Candidaten unserer Partei Aussicht haben durchzudringen.

Sauren will, wie Muer, keine Compromisse mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein.

Kühn zieht den Ronsdorfer dem Berliner Antrag vor, den er für zweckmäßiger halte, wünscht aber in demselben die Worte „sowie da, wo durchaus keine Aussicht auf Durchbringung eines eigenen Candidaten vorhanden ist“, zu streichen.

Geib weist auf den auf dem Stuttgarter Congreß 1870 bezüglich der Reichstagswahlen gefaßten Beschluß hin und empfiehlt demgemäß den entsprechenden Antrag der Berliner Mitglieder.

Albert spricht sich gegen alle Compromisse mit dem Allgemeinen

deutschen Arbeiterverein, sowie mit andern Parteien entschieden aus und bekämpft den Berliner Antrag, durch welchen die Partei geschädigt würde.

Muer vermehrt sich gegen Albert's Auslassungen, der seine Befürwortung des Berliner Antrags nicht begreifen konnte, er wolle die individuelle Freiheit für die Parteimitglieder, im einzelnen Falle für denjenigen Candidaten zu stimmen, der uns politisch am nächsten stehe.

Es wird Schluß der Rednerliste beantragt und angenommen.

Löwenstein spricht sich ebenfalls gegen jeden Compromiß mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein aus, er hat gegen den Berliner Antrag wenig einzuwenden, hält ihn aber für überflüssig.

Flos spricht gleichfalls gegen ein Zusammengehen mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, aber auch gegen ein solches mit der Volkspartei und führt für letzteres noch besonders seine Gründe an. Von der Volkspartei würde im umgekehrten Falle kein Mitglied für einen Arbeitercandidaten stimmen. Wer nicht für uns sei, sei gegen uns; er erklärt sich für Abweisung aller Compromisse mit andern Parteien.

Es wird Schluß der Debatte beantragt und, nachdem Motteler und Albert gegen, Scheil für den Schluß gesprochen hat, derselbe angenommen.

Hillmann, als Vertreter des Ronsdorfer Antrags, erläutert denselben dahin, daß auch Compromisse mit andern Parteien nicht einzugehen seien, indem er auf die bisher gemachten schlimmen Erfahrungen hinweist.

Schneider, als Vertreter des Münchener Antrags, befürwortet denselben aus dem Grunde, weil der Allgemeine deutsche Arbeiterverein auch viele verächtlich gesinnte Mitglieder in seiner Mitte habe, die bei den Wahlen gern gemeinschaftliche Sache mit uns machen möchten.

Kalb, als Vertreter des Frankfurter Antrags, erläutert den Antrag mit Hinweis auf das Verhalten der Offenbacher Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, worüber ein Herr Stürz als Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins Verschiedenes gesagt und versprochen habe.

Flos constatirt dies.

Muer zieht den Antrag Nr. 35 zu Gunsten des Albert'schen zurück, welcher lautet:

Der Congreß beschließt: die sozialdemokratische Arbeiterpartei betrachtet die Reichstagswahlen nur als Agitationsmittel und als Prüfstein für die Verbreitung ihrer Prinzipien, jeden Compromiß mit andern Parteien ablehnend.

Bei der Abstimmung wird dieser Antrag angenommen, ebenso der Antrag der Ronsdorfer unter Nr. 34. Bei letzterem enthalten sich Fischer, Ehrhardt, Altdorf und Dienig der Abstimmung und erklären dies zu Protokoll.

Antrag Nr. 39 der Ludenwalder Parteigenossen kommt zur Debatte.

Bracke beleuchtet die wahrscheinlichen Gründe, welche zu diesem Antrag Veranlassung gegeben haben mögen; er legt die Verhältnisse dar, welche das beantragte Programm des Wahlvereins in Braunschweig veranlaßten und sucht die Gründung dieses Wahlvereins mit seinem Programm zu rechtfertigen.

Es wird der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gestellt.

Böwenstein fragt nach den Verhältnissen der dem Wahlverein angehörigen Mitglieder, welche nicht Parteimitglieder sind, und wie man sich zu diesen zu stellen gedenke.

Geib weist auf Antrag Nr. 40 hin, durch welchen die Stellung unserer Parteigenossen zu andern Parteien klar gestellt werde.

Becker giebt hierüber Auskunft; er selbst gehöre nicht zum Wahlverein. Im Herzogthum Braunschweig seien 3 Candidaten für den Reichstag aufzustellen. Bis jetzt sei nur einer, und zwar Bracke, durch Mitglieder der Partei aufgestellt worden. In der Parteiversammlung wäre beschlossen worden, daß auch die beiden andern Candidaten von der Partei aufgestellt werden und Sozialdemokraten sein sollen. Selbstverständlich ist das Wahlprogramm das vollständige Programm unserer Partei.

Verschiedene andere Anfragen beantwortet Bracke, dann wird der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung angenommen.

Antrag Nr. 40 der Fürther Mitglieder. (Rufe: Abstimmen.)

Bogel empfiehlt denselben als consequent und nothwendig.

Der Antrag wird angenommen.

Man schreitet zur Berathung über die von Seiten der Partei aufzustellenden Candidaten.

Vordt theilt die Ansichten mit, die der Ausschuß über die Reichstagswahlen habe, und über die Art der Agitation. Der Ausschuß sei der Meinung, nur eine geringe Zahl offizieller Candidaturen durch den Congreß aufzustellen.

Geib verliest die als „offiziell“ geeignet erscheinenden Wahlkreise und Candidaten und erklärt sich dafür, sie auf 12 zu beschränken.

Ries: Die Magdeburger Parteigenossen stimmen der Zahl 12 zu, sind aber dafür, daß überall, wo die Aufstellung eines Candidaten irgend möglich ist, dies geschehe, und zwar als Agitations- und Demonstrationsmittel.

Albert für Geib's Ansicht; er empfiehlt, für Sachsen nicht mehr als 6 offizielle Candidaturen aufzustellen, und spricht sich gegen die frühere Zersplitterung aus, in Folge deren Liebknecht durchgefallen sei.

Motteler weiß nicht, ob es praktisch ist, von „offiziellen“ Candidaturen überhaupt zu sprechen, er verlangt Weglassung dieser Bezeichnung. Auch die kleinere Anzahl von Wahlgenossen eines Bezirks solle man veranlassen, einen Candidaten aufzustellen; die materiellen und geistigen Kräfte der Partei aber auf die Candidaten werfen, die Aussicht haben, bei der Wahl durchzudringen.

Die Landesversammlung in Sachsen hat beschlossen, den Candidaten ein imperatives Mandat zu geben, worüber noch später zu sprechen sein wird.

Endres: In Augsburg wird es zwischen Ultramontanen und Fortschrittlern zur engeren Wahl kommen, aber wir werden durch die Wahl in Augsburg viel für unsere Partei wirken können.

Geib verliest zunächst die für Sachsen aufzustellenden Candidaturen: 9. sächsischer Wahlkreis (Freiberg, Gaimichen, Deberan): Geib; 13. sächsischer Wahlkreis (Landkreis Leipzig): ist die Aufstellung der Candidatur

dem Landescomité überlassen, das Johann Jacoby in Aussicht genommen hat; 15. Wahlkreis (Mittweida, Frankenberg, Burgstädt): Wahlreich; 16. Wahlkreis (Stadt Chemnitz): Most; 17. Wahlkreis (Glauchau, Meerane, Hohenstein-Ernstthal): Nebel; 18. Wahlkreis (Crimmitschau, Werdau, Zwickau): Motteler; 19. Wahlkreis (Stollberg, Rugau, Böhmisch-Schneeberg, Geyer): Liebknecht; 22. Wahlkreis (Reichenbach, Kirchberg): Vordt.

Vordt spricht sich gegen die Aufstellung Joh. Jacoby's aus, der auch nicht von der Partei in Königsberg aufgestellt werde.

Levendeker empfiehlt Joh. Jacoby für Mainz als Candidat, weil dort Aussicht für ihn sein würde.

Müller spricht über die Verhältnisse im 22. sächsischen Wahlkreis, wo man auf Sieg rechne.

Motteler: Jacoby ist für den 13. sächsischen Wahlkreis aufgestellt, wo er schon 1871 eine große Stimmenzahl erhalten hat.

Stelzer erklärt sich ebenfalls für die Candidatur Johann Jacoby's. Philipp beantragt Schluß der Debatte über die sächsischen Candidaturen. Der Antrag wird angenommen und vom Congreß beschlossen, die Candidaten in der oben bezeichneten Weise aufzustellen.

Die Beschlüsse der Landesversammlung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Sachsen, betreffend die Reichstagswahlen und die Verteilung der Candidaten auf die einzelnen Wahlkreise, werden durch den Congreß bestätigt.

Man geht über zur Besetzung der andern Wahlkreise durch Candidaten.

Beschlossen wird für Baiern: Grillenberger in Nürnberg, Vordt in Hof und Most in Augsburg aufzustellen.

Endres erklärt, daß Augsburg die Wahlagitationskosten aus eigenen Mitteln werde aufbringen.

In Württemberg und Baden beschließt der Congreß, seinerseits keine Candidaturen aufzustellen; dies solle den Parteigenossen dort überlassen bleiben.

Für Mainz wird Johann Jacoby, für Kempten Sauren aufgestellt; für Ebn, Erefeld etc. bleibt die Aufstellung der Candidaten dem rheinischen Landescomité überlassen.

Für Thüringen soll die Feststellung der Candidaten ebenfalls dem Thüringer Agitationscomité überlassen bleiben.

Für Braunschweig wird Bracke aufgestellt, für Königsberg i. Pr. werden Max Herbig, Eckstein und Bremer vorgeschlagen, die definitive Aufstellung aber den Königsberger Parteigenossen anheim gegeben.

Neben Augsburg haben Nürnberg, Braunschweig und Mainz auf jede Unterstützung aus der Parteikasse verzichtet.

Antrag Nr. 41 von Kräcker-Dreslau kommt zur Debatte.

Es wird Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Es folgt Antrag Nr. 42 der Erfurter Mitglieder.

Albert hält den Antrag für ausführbar und nützlich.

Geib beantragt: „dem Ausschuß die Gründung eines Wahlfonds zur Pflicht zu machen, in welchen die freiwilligen Beiträge zu fließen hätten“

Dieser Antrag wird angenommen, der Erfurter Antrag abgelehnt. Antrag Nr. 43 der Mannheimer Mitglieder, betreffend die Agitation, wird diskutiert.

Geßlein und Kühn sprechen sich gegen den Antrag aus, weil er unpraktisch sei und undurchführbar. Er schädige die Partei.

Fell erklärt, daß er, ohne den Beschlüssen des Mainzer Congresses entgegenzutreten zu wollen, und gestützt auf Geßlein's Ausführungen, für Annahme des Antrags sei, da die fliegende Agitation erwiesenermaßen viel Geld gekostet habe.

Der Antrag wird abgelehnt.

Der Antrag Nr. 44 der Mannheimer Mitglieder wird jetzt beraten.

Fischer spricht gegen den Antrag; jedenfalls könne er nicht ohne erhebliche Aenderungen angenommen werden.

Reichelt erklärt sich für denselben nach den im Congress gemachten Erfahrungen und den Seitens der Control-Commission gemachten Mittheilungen.

Albert hält den Antrag für undurchführbar.

Geib will keine Fuzangeln für den Sekretair, der nur auf Beschluß des Parteiausschusses auf Agitation gehen könne.

Der Antrag wird abgelehnt.

Da Antrag Nr. 45 bereits erledigt ist, beginnt die Debatte über Antrag Nr. 46.

Auer befürwortet seine Annahme, damit fremde Parteigenossen, die in einen Ort kommen, wissen, wohin sie sich zu wenden haben und nicht irthümlich in Versammlungen des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Workersvereins geführt werden.

Nord erklärt sich ebenfalls für den Antrag.

Motteler befürwortet statt „Parteierversammlungen“ zu sagen „jeweilige Verkehrslocale“.

Der Antrag Nr. 46 wird mit der von Motteler vorgeschlagenen Aenderung angenommen.

Antrag Nr. 47 ist bereits erledigt, über Nr. 48 wird die Debatte eröffnet.

Motteler gegen den Antrag, da der Congress keine Bevormundung der Gewerkschaften ausüben dürfe. Er bringt folgenden Antrag ein: „Da diese Angelegenheit spezielle Sache der Gewerkschaften ist, dem Congress aber eine Gewalt über dieselben nicht zusteht, kann der Congress nur ein Vorgehen im Sinne des Antrags Nr. 48 den anwesenden Mitgliedern der Gewerkschaften empfehlen und geht zur Tagesordnung über.“

Der Antrag wird ohne weitere Debatte angenommen.

Zu Nr. 49 ergreift Stelzer das Wort, indem er bemerkt, daß der Antrag nur als „Wunsch“ betrachtet werden könne.

Es wird Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Die Anträge Nr. 50 und 51 werden dem Ausschuß zur Prüfung respektive Berücksichtigung überwiesen.

Ein von Hillmann eingebrachter Antrag, dahin lautend: „daß, um den sogenannten christlichen Vereinshäusern und Gesellenherbergen

entgegenzuwirken, überall sozialdemokratische Logirhäuser gegründet werden sollen“, findet nicht die nöthige Unterstützung.

Damit ist die Tagesordnung des Congresses erledigt. Auf die Anfrage des Vorsitzenden, ob Jemand noch einen Antrag zu stellen oder Etwas vorzubringen habe, fordert Kosky die etwa aus Preußen anwesenden rechtskräftig Verurtheilten auf, sich wegen einer Angelegenheit mit ihm in Verbindung setzen zu wollen.

Hierauf wird das Protokoll vorgelesen und genehmigt und die Sitzung und der Congress Nachmittags 3,5 Uhr mit einer kurzen Schlußrede des Vorsitzenden Geib geschlossen.

### Verzeichniß der Delegirten, Orte und Zahl der Mitglieder.

	Name	Wohnort des Delegirten	Ort der Vertretung	Man date	Zahl d. Mitgl.
1	Auer	Berlin	Berlin Forst i. L.	2	120 41
2	Geßlein	Waldheim	Deuben Hainichen	4	198 30
	"	"	Hainichen Frankenberg		43 16
3	Fischer, Wilh.	Neundorf	Neundorf Stahlfurth	2	40 115
4	Göpfert, Frdr.	Coburg	Sonneberg Coburg	2	40 100
5	Herpfer, Philipp	Fürth	Fürth	1	56
6	Löwenstein, G.	"	"		
7	Bedendahl, Frz.	"	"		
8	Zuckschwerdt, Frz.	Werdau	Werdau	1	22
9	Obermann	Crefeld	Süchteln Crefeld	2	48 164
10	Sauren, Joseph	M.-Glabbad	Greffrath Dülken	2	75 75
11	Fell, S.	Heidelberg	Heidelberg Mannheim	2	30 65
12	Schumacher, Gg.	Cöln	Cöln	1	112
13	Pühl, M.	Pfersee	Pfersee	1	11
14	Schneider, Frz.	München	München Schwabing	2	150 18
15	Geiser, Bruno	"	Breslau	1	110
16	Leyendeker, Jof.	Mainz	Mainz	1	120
17	Ehrhardt	Kaiserslautern	Wiesbaden	1	45
18	Mamme, Aug.	Bamberg	Bamberg	1	90
19	Scherm, Joh.	Nürnberg	Heishammer	2	30



Name	Wohnort des Delegirten	Ort der Vertretung	Man date	Zahl d. Mitgl.
19 Scherm, Joh.	Nürnberg	Schweinan		40
20 Grillenberger	"	Nürnberg	1	430
21 Wörlein, Hans	"	"		
22 Meyer, Chr.	"	"		
23 Zahnke	Wandsbeck	Lübeck	4	25
"	"	Altona		22
"	"	Wandsbeck		30
"	"	Stade		37
24 Aldick	Darmstadt	Darmstadt	1	43
25 Reichelt, Emil	Hannover	Hannover	1	60
26 Ufert, Wilh.	Weimar	Apolda	1	51
27 Wolf, Rich.	Chemnitz	Chemnitz	2	140
"	"	Schloßchemnitz		40
28 Walfster, Aug.	Dresden	Lößnitz	6	130
"	"	Stollberg i. S.		67
"	"	Iwönitz		20
"	"	Grünhain		18
"	"	Geyer		30
"	"	Schneeberg		16
29 Kühn "	Langenbielau	Langenbielau	1	377
30 Milke	Berlin	Berlin	3	120
"	"	Spandau		50
"	"	Ludewalde		40
31 Biedermann	Dresden	Dresden	2	250
"	"	Freiberg		109
32 Bracke, Wilh.	Braunschweig	Braunschweig	3	150
"	"	Broigern		40
"	"	Dessau		6
33 Becker, Bernh.	"	Braunschweig	2	150
"	"	Seesen		28
34 Börner, A.	Wechselburg	Für den 14. sächsischen Wahlkreis:	5	
"	"	Geithain		
"	"	Frohburg		
"	"	Wechselburg		110
"	"	Nochitz		
"	"	Lunzenau		20
35 Stelzer, Otto	Neudnitz	Thonberg b. Leipzig, Kl. u. Gr.-Hochher	1	177
36 Hübner, Frz.	Meerane	Meerane	1	121
37 Saupe, Moritz	Schmölln	Schmölln	1	80
38 Albert, Herm.	Glauchau	Glauchau	4	120
"	"	Limbach		47
"	"	Röthensdorf		12
"	"	Wittgensdorf		12
39 Kees, Wilh.	Magdeburg	Magdeburg	1	50

Name	Wohnort des Delegirten	Ort der Vertretung	Man date	Zahl d. Mitgl.
40 Orbig, Karl	Gießen.	Gießen	1	30
41 Hillmann, S.	Elberfeld.	Elberfeld-Barmen	2	40
"	"	Ronsdorf		20
42 Scheil, Jul.	Bielefeld	Bielefeld	4	15
"	"	Soest		26
"	"	Bremerhasen		30
"	"	Brackwede		21
43 Raab, Theob.	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.	2	80
"	"	Offenbach		50
44 Büttner, Karl	Zürich.	Zürich und die ver. deutschen Arb.-Ver. d. Schweiz	1	1278
45 Burdhardt, Th.	Stuttgart	Stuttgart	7	50
"	"	Neutlingen		26
"	"	Eßlingen		60
"	"	Giengen		10
"	"	Gmünd		36
"	"	Meringen		10
"	"	Göppingen		30
46 Endres	Augsburg	Augsburg	3	78
"	"	Lechhausen		28
"	"	Würzburg		38
47 Bahlreich, Jul.	Chemnitz	Leudersdorf	1	26
48 Müller, Rob.	Reichenb. i. B.	Reichenbach i. B.	3	40
"	"	Repschau		30
"	"	Mylau		80
49 Geib, Aug.	Hamburg	Hamburg	1	91
50 Mehlforn, Lud.	Erimmitschau	Erimmitschau	3	370
"	"	Zwickau		107
"	"	Wildenfels		45
51 Rübner, G.	Chemnitz	Waldburg i. S.	1	20
52 Imhof	Erfurt	Erfurt	1	103
53 Kofosky S.	Braunschweig	Königsberg	4	100
"	"	Holzminde		40
"	"	Stadtsoldendorf		30
"	"	Wolfenbüttel		25
54 Dr. Schn	Jena	Planitz	1	78
55 Kraft	Weimar	Weida	2	18
"	"	Weimar		25
56 Voß, Wilh.	Gotha	Gotha	1	40
57 Holzwarth	Pforzheim	Pforzheim	1	60
58 Lienig	Hof	Hof	2	48
"	"	Blauen		30
59 Müller	Neust.-Weida	Hohenstein	1	40
60 Leinhos	Eisenach	Eisenach	1	26
61 Vogel, Fr.	Mülsen	Mülsen St. Niklas	1	20



Name	Wohnort des Delegirten	Ort der Vertretung	Man date	Zahl d. Mitgl.	
62	Jordk, Th.	Hamburg	Harburg	2	10
			Füterbogl		12
63	Dießgen, J.	Siegburg	Duisburg	1	30
64	Maier, Heinr.	Fürth	Fürth	1	32
65	Philipp, Herm.	Halberstadt	Quedlinburg	4	140
	"	"	Halberstadt		41
	"	"	Harzgerode		37
	"	"	Hornhausen		60
66	Junghaus, Th.	Witten	Witten a. d. R.	1	68
67	Schneider, W. H.	Marburg	Marburg	1	17
68	Walz, Philipp	Cassel	Cassel	1	22
69	Ehrhardt	Kaiserlautern	Kaiserlautern	1	36
			Thalheim	1	40
			Mülßen St. Micheli	1	24
			Großenhain	1	33
	Dhne	Vertreter	Camenz i. S.	1	15
			Gelenau	1	35
			Gera	1	30
			Münchenbernsdorf	1	40
			Dichtenstein-Callenberg	1	40
70	Faaz, J.	Nürnberg	Nürnberg		36
			Orte:	132	9224

Es waren 71 Delegirte anwesend, welche 132 Orte und 9224 Parteimitglieder vertraten. Außerdem war die Control-Commission durch Dehne-Breslau und die Redaktion des „Volksstaat“ durch Wlos-Gaschwig vertreten; beide vertraten keinen Ort. Jordk, in seiner Eigenschaft als Parteisekretär, vertrat den Ausschuß. —

Die Mitglieder zn Apolda, deren Vertretung der Congreß zurückwies, weil sie sich länger als drei Monate mit ihren Beiträgen im Rückstand befanden, haben durch ihren Vertrauensmann Reichelt am 21. August ihre Beiträge für zwei Monate mit 3 Thlr. 8 Gr. an den Parteikassirer Benneke eingesandt. Es blieb dies dem Congreß unbekannt, da der Vertreter des Ausschusses am 21. August schon aus Hamburg abgereist war. Apolda ist nun nachträglich in die Liste der auf dem Congreß vertretenen Orte mit anzunehmen, so daß die Zahl der vertretenen Mitglieder von 9224 auf 9273 steigt.